Tu was gegen Rechts –
Was Kommunalos wissen sollten

DAKS e.V.
DIE ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK SACHSENS e.V.

DAKS e.V.
DIE ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK SACHSENS e.V.

DAKS e.V. ist von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen als Kommunalpolitische Bildungsvereinigung anerkannt. Sie wurde 1992 auf Anregung der Kommunalpolitischen Konferenz vom Oktober '91 in Bautzen gegründet. Ziel ist die „Förderung des demokratischen Staatswesens in weitsichtiger, ökologischer und sozialer Verantwortung. Die Vereinigung unterstützt alle an Kommunalpolitik interessierten Bürgerinnen und Bürger, Abgeordnete, Fraktionen und Bürgerinitiativen bei der Gestaltung einer bürgernahen Kommunalpolitik, welche der Verwirklichung von Menschenrechten, dem Schutz der natürlichen Umwelt und unmittelbaren Bürgerinteressen dient" *(Auszug Satzung).*

Die konkrete Arbeit von DAKS besteht in Beratung und Schulung von Kommunalpolitikern und interessierten Bürgern mittels Seminaren, Vorträgen und Publikationen sowie in der Vernetzung von Kommunalpolitikern und Fachleuten mittels Tagungen und Vermittlung von Kontakten. DAKS e.V. ist Mitherausgeber der bundesweit erscheinenden Zeitschrift „AKP – Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik".

Mitglied bei DAKS e.V. kann jede natürliche und juristische Person (Fraktionen, Vereine) werden, die die Ziele von DAKS unterstützt.

Auszug lieferbarer Publikationen (Erscheinungsjahr):

- „Bürgerbeteiligung aktiv" (1998)
- „Internet für Alle - Ein Leitfaden für Einsteiger in die elektronische Kommunikation" (2000)
- „Lebendige Bürgerdemokratie - Einmischung in die kommunale Politik in sächsischen Gemeinden und Kreisen" (2000)
- „Erneuerbare Energien in Sachsen - Möglichkeiten und Perspektiven alternativer Energiegewinnung" (2001)
- „Privatisierung öffentlicher Einrichtungen im Freistaat Sachsen" (2003)
- „Start in die Wahlperiode - Handreichung für kommunale Räte" (2004/2005)
- „Wege durch den Dschungel - Handbuch für sächsische Non-Profit-Projekte" (ab 2004)
- „Gemeinschaftsschule vor Ort umsetzen" (2005)
- „Gute Aktionen fallen nicht vom Himmel" (2005)
- „Erneuerbare Energien in Kommunen" (2005)
- „Tu was gegen Rechts - Was Kommunalos wissen sollten ..." (2006)
- „Bürger machen Energie - Bürgerkraftwerke - ein Handlungsleitfaden" (2006)
- „Sächsische Kommunalfibel - 292 Stichwörter zu Themen aus der kommunalen Demokratie und Verwaltung" (2006)
- „Bleib Sauber! Korruptionsprävention und -bekämpfung" (2007)

DAKS-Vorstand: Alexander Hoffmann (Chemnitz) · Jens Bitzka (Lauta) · Jens Hoffsommer (Dresden)
Thoralf Möhlis (Riesa) · Wolfram Leuze, Katarina Krefft (Leipzig) · **Geschäftsführer:** Norman Volger
Kontakt: „Die Alternative Kommunalpolitik Sachsens e.V." · Hohe Straße 58 · 04107 Leipzig · Tel: 0341 2195740
www.daksev.de · mail@daksev.de

Inhaltsverzeichnis **Seite**

Thoralf Möhlis: **Vorwort**	5
Achim Wesjohann: **Einleitung**	7
AG RECHTS: **Parolen**	15
M. Jennerjahn & A. Wesjohann: **Grundzüge rechtsextremer Ideologie**	17
Frank Carstens: **RechtsRock**	25
Miro Jennerjahn: **Die NPD in Sachsen nach den Wahlen 2009**	29
Claudia Jerzak: **Umgang mit rechtsextremen Parteien in Kommunalparlamenten**	37
Claudia Jerzak: **Hilfe für die Opfer**	49
Monika Lazar : **Frauen in der Nazi-Szene**	53
Astrid Günther-Schmidt: **Rechtsextremismus und Schule**	55
Monika Lazar: **Nazis, Hass und Gewalt im Deutschen Fußball**	57
Bündnis 90 / Die Grünen KV Dresden: **Was tun, wenn...**	59
Kulturbüro Sachsen: **Rechtsextreme Aktivitäten im vorpolitischen Raum**	61
Monika Lazar: **Rechtsextreme Beiträge im Internet**	67
Linkliste	70
Literatur	71

AutorInnen

Frank Carstens ist Sozialarbeiter und Fachjournalist, seit 15 Jahren beschäftigt mit dem Thema Extreme Rechte / neonazistische Jugendkulturen; er schreibt als regelmäßiger Autor u. a. in Der „Rechte Rand" und ist Mitarbeiter von „Recherche Ost".

Astrid Günther - Schmidt war 2005 – 2009 Landtagsabgeordnete in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag und arbeitet seit Jahren in der AG Rechtsextremismus bei Bündnis 90/Die Grünen.

Miro Jennerjahn ist Landtagsabgeordneter und demokratiepolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag.

Claudia Jerzak ist Soziologin und Mitglied des Redaktionskollektivs „Nazis in den Parlamenten" (NiP Sachsen).

Monika Lazar ist sächsische Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Thoralf Möhlis ist Mitglied des Vorstandes von DAKS e.V.

Achim Wesjohann arbeitet als Parlamentarischer Berater für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag.

Fotos: Inka Müller

Vorwort

von Thoralf Möhlis

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Broschüre „Tu Was ..." erscheint mit dieser Ausgabe nun bereits zum vierten Mal. Die vorliegende aktuelle Ausgabe wurde grundlegend überarbeitet, ein kleinerer Teil aus der vorhergehenden Broschüre übernommen, die meisten Kapitel sind aber entweder völlig neu aufgenommen bzw. wurden grundlegend überarbeitet. Nun ist es mitnichten so, dass die Autorinnen und Autoren und DAKS e.V. einfach Langeweile haben und deswegen mal eben eine neue Broschüre herausgeben. Vielmehr sind es die aktuellen Entwicklungen im Freistaat Sachsen seit den letzten Landtags- und im Besonderen Kommunalwahlen, die DAKS e.V. dazu bewegt haben, wieder eine Ausgabe von „Tu Was..." zu produzieren. Aber auch die vielen Anfragen, Hinweise, das Lob und die konstruktive Kritik von unter anderem den alternativ-grünen Menschen in den sächsischen Kommunen haben uns überzeugt, dass diese Investition nicht umsonst ist.

Die Autorinnen und Autoren geben in ihren Texten einen Einblick in die aktuelle Entwicklung des rechtsextremen Spektrums in den Kommunalparlamenten und streifen auch solch wichtige Themengebiete wie Rechtsrock, Internet und Fußball. Dies alles soll den Kommunalos, aber auch anderen interessierten Menschen, Hinweise geben und im Alltag der Kommunalpolitik ein Hilfsmittel in der Auseinandersetzung mit den RechtsextremistInnen sein. DAKS e.V. und den Autorinnen und Autoren liegt es allerdings fern, belehrend den Zeigefinger zu heben. Vielmehr stehen wir auch über die Broschüre hinaus für Anfragen und Hinweise und anderes immer gern zur Verfügung.

Ich möchte an dieser Stelle allen Beteiligten, die an der Entstehung dieser 4. Auflage mitgewirkt haben, ein herzliches Dankeschön sagen.

Für den Vorstand von DAKS e.V.
Thoralf Möhlis

Leipzig im Dezember 2009

Tom Woost · Sturm 34

Rechtsextremismus in Sachsen – einige einleitende Bemerkungen

von Achim Wesjohann

Das Ende einer Illusion

Die Worte des ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf aus dem Jahr 2000, die Sachsen hätten sich „als völlig immun" gegenüber den „rechtsradikalen Versuchungen" erwiesen, sind berühmt-berüchtigt.[1] Seit dem erstmaligen Einzug der rechtsextremistischen NPD in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 wird diese Behauptung auch von konservativen Kreisen kaum mehr aufrecht erhalten. Auch wenn die NPD bei der Landtagswahl von 2009 deutlich geschwächt wurde, hat ihr Wiedereinzug in den Landtag die Hoffnung zerstreut, dass es sich bei ihrem Erfolg von 2004 um einen reinen „Ausrutscher" handeln könne. Der NPD-Erfolg von 2004 galt vielen als eine Widerlegung der Biedenkopfschen Illusion – dabei ging es „König Kurt" in seinem Interview mit der Sächsischen Zeitung vor allem darum, die Bedeutung rechter Gewalt in Sachsen herunterzuspielen.[2] An den Erfolg einer rechtsextremistischen Wahlpartei dachte er dabei wohl noch nicht.

Dabei begünstigte gerade das Fehlen einer parlamentarischen Vertretung rechtsextremistischer Kräfte die Strategie des Leugnens und Totschweigens, die viele KommunalpolitikerInnen verfolgten, um einer Auseinandersetzung mit den „Phänomenen" Rechtsextremismus und rechte Gewalt in ihren Gemeinden aus dem Weg gehen zu können. Um wie viel weniger werden von manchen VerantwortungsträgerInnen aber Alltagsrassismus und autoritäre Einstellungen, die in der „Mitte der Gesellschaft" verankert sind, als Problem wahrgenommen! Diese sind aber die Voraussetzungen für die (äußeren) Erfolge organisierter RechtsextremistInnen.

Aufmerksamkeitsbedingungen

Der Wahlerfolg der NPD bei der sächsischen Landtagswahl am 19. September 2004 führte die Strategie des Totschweigens offenkundig ad absurdum. Die NPD erreichte 9,2 Prozent der Stimmen und zog mit 12 Abgeordneten in den Landtag ein. Damit wurde schlagartig deutlich, dass Sachsen ein Rechtsextremismusproblem hat. Das hätte man auch schon vorher wissen können, aber in den Kategorien medialer Aufmerksamkeit sind Wahlerfolge das eigentlich „Spektakuläre" – abgesehen von Eklats und Skandalen, für die prominente Nazis auch immer wieder mal gut sind.

Es muss betont werden, dass das Problem des Rechtsextremismus sich nicht in der parlamentarischen Vertretung der NPD erschöpft und sich daher auch nicht dadurch erledigen wird, dass die NPD irgendwann einmal wieder aus dem Landtag verschwindet. Nach der letzten Landtagswahl am 30. August 2009 ist die NPD jedenfalls vorerst weiter dort vertreten. Mit einem Ergebnis von 5,6 Prozent konnte sie 8 Abgeordnete

1 Interview mit der Sächsischen Zeitung, 28.9.2000.
2 Mit der tatsachenwidrigen Behauptung: „In Sachsen haben noch keine Häuser gebrannt. Es ist auch noch nie jemand umgekommen."

für weitere 5 Jahre in das Landesparlament entsenden. Dieses Ergebnis bedeutete zum einen einen deutlichen Stimmenverlust (gegenüber 190.909 absoluten Stimmen 2004 waren es 2009 immerhin noch 100.834 Stimmen). Zum anderen ist aber auch deutlich geworden, dass die NPD in Sachsen eine relativ gefestigte Stammwählerschaft hat. Das bestätigte sich auch bei der Bundestagswahl wenige Wochen später, bei der die NPD in Sachsen mit 4,0 Prozent ihr bestes prozentuales Ergebnis im Bundesvergleich erzielte (allerdings war die Wahlbeteiligung in Sachsen auch besonders niedrig, so dass 89.616 Zweitstimmen zu diesem Prozentsatz reichten).

Wahlen sind ein unsicherer Indikator bei der Frage, ob Alarm geschlagen oder Entwarnung gegeben werden soll. Die Kreistagswahlen von 2008 haben die Präsenz der NPD in der Fläche demonstriert. Die Gemeinderatswahlen 2009 haben diesen Eindruck allerdings auch wieder relativiert. Zusammenfassend kann man sagen: Die NPD konnte in mehr Städten und Gemeinden antreten als zuvor (stark begünstigt durch den Umstand, dass sie als im Landtag vertretene Partei keine Unterstützerunterschriften mehr sammeln musste!). Sie war aber nicht gleichmäßig in allen Regionen vertreten. Insbesondere, wo es aufgrund szeneinterner Konflikte an Kandidaten aus dem militant neonazistischen Spektrum fehlte, erwies sich, dass die NPD über eine doch recht dünne Personaldecke verfügt.[3]

Bereits bei den Kommunalwahlen von 2009 blieb die NPD hinter ihren Erwartungen zurück (sie wollte über 100 Mandate erreichen, schaffte aber nur 74). Sie erreichte in (nur?) 60% der Städte und Gemeinden den Einzug in das jeweilige Kommunalparlament. Entscheidend ist aber die Feststellung, dass die NPD in der Regel dort erfolgreich war, wo sie zum zweiten oder zum dritten Mal in Folge antrat – ja, im Durchschnitt war sie in Kommunen um so erfolgreicher, je öfter sie dort schon vor 2009 angetreten war. Das lässt auf eine gewisse lokale Verankerung der Partei schließen. Die kommunale Präsenz der NPD scheint in manchen Gemeinden zur „Normalität" geworden zu sein.[4]

Also: Weder Alarm, noch Entwarnung! Die NPD hat 2009 keinen neuen Durchbruch erzielen können, hat sich aber mancherorts fest eingenistet.

Das rechtsextremistische Spektrum in Sachsen

Vorsichtig (!) geschätzt, gibt es bis ca. 3.000 RechtsextremistInnen im engeren Sinne in Sachsen.[5] Von den vom Verfassungsschutz registrierten RechtsextremistInnen sind ca. 850 Mitglieder der NPD – 2006 waren es noch 1.000 Personen. Auch wenn sie an Mitgliedern verloren hat, ist die Dominanz der NPD im rechtsextremen Parteienspektrum unumstritten. „Deutsche Volksunion" und „Republikaner" können nicht einmal einen annähernd großen Organisationsgrad vorweisen. Man wird in diesem Zusammenhang auch auf klar fremdenfeindliche Tendenzen in der „Deutschen Sozialen

3 Die Entfremdung zwischen NPD und militanten Neonazis im Vogtland, die z. T. 2008 für die NPD in den Kreistag eingezogen waren, hat 2009 zu einem regionalen Mobilisierungsproblem geführt.
4 Vgl. Miro Jennerjahns Analyse der Wahlergebnisse in diesem Heft.
5 Der Sächsische Verfassungsschutzbericht für 2008 gibt die Zahl 2.800 an und stellt eine sinkende Tendenz fest. Allerdings muss bei solchen Zahlenangaben beachtet werden, dass immer mehr RechtsextremistInnen außerhalb fester Organisationen aktiv und damit schwerer zu erfassen sind.

Union" und in dem Bündnis „Arbeit, Familie, Vaterland" des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche aufmerksam machen müssen. Aber nur die NPD ist als rechtsextreme Partei in Sachsen wirklich flächendeckend präsent.[6]

Es wäre aber ein großer Fehler, das Problem des Rechtsextremismus auf bestimmte Parteien und deren Wahlerfolge zu reduzieren. Menschenverachtende Ansichten, die in vielen Fällen zu Gewalt führen, werden in einer Szene verbreitet und vertieft, die nicht unmittelbar abhängig von Parteistrukturen ist. Dazu zählen die Angehörigen von Kameradschaften und rechts orientierte Skinheads. Allerdings nimmt die Bedeutung dieser Gruppen seit einigen Jahren ab. Stark an Bedeutung gewonnen hat hingegen die Bewegung der „Freien Kräfte". Neue, besonders militante Erscheinungsformen wie die „Autonomen Nationalisten" werden auch in Sachsen eine wichtigere Rolle im rechtsextremen Spektrum spielen. Die Strategie, sich nicht in festen Strukturen zu binden, führt dazu, dass die Erfassung rechtsextremistischer Aktivitäten durch Behörden wie Polizei und Verfassungsschutz schwieriger wird. Übrigens zeigt die steigende Bedeutung loser Zusammenhänge, die vor allem mit Kommunikationsmitteln wie Internet und Handy arbeiten, die kurze Reichweite von Verbotsforderungen: Wo es keine Organisation gibt, kann man sie auch nicht verbieten. Dass aber Parteien oder Organisationen verschwinden, heißt noch lange nicht, dass ihr Gedankengut verschwindet.

Es muss betont werden, dass das Anwachsen der „Freien Kräfte" einen verstärkten Einfluss der dezidiert nationalsozialistisch eingestellten Kräfte im rechtsextremen Spektrum bedeutet. Man kann davon ausgehen, dass ca. ein Drittel der sächsischen RechtsextremistInnen nicht nur diffuse Ressentiments pflegen, sondern einer klar konturierten nationalsozialistischen Ideologie anhängen.[7]

Das Verhältnis zwischen „Freien Kräften" und Kameradschaften auf der einen und der NPD auf der anderen Seite ist höchst spannungsvoll: Die NPD ist durchaus auf die Unterstützung der „parteifreien" Nazis angewiesen, die wiederum skeptisch auf deren Versuche, sich ein bürgerliches Image zu geben, schauen. Die „Freien Kräfte" bzw. die Kameradschaften sind deutlicher militant und neonazistisch orientiert. Allerdings versuchen auch sie gelegentlich, von der Infrastruktur der NPD zu profitieren: Der in Riesa ansässige NPD-eigene „Deutsche-Stimme"-Verlag produziert nicht nur die Parteipostille, sondern vertreibt auch CDs, Propagandamaterial und rechte Devotionalien – also auch die rechtsextreme Subkultur wird von hier aus versorgt. Das „Pressefest" der „Deutschen Stimme", das 2006 in Dresden-Pappritz stattfand, ist eines der zentralen szenewirksamen Events in Deutschland überhaupt. NPD-Mandatsträger fungieren als Demonstrationsanmelder oder unterstützen rechtsextremistische Konzerte. So lässt es sich trefflich hinter der NPD verstecken, die als „legale Partei" mit „demokratisch gewählten" Abgeordneten verunsicherte Behördenvertreter rätseln lässt, wie ihr angemessen gegenüberzutreten sei.

6 Auch die Neugründung „Sächsische Volkspartei" des ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten Mirko Schmidt blieb ein auf den Raum Meißen beschränkter Rohrkrepierer.
7 Im Sächsischen Verfassungsschutzbericht für 2008 (vgl. Anm. 5) wird die Zahl der „Neonationalsozialisten" mit ca. 910 angegeben – zum Vergleich: für 2007 liegt die Angabe bei 720 Personen. 2004 waren es noch 170. Diese Zahlen illustrieren einen drastischen Anstieg

In der Vergangenheit sind bundesweit einige „Freie Kräfte“ der NPD sogar beigetreten, die ihnen bereitwillig höhere Parteiämter überließ. Für aktionistisch orientierte Jugendliche soll eher die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) attraktiv sein, indem sie sich deutlich revolutionärer gibt als ihre Mutterpartei.

Aufgrund derartiger Entwicklungen kann die NPD keine homogene Partei sein. Es bleibt die Frage offen, inwiefern „freie Kräfte“ ihr Selbstverständnis ändern, wenn sie der Partei beitreten und ob sie sich in allen Fällen einer Parteidisziplin unterwerfen. Der schnelle Aufstieg von frisch eingetretenen prominenten „freien“ Aktivisten in Parteiämter wirft auch die Frage auf, inwiefern die Machtzentren der Partei überhaupt in den offiziellen Vorstandsstrukturen zu verorten sind. Es wird für die NPD dauerhaft ein schwieriger Balanceakt bleiben, die Erwartungen militanter Kräfte zu bedienen und gleichzeitig Bürgerlichkeit und Seriosität zu simulieren. In Diskussionen über die NPD in „nationalen“ Internetforen zeigt sich oft eine Kritik von rechts am Kurs der Partei. Das Verhältnis der NPD zu „freien“ Kräften, die sich explizit als nationalsozialistisch verstehen, ist aber von entscheidender Bedeutung für die Mobilisierungsfähigkeit der Partei bei Wahlen.[8]

8 Dies hat sich im Vogtland als Problem für die NPD erwiesen, während eine Annäherung zwischen „Freien Kräften“ und NPD der Partei in Nordsachsen genützt hat.

„Rechtsextremismus“ – ein problematischer Begriff

KritikerInnen wenden sich gegen die Verwendung des Begriffs „Rechtsextremismus“, weil ihm eine wirklichkeitsfremde Vorstellung oder gar Theorie des Extremismus zugrunde liege.

In der Tat bedarf der Begriff des Rechtsextremismus mindestens der kritischen Reflexion: Die Vorstellung, dass Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und antidemokratische Ressentiments lediglich eine Angelegenheit des „Randes“ der Gesellschaft sei, die „Mitte“ hingegen mit dergleichen nicht behaftet sei, ist falsch. Um den mehr oder weniger organisierten Rechtsextremisten den Nährboden zu entziehen, bedarf es der Stärkung von Toleranz und demokratischem (Selbst-)Bewusstsein gerade auch in der „Mitte der Gesellschaft“. Es bedarf nicht nur eines „Kampfes“ gegen „Extremisten“, sondern noch viel mehr der besseren Verankerung der Werte des Grundgesetzes (und der Verfassung des Freistaates Sachsen) in der Bevölkerung, also das Bekenntnis dazu, dass alle (!) Menschen gleich an Würde sind, sie selbstbestimmt leben und an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligt werden sollen.[9] Und es bedarf eben auch in den Kommunen des Bewusstseins für die Notwendigkeit demokratischen Handelns. Ein Dauerproblem wie der Umstand, dass die Landeshauptstadt Dresden in den vergangenen Jahren zum alljährlichen Schauplatz der mittlerweile größten Nazi-Demonstration Europas (!) geworden war, beruhte bis 2010 auch auf dem Umstand, dass die Neonazis nicht auf genügend Widerstand vor Ort stießen...[10] Dabei ist Dresden nur das prominenteste Beispiel für die Tatsache, dass sich das Problem durch Wegsehen mit Sicherheit nicht erledigt. Die Beispiele anderer deutscher Kommunen (Wunsiedel, Jena, Halbe, Leipzig) sprechen dafür, dass entschiedener Protest, der auch von KommunalpolitikerInnen mitgetragen wird, langfristig erfolgreich sein kann.
Intoleranz und Demokratiefeindlichkeit gilt es zu widersprechen, auch wenn sie in der so genannten „Mitte der Gesellschaft“ in Erscheinung treten. Gleichwohl muss auch denjenigen begegnet werden, die aktiv entsprechende Ideologien propagieren bzw. Andersdenkende und AusländerInnen tätlich angreifen. Antidemokratische und menschenfeindliche Einstellungen sind nicht auf Neo-Nationalsozialisten beschränkt, weshalb ein weiterer Begriff als „Rechtsextremismus“ sinnvoll sein kann – jedoch nur dann, wenn vermieden wird, diese Einstellungen lediglich zum „extremen“ Randphänomen zu erklären...

Wesen und Wollen der NPD-Landtagsfraktion

Der Einzug in den Sächsischen Landtag 2004 erschien im Wunschdenken der NPD-Kader zunächst als „Fanal“. Dass ein Landesparlament aber nur bedingt eine geeignete Tribüne ist, um eine „nationale Wende“ zu propagieren, sollte sich auch bald herausstellen. Die NPD-Landtagsfraktion zeichnet sich durch ideologisch aufgeladene Initiativen aus, die oft nur mit Mühe als landespolitisch relevant charakterisiert werden

9 Eine weitere Schwachstelle des Extremismus-Begriffs ist die Tatsache, dass oft suggeriert wird, dass der „Linksextremismus“ ein dem Rechtsextremismus vergleichbares Problem sei. Gerade in Sachsen gibt es aber keine Entsprechung zur Menschenverachtung und Gewaltbereitschaft der Neonazis.

10 Gemeint sind die Nazi-Aufmärsche anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg. 2010 konnte der Aufmarsch erstmals durch Gegendemonstranten verhindert werden.

können. „Große“ Themen der NPD, die den Rahmen der Landespolitik eigentlich sprengen würden, sind die vermeintliche Aushöhlung dessen, was sie unter „Volksherrschaft“ versteht, durch die Europäische Union oder den drohenden „Bevölkerungszusammenbruch“ bzw. „-austausch“ (d.h. die angeblich stattfindende Ersetzung deutscher Bevölkerung durch AusländerInnen). Solche parlamentarische Initiativen transportieren – oftmals codiert – völkisch-rassistisches Gedankengut.[11] Ein weiterer Dauerbrenner ist der wiederholte Versuch, zu suggerieren, dass die „nationale Opposition“ im Freistaat (wie in Deutschland überhaupt) unter andauernder Verfolgung zu leiden habe.

Derartige Initiativen dürften in der Regel diejenigen ansprechen, die mit der NPD-Ideologie bereits einigermaßen vertraut sind. Für Uneingeweihte – auch wenn sie rechtsorientiert sind – dürften die Debattenbeiträge, die sich durch hohe Anteile von Verschwörungstheorien und Untergangsszenarien auszeichnen, nicht unmittelbar nachvollziehbar sein. Natürlich versucht die NPD auch durch populistische Forderungen (insbesondere im Bereich der Sozialpolitik) zu punkten, aber sie ist keine rechtspopulistische Partei.[12] Dazu steht die NPD zu sehr im Gegensatz zum „System“, und ihre Vertreter sind darauf angewiesen, oft ein spezifisches Vokabular zu verwenden, das weniger geeignet ist, die Stammtische zu bedienen, sondern das vor allem die parteieigene Ideologie transportieren soll.[13]

Dabei stößt die NPD-Fraktion auch schnell an ihre Grenzen. Der als „Chef-Ideologe“ geltende Abgeordnete Jürgen Gansel sorgte für Schlagzeilen, als er die Gründung einer „Dresdner Schule“ im Rahmen der Landtagsfraktion ankündigte. Die Befürchtung, eine „braune Denkfabrik“ könne entstehen, machte sich breit. Aber Anspruch (in Gansels Diktion: „Wesen und Wollen“) und Wirklichkeit klaffen weit auseinander: In der Folgezeit bestanden die Produkte der „Dresdner Schule“ lediglich aus ein paar dürren Artikeln Gansels, die inhaltlich absolut nichts Neues zu bieten hatten.

2004 dominierten in der Öffentlichkeit zwei Wahrnehmungsmuster: Die einen erwarteten, dass die NPD sich im Landtag bald zerlegen würde, wie die DVU, deren Fraktionen sich bald als Chaotenhaufen erwiesen hatten, es bereits in anderen Landtagen vorgemacht hatte. Andere warnten ausdrücklich vor dieser Vorstellung und verwiesen darauf, dass die NPD eine straff organisierte Kaderpartei sei, die sich solche Eskapaden nicht leisten würde. Auch diese Sicht relativierte sich etwas: Ende 2005 verließen drei Abgeordnete die NPD-Fraktion – wohl weil sie die Dominanz der westdeutschen Kader nicht länger akzeptieren konnten. Der bekennende Hitler-Verehrer Klaus-Jürgen Menzel wurde im November 2006 aufgrund seines dubiosen Finanzgebarens aus der Fraktion ausgeschlossen – dieses war schon vorher bekannt gewesen, wahrscheinlich lag der eigentliche Ausschlussgrund darin, dass Menzels wiederholte Bekenntnisse zum „Führer“ fraktionsintern als Belastung empfunden wurden.

11 Vgl. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag (Hrsg.), Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Strategie und Ideologie, Dresden 2006 (Download unter: http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Reader/NPD-Brosch_re.pdf) .

12 Grob zusammengefasst könnte man sagen, dass eine rechtspopulistische Partei weniger mit einer Ideologie arbeitet, sondern mehr mit Ressentiments, ohne sich selbst als grundsätzlich systemfremd zu präsentieren. Deshalb sind rechtspopulistische Parteien (wie z.B. die österreichische FPÖ der 90er Jahre) in der Regel massenwirksamer als stärker ideologisierte rechtsextremistische Parteien.

13 Begriffe wie „Schuldkult“, „Canossarepublik“, „Systempresse“, „Blockparteien“ (als Bezeichnung für alle anderen politischen Parteien in der Bundesrepublik), „Bombenholocaust“, „Bevölkerungsaustausch“ usw.

Eine Distanzierung von Menzels Hitler-Verehrung hielt die NPD übrigens nicht für nötig. Kurz nach Menzels Fraktionsausschluss wurden die Räume des Abgeordneten Matthias Paul aufgrund eines Kinderpornographie-Verdachts durch die Staatsanwaltschaft durchsucht, worauf Paul sein Mandat und alle Parteiämter niederlegte. Derartige Ereignisse ließen die NPD doch als Gurkentruppe erscheinen. Erschwerend kam hinzu, dass Ende August 2006 der Parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion, Uwe Leichsenring, tödlich verunglückte. Leichsenring stand zugleich für die kommunale Verankerung der NPD, gute Kontakte zur Kameradschaftsszene und einen geschickten Umgang mit der Geschäftsordnung des Landtages. Die Nachrücker für Leichsenring und Paul wurden zur Landtagswahl 2009 von ihrer eigenen Partei nicht mehr für aussichtsreiche Listenplätze berücksichtigt. Nach den Stimmenverlusten bei der Landtagswahl 2009 ist die NPD-Fraktion zwar geschrumpft, ein gewisser Vorteil liegt aber für die NPD in dem Umstand, dass in der Fraktion weniger Gestalten zu finden sind, die sich als unsichere Kantonisten erweisen könnten oder in der Außendarstellung völlig blamabel sind.[14]

Die Bedeutung der sächsischen NPD-Landtagsfraktion liegt nicht darin, dass sie so etwas wie ein „geistiges Zentrum“ des Rechtsextremismus in Sachsen darstellte, sondern vor allem darin, dass zahlreiche NPD-Funktionäre bei ihr bzw. in den Abgeordnetenbüros in Lohn und Brot stehen. Durch die NPD-Präsenz im Landtag wird u. a. die materielle Versorgung einiger NPD-Kommunalpolitiker gewährleistet.

Perspektiven

Bedeutender als die parlamentarische Arbeit der NPD und ihre „Bürgerbüros“ bleibt die vorpolitische, soziokulturelle Arbeit von Rechtsextremisten, die seit den 90er Jahren die Voraussetzung ihrer Verankerung ist. So füllen sie weiterhin die Leerstellen, die sich durch das Fehlen von soziokulturellen Angeboten für Jugendliche ergeben. Die relative Stärke von Rechtsextremisten in den Neuen Bundesländern erklärte sich in den vergangenen Jahren insbesondere durch die geringe Verankerung demokratischer Kultur und eine latente Fremdenfeindlichkeit, die gerade aus dem Fehlen der Erfahrung des Zusammenlebens mit „Fremden“ resultiert. Diese „Entwicklungsdefizite“ bestehen fort, jetzt kommen aber Enttäuschungen hinzu, die sogar eher eine weitere Entfremdung von der Demokratie verursachen. Das liegt nicht nur an dem für viele nicht in Erfüllung gegangenen Wohlstandsversprechen der Wendejahre, sondern auch an der Wahrnehmung, dass die Politik sich als scheinbar machtlos gegenüber Entwicklungen wie der Globalisierung erweist. Daher liegt es für Rechtsextremisten auch nahe, sich zunehmend als globalisierungsfeindliche und antikapitalistische Systemopposition zu präsentieren, die Alternativen zu einer vermeintlich hilflosen Demokratie bietet.

Tatsächlich beruht die Stärke der AntidemokratInnen auf der Schwäche der DemokratInnen. Diese müssen deutlich machen, dass Politik nicht nur das Verwalten von Sachzwängen ist, und dass Demokratie auch bedeuten kann, dass Menschen sich selbst um ihre Angelegenheiten kümmern.

14 Die Fraktion besteht in stärkerem Maße aus verlässlichen Kadern – jetzt übrigens überwiegend Personen, die aus den alten Bundesländern stammen.

Die Einsicht, dass „Demokratieentwicklung“ notwendig ist, war die Grundlage der von der rot-grünen Bundesregierung eingeführten Programme wie CIVITAS, die die Stärkung demokratischer Kultur vor Ort und die Beratung der Opfer rechter Gewalt zum Ziel hatten. Das unter der Großen Koalition aufgelegte Nachfolgeprogramm verfügt über höhere Finanzmittel, leidet aber unter dem strukturellen Mangel, dass die Förderung von Initiativen weitgehend in die Hände der Kommunen gelegt wird – was bedeutet, dass dort, wo kommunale VerantwortungsträgerInnen das Problem des Rechtsextremismus vor Ort leugnen, das Problem auch nicht angegangen wird. Eine realistische Analyse der Lage vor Ort ist auch Voraussetzung für die „Lokalen Aktionspläne“, die von der Bundesregierung bislang gefördert werden.[15]

Eine lebendige Demokratie ist das beste Mittel gegen antidemokratische Kräfte, und Intoleranz ist vor allem dort dominant, wo es an Erfahrung im Zusammenleben von Menschen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen fehlt. Es geht also nicht einfach um einen „Kampf gegen…“, sondern in erster Linie um die Förderung demokratischer Mitbestimmung und die Ermutigung von Menschen, die sich um kulturelle Buntheit vor Ort bemühen. Dafür, dass diese Ermutigung geschieht, tragen insbesondere KommunalpolitikerInnen die Verantwortung.

Sie können aber auch den Nazis in den Kommunalparlamenten widersprechen. Der Nachweis, dass deren Positionen nicht nur widerlich, sondern auch *Unsinn* sind, ist möglich und notwendig. Deshalb müssen DemokratInnen sich – so unangenehm es ist – mit der Ideologie der extremen Rechten auseinandersetzen, um ihr widersprechen zu können. Völlig ungeeignet hingegen sind Geschäftsordnungstricks und ähnliches. Die Demokratie aus Angst vor den Antidemokraten einzuschränken, das ähnelt dem Selbstmord aus Angst vor dem Tod…, und es bedient ein gängiges Argumentationsmuster der Nazis, die behaupten, dass die demokratischen Parteien gar nicht in der Lage seien, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Es ist die Aufgabe selbstbewusster Demokratinnen und Demokraten, diese Behauptung immer wieder zu widerlegen.

15 www.vielfalt-tut-gut.de.

Parolen

von AG RECHTS

„Nazi“-Parolen begegnen uns fast täglich und fast überall. Häufig schrecken Menschen davor zurück, zu kontern, weil diese von „ganz normalen“ Menschen geäußert werden: Freunde, Bekannte, Verwandte ... und man die Stimmung nicht verderben, oder als Spaßverderber alleine stehen möchte.

Manchmal wird man aber auch wütend über sich selbst, weil man nicht entschieden genug „Nein“ gesagt und Widerspruch geäußert hat – einfach, weil einem die Argumente fehlten. Diese fallen einem dann zu Hause oder am nächsten Tag ein.

Aber nicht ärgern: Die dann erarbeiteten Widersprüche kann man ruhig beim nächsten verbalen Übergriff verwenden und man wird feststellen, dass auch hier Übung den Meister macht.

Allerdings sei an dieser Stelle auch gewarnt: Wenn gute Argumente, die mit Fakten untersetzt werden können, auf tiefen Frust und Emotionen stoßen, hat man es dennoch schwer und muss sich das Feld tapfer erkämpfen. Die „Objekte der Vorurteile“ sind austauschbar. In Diskussionen geschieht es häufig, dass Juden, Farbige, Türken, Asylbewerber, Homosexuelle ... gegeneinander ausgetauscht werden, wenn Nazis nicht weiterkommen. Hier einige Beispiele:

Ausländer nehmen uns die Arbeit weg.
Gerade in Sachsen, wo die Ausländerquote unter 3% liegt, lässt sich eine Arbeitslosenquote von über 15% nicht mit der Anwesenheit von Ausländern erklären.

Wenn es mit den Ausländern so weiter geht, gibt es bald keine Deutschen mehr.
Der „gefühlte“ Ausländeranteil mag ja das eine sein – tatsächlich gibt es in Sachsen kaum einen Landkreis, der mehr als 3% Ausländeranteil hat. Andererseits: Was soll schlecht daran sein, wenn mehr Ausländer hier leben?

Ausländer wollen behandelt werden wie Deutsche – aber dann sollen sie erst einmal Deutsch lernen.
Die meisten, die so etwas behaupten, kennen keine Ausländer, die in Deutschland leben und nicht Deutsch sprechen können. Andererseits haben z. B. Asylbewerber keinen Anspruch auf Deutschkurse, auch wenn sich ihre Verfahren über mehrere Jahre hinweg ziehen.

Ausländer führen sich auf, als ob sie hier zu Hause wären, und haben gar kein Interesse daran, sich anzupassen.
1. Was kann besser sein, als sich dort, wo man lebt, wie zu Hause zu fühlen und
2. Anpassung, die gerne mit Integration verwechselt wird, ist eine zweiseitige Angelegenheit: der eine der sich anpassen will und der andere, der gerne aufnimmt.

Ausländer plündern unsere Rentenkasse.
Anspruch auf Rente hat nur derjenige, der auch in die Rentenkasse eingezahlt hat.

Wenn Arbeitnehmer ihre Rente im Ausland beziehen wollen, nachdem sie aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, müssen sie sogar Einbußen hinnehmen.

Ausländer sind krimineller veranlagt als Deutsche – das beweist jede Statistik.
Das stimmt so nicht. Beispielsweise werden in der Kriminalitätsstatistik nur Verdächtige, nicht aber Verurteilte erfasst und darüber hinaus gibt es Vergehen, die nicht von Deutschen begangen werden können, insbesondere Pass- und Aufenthaltsbestimmungen.

Nur eine verschwindend kleine Minderheit der Asylbewerber wird anerkannt. Das beweist, dass die meisten nur als Wirtschaftsflüchtlinge hier sind.
Das deutsche Recht beinhaltet neben dem Asylrecht eine ganze Reihe von Möglichkeiten, sich hier als Ausländer legal aufzuhalten:

- befristete Aufenthaltserlaubnis
- unbefristete Aufenthaltserlaubnis
- Aufenthaltsberechtigung
- Aufenthaltsbewilligung
- Aufenthaltsbefugnis
- Aufenthaltserlaubnis für EU-Bürger
- Duldung

Die meisten Aussiedler haben nicht mehr vorzuweisen als einen Deutschen Schäferhund – aber wollen behandelt werden wie richtige Deutsche.
Gerade Rechtsextremisten pochen immer auf die „Qualität des deutschen Blutes“ und leiten daraus die Minderwertigkeit anderer Menschen ab. Aussiedler erfüllen alle von den Nazis geforderten Kriterien und sind dennoch nur Deutsche zweiter Klasse.

Widerspruch tut Not, denn Schweigen wird gerne als heimliche Zustimmung gewertet!

Was steckt hinter den Parolen?

- Sie werden dort geäußert, wo hemmende Barrieren wegfallen; man vergewissert sich dadurch auch der Zustimmung durch Gleichgesinnte.
- In ihnen äußern sich aggressive Potenziale.
- Sie basieren auf Vorurteilen und selektiver Wahrnehmung; durch das Aussprechen werden diese im Bewusstsein verankert und ihre Wirkung ausprobiert.
- Sie zeigen die Neigung zu autoritären Charaktereigenschaften und Verhaltensweisen und offenbaren Großmachtsfantasien und Abschottungsbedürfnisse.
- Die Nutzer denken und reden gigantomanisch daher, gleichzeitig aber zielen sie auf eng überschaubare, ab- und eingrenzende Verhältnisse.
- Sie offenbaren Befindlichkeiten der Nutzer: - diese empfinden sich als in diversen Lebenssituationen als zu kurz gekommen; - sie zeigen ihre mangelnde innere Souveränität und Unfähigkeit, mit Diskrepanzen leben zu können; - sie dokumentieren sehr viele von ihren Ängsten.

Grundzüge rechtsextremer Ideologie

von Miro Jennerjahn und Achim Wesjohann

Argumentationsmuster

Grundlage jedes rechtsextremen Weltbildes und jeder rechtsextremen Argumentation ist die Schaffung von Feindbildern. Rechtsextreme Ideologie bietet keine positiven Werte, die für sich alleine stehen können, sondern funktioniert immer nur in Abgrenzung zu als negativ wahrgenommenen Erscheinungsformen. Wichtig ist, dass es nicht um Gegnerschaft, sondern um Feindschaft geht. Bei einem Gegner geht es um Konkurrenz, bei einem Feind um Vernichtung. Damit ist ein gewalttätiger Denkansatz grundsätzlicher Bestandteil des Rechtsextremismus, auch wenn dies nicht immer in die Tat umgesetzt wird.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht schwer, ein grundlegendes Argumentationsmuster zu entdecken, das jeder NPD-Propaganda inne wohnt. Dieses folgt immer dem Dreischritt Problembenennung, Feindbenennung, Selbstinszenierung.

NPD Argumentationsschema

Problembenennung	Feindbenennung	Selbstinszenierung
• Hartz IV • demografischer Wandel • Jugendarbeitslosigkeit • unterdrücktes Deutschland	• Das Kapital • Das System • Die Systemmedien • Die Polit-Bonzen • Die Ausländer • Die Juden • Die 68-er Lehrer	• NPD als einzige Möglichkeit Deutschland vor dem Untergang zu bewahren • NPD als einzig wahrhaft demokratische Kraft • NPD als einzige Interessensvertreterin des Volkes
Bedrohungs-/ Untergangsszenarien	vermeintliche Ursache	Lösungsangebot

Am Anfang steht die Nennung eines von der NPD ausgemachten gesellschaftlichen Problems. Dies wird jedoch nicht sachlich analysiert, sondern zu einem umfassenden Bedrohungs- und Untergangsszenario aufgebauscht und hat damit keinen Bezug mehr zur politischen Realität. Die Probleme werden so dargestellt, als seien sie bewusst herbei geführt, um das deutsche Volk zu unterdrücken. So heißt es etwa im Aktionsprogramm der NPD: *„Die Volksgemeinschaft wurde in der BRD zerstört. An ihre Stelle trat eine Ansammlung von Individuen mit egoistischen Zielen. […] Obdachlosigkeit wird zum Massenphänomen. […] Die Vereinzelung und Sinnentleerung treibt die Zahl der Rauschgiftabhängigen in immer neue, schwindelerregende Höhen. […] Die Zerstörung von Werten greift immer weiter um sich.“* Auch in der Jugendpropaganda konzentriert sich die NPD auf Endzeitszenarien. In der zweiten Ausgabe der von der JN herausgegebenen Schülerzeitung „perplex“ heißt es: *„Die Regierenden haben unser Land heruntergewirtschaftet. Unser Volk muß einen Niedergang sondersgleichen erleben. Die deutsche Jugend sieht einer düsteren Zukunft*

entgegen. […] Tatsächlich haben uns die Polit-Bonzen nichts mehr zu sagen. Sie machen sich nur wichtig und kassieren ihre dicken Diäten – dafür, daß sie die Knechte des Kapitals sind und das Volk mit ihrem Geschwätz ruhigstellen."

Im zweiten Schritt wird die vermeintliche Ursache für die Probleme benannt. Auch hier gibt es keine konkreten Aussagen. Pauschal werden die Ursachen in „dem System", „den Medien", „den Ausländern", etc. ausgemacht.

Der dritte Schritt beinhaltet die Selbstinszenierung der NPD als einzige Kraft, welche die genannten Probleme lösen kann, weil sie nicht tragender Bestandteil des herrschenden parlamentarischen Systems ist, sondern dieses zu überwinden trachtet. Dabei stellt sich die NPD z. B. als einzig wahrhaft demokratische Kraft oder als einzige Interessensvertreterin des deutschen Volkes dar.

Zielsetzung der NPD ist es, die BRD und das Grundgesetz als Ursache aller Übel zu identifizieren und deren Überwindung durch die NPD argumentativ vorzubereiten. Dahinter verbirgt sich ein grundsätzlicher Angriff auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Rassismus

Eng verbunden mit der Ideologie der Ungleichheit der NPD ist ihr Rassismus. In der Außendarstellung der NPD herrschen dabei nicht so sehr Reden von „höher-" und „minderwertigen" Menschen vor. Vielmehr steht im Mittelpunkt die Volksgemeinschaft, bei der Menschen nicht als Individuen, sondern ausschließlich in ihrer Zugehörigkeit zu einem Volk wahrgenommen werden. Dabei kann ein Mensch nicht frei entscheiden, in welchem Land er leben, welche Staatsangehörigkeit er annehmen möchte. Über die Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft entscheiden demnach Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur. In einer Schulungsbroschüre der NPD heißt es dazu: *„Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanischstämmigen Deutschen."* Damit beansprucht die NPD die Deutungshoheit für sich, zu entscheiden, was „deutsch" und was Kultur ist.

Alles Fremde wird in dieser Sicht als Bedrohung der Gemeinschaft dargestellt, weil Kultur als etwas Starres verstanden wird, das sich nicht verändern darf. Jeder kulturelle Wandel wird daher nicht als Veränderung begriffen, sondern als Bedrohung und Verfall. Die Logik der NPD begründet ein System der Apartheid, in dem jeder von Ausgrenzung und Abschiebung bedroht ist, der nicht in das Weltbild der NPD passt. In einer Schulungsbroschüre klingt daher auch eine recht unverhohlene Drohung mit: *„Die Mischlinge, die deutsch-nichteuropäischen Beziehungen entstammen, werden das sich renationalisierende Deutschland über kurz oder lang freiwillig verlassen, weil ihnen der nationale Klimawandel nicht passt. Sie werden sich ‚Heimatländer' suchen, in denen es keine einheitliche Volkssubstanz gibt, in denen die Durchrassung unumkehrbar ist und die damit verbundene ethno-kulturelle Entwurzelung und Bindungslosigkeit allgegenwärtig ist."*

Nicht Mündigkeit und die Fähigkeit selbst zu entscheiden, stehen also bei der NPD im Vordergrund, sondern unentrinnbares Schicksal, welchem die Menschen ausgeliefert sind.

Demokratieverständnis

Zur Selbstinszenierung der NPD gehört auch, sich als demokratische Partei darzustellen, wie auch schon der Parteiname verdeutlicht. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland benennt Freiheit und Gleichheit jedes Menschen als zentrale Werte. Jeder Mensch hat hier unveräußerliche Rechte, die vom Staat geschützt werden und von diesem nicht ohne Weiteres eingeschränkt werden dürfen.

Diese Wertvorstellungen werden von der NPD systematisch bekämpft. Im Mittelpunkt steht hier nicht der selbstbestimmte Mensch, sondern die Volksgemeinschaft, der sich der Einzelne bedingungslos unterzuordnen hat. Dieser kann man nicht einfach beitreten, sondern gehört ihr schicksalhaft durch Abstammung an. Anspruch auf staatliche Leistungen und Unterstützung haben nur die Menschen, welche der Volksgemeinschaft angehören.

Im Mittelpunkt der NPD-Propaganda steht somit eine Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit der Menschen. Im Politischen Lexikon der NPD hört sich das so an: *„Ursprung der Ideologie der Gleichheit ist der Neid auf Tüchtigere bzw. der dumpfe Zusammenhalt der Nullen gegen die Zahlen."* Anders formuliert: Du bist, was du leistest. Kannst Du nichts leisten, hast Du leider Pech gehabt!

Das ist das genaue Gegenteil einer sozialen Gesellschaft. Die Selbstdarstellung der NPD als Partei, die sich um sozial schwache Menschen kümmert, entpuppt sich als reine Wahlkampfpropaganda. Freimütig bekennt auch Udo Pastörs, Vorsitzender der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, was er von einer solidarischen und gerechten Gesellschaft hält: *„Sie sprechen von der Unterstützung benachteiligter Menschen, unser erstes Augenmerk hat dem Gesunden und Starken zu gelten."*

So verwundert es auch nicht, dass es der NPD – anders als behauptet – nicht darum geht, dem Volk in der Demokratie mehr Rechte einzuräumen, sondern einen autoritären Staat zu errichten, der von einer kleinen Minderheit beherrscht wird. Noch einmal das Politische Lexikon der NPD: *„Erst die Beimengung eines aristokratischen Elementes macht die Demokratie lebensfähig. Fehlt dieses Element, so läuft sie Gefahr, an der Unkultur der Massen zugrunde zu gehen."* Im Kern der Weltanschauung der NPD steht also die allumfassende Verachtung der Menschen, deren Interessen sie zu vertreten vorgibt.

Geschichtsverdrehung

Es gehört zu den Glaubensätzen jedes/jeder Rechtsextremisten/in, dass sie glauben, ihr Land werde schon immer von außen bedroht und sei schon immer Opfer anderer Länder gewesen. Dies propagiert also zwangsläufig auch die NPD!

Eigentlich behauptet sie gerne, eine gegenwartsorientierte Partei zu sein, wenn ihr die Hinweise auf ihre geistige Nähe zu Adolf Hitler, dem Dritten Reich und der nationalsozialistischen Ideologie unangenehm werden. Aber trotz ihrer Bemühungen, Diskussionen zum Thema von sich fernzuhalten, basiert die Propaganda der NPD zu einem großen Teil auf Geschichtslügen.

Die NPD behauptet, dass die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen dazu diene, das Selbstbewusstsein der Deutschen zu brechen und einen „Schuldkult" zu betreiben. Um die Legitimation der historischen Aufarbeitung zu leugnen, relativiert die NPD die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg. Zwar sind NPD-Vertreter (meistens, aber nicht immer) geschickt genug, den Holocaust nicht direkt zu leugnen. Aber sie tun gerne so, als werde dieser überbetont.

Stattdessen wird versucht, die Alliierten als „Kriegsverbrecher" darzustellen, um die Verbrechen der Nazis in den Hintergrund zu rücken. Vor allem aber versucht die NPD, Ursache und Wirkung zu vertauschen. Die Bombardierung deutscher Städte und die Vertreibung von Deutschen gegen Ende des Krieges und kurz danach werden nicht als Folgen des von Deutschland ausgegangenen Krieges dargestellt, sondern als Ergebnisse von finsteren Plänen, die bereits Jahrzehnte vorher geschmiedet worden seien. Beispielsweise wird auf britische Bombardierungspläne aus dem Jahr 1916 verwiesen (Jürgen W. Gansel im Sächsischen Landtag am 25.2.2005) – natürlich „vergisst" man dabei zu erwähnen, dass zu diesem Zeitpunkt der Erste Weltkrieg in vollem Gange war und die ersten Bombardierungen von Städten überhaupt zuvor durch deutsche Flieger erfolgt waren!

Wenn NPD-Vertreter mit vermeintlichen historischen Details aufzuwarten pflegen, sind sie in der Regel aus dem Zusammenhang gerissen. Man sollte immer nach der Vorgeschichte der von der NPD angeführten „Verbrechen gegen die Deutschen" fragen! Plumpe Dramatisierung gehört auch zum „geschichtspolitischen" Repertoire der NPD. Jahr für Jahr profiliert sie sich auf dem rechtsextremen „Trauermarsch" anlässlich des Jahrestages der Luftangriffe auf Dresden und behauptet unverdrossen, dass es damals hunderttausende Opfer gegeben habe, obwohl seriöse Historiker eine Zahl von höchstens 25.000 Todesopfern ermittelt haben. Geschichtswissenschaftler, die sich an die Fakten halten, tituliert die NPD als „Gefälligkeitsgutachter". Übrigens werden durch diese Instrumentalisierung auch die deutschen Opfer durch die NPD beleidigt – als wenn das reale Leid nicht ausreichend gewesen wäre!

Dass Deutschland eine stabile Demokratie geworden ist und aufgeklärte Patrioten keine Hasspropaganda brauchen, passt der NPD natürlich nicht in den Kram. Für sie ist die Bundesrepublik kein souveräner Staat, sondern ein „besetztes" Land bzw. ein „Vasallenstaat" der USA. Die NPD will das Rad der Geschichte zurückdrehen und das „Deutsche Reich" wiederherstellen. Natürlich will sie auch die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches zurückerobern. Die Aufarbeitung der Geschichte empfindet sie als Fremdbestimmung, weil sie nicht auf Versöhnung aus ist, sondern auf das Gegenteil. Die Schuld, die Deutsche auf sich geladen haben, will die NPD verdrängen, um in Zukunft wieder „guten Gewissens" zum Krieg hetzen zu können.

Antisoziales Denken

Gerne greift die NPD soziale Themen auf in der Hoffnung auf breite Resonanz bei den Wählern. So präsentierte sie sich bei den sächsischen Landtagswahlen 2004 weniger mit ihren „klassischen" Themen aus den Bereichen Ausländerfeindlichkeit und Geschichtsfälschung, sondern in erster Linie als eine Protestpartei gegen Hartz IV. Heute lautet eine NPD-Parole „Sozial geht nur national". Die NPD tut so, als könne sie die Globalisierung aufhalten und predigt wirtschaftliche Abschottung – dass dies für ein Exportland wie Deutschland erst recht zu noch mehr Einkommenseinbußen und Massenarbeitslosigkeit führen würde, verschweigen die Nationaldemokraten natürlich geflissentlich.

Die vermeintliche soziale Ader der NPD entspringt durchaus nicht der reinen Menschenliebe. Im Gegensatz zu Demokratinnen und Demokraten, für die die Würde des Menschen ein allgemeingültiger Wert ist, der für alle Menschen ohne Unterschied gilt, erklärt die NPD das „Volkstum" zur „Grundlage" der Menschenwürde (Parteiprogramm der NPD). Und da die NPD die Menschenrechte als „ideologisches Konstrukt" diffamiert (Dresdner Schule), fehlt ihr jede Grundlage für eine echte Sozialpolitik. Antikapitalistische Phrasen dienen der Vermittlung von Ressentiments, die vor allem gegen die USA, aber auch gegen die Europäische Union gerichtet sind. Unter Solidarität versteht die NPD durchaus nicht die Solidarität zwischen Starken und Schwachen, sondern lediglich den Zusammenhalt des „Volkes", das sie durch biologische Abstammung definiert, gegenüber Außenstehenden.

In einem Lexikon auf der Homepage des NPD-Bundesverbandes heißt es: „Ursprung von der Ideologie der Gleichheit ist der Neid auf Tüchtigere bzw. der dumpfe

Zusammenhalt der Nullen gegen die Ziffern." Gleichzeitig bekennt die NPD sich zum Elite-Prinzip.

Die NPD propagiert die biologisch begründete „Volksgemeinschaft", und knüpft damit an die Sprache der Nazis und ihrer völkischen Vorläufer an. Diese „Volksgemeinschaft" soll aber „stets eine klare soziale Unterscheidung zeigen, als Folge der Verschiedenheit der Menschen (nach Alter, Begabung, Anspruch, Kenntnis, Fähigkeit, Leistung, Haltung usw.)" (Zitat: Homepage des NPD-Bundesverbandes, „Von A bis Z", Artikel: „Volksgemeinschaft"). Die letzte Konsequenz solcher Unterscheidungen haben im Dritten Reich die Nationalsozialisten gezogen, die so genannte „Asoziale" in Konzentrationslager sperrten und Kranke und Behinderte umbrachten.

Dabei soll man sich keine Illusionen darüber machen, dass sich die „Volksgemeinschaft" der NPD, die angeblich dem „Gemeinwohl" dienen soll, sich von der „Volksgemeinschaft" der NSDAP großartig unterscheiden würde. Der NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen W. Gansel schrieb bereits 2001 in der „Deutschen Stimme", dass „die Hitler-Partei (…) die Macht im Staate erlangte und einem wesentlichen Grundsatz ihres Parteiprogramms auch nach dem 30. Januar 1933 treu blieb: Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Damit wird deutlich, dass Gansel sich an Hitlers Definition von „Gemeinnutz" anschließt!

Bekanntlich wurden die sozialen Rechte der Arbeitnehmer im Nationalsozialismus drastisch eingeschränkt. Entsprechend muss man auch die NPD-Forderung nach der Abschaffung von Hartz IV beurteilen. Was sie nämlich an die Stelle von Hartz IV setzen will, verschweigt die NPD!

Die biologistische Karnickel-Ideologie der NPD führt zu grotesken Beiträgen zur Demographie-Debatte: Die NPD behauptet, dass durch Abwanderung und Geburtenrückgang ein „Bevölkerungsaustausch" drohe, der eine regelrechte Landnahme durch Ausländer in Ostdeutschland bedeute – angesichts der realen Ausländerquoten ein schlechter Witz! Bemerkenswert ist, dass im Denken der Nationaldemokraten Menschen wie in der Zoologie zu „Populationen" zusammengefasst werden. Gegen den Geburtenrückgang setzt die NPD unbezahlbare Forderungen wie „Müttergehälter" und „Familiendarlehen", auch wenn bekannt ist, dass durch ähnliche Maßnahmen bereits in den deutschen Diktaturen keine nachhaltige Geburtensteigerung erzielt werden konnte. Sucht man hingegen nach Antworten und nach Vorschlägen zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Menschen im ländlichen Raum, hat die NPD inhaltlich rein gar nichts zu bieten.

Fazit: Soziale Themen sind für die NPD nur der Aufhänger für ihre Demagogie. In Wahrheit strebt sie eine Gesellschaftsordnung an, die vor allem einer braunen „Elite" dient und die auf dem Prinzip der Ungleichheit beruht.

Antisemitismus

Natürlich bekennt sich die NPD nicht offiziell zum Antisemitismus, aber es wird immer wieder deutlich, dass NPD-Kader antisemitischen Vorstellungen anhängen. Oft kommt ihr Antisemitismus verklausuliert daher. Wenn beispielsweise von der

„Ostküste" als Ursprung allen Übels gefaselt wird, dann ist damit die Wall Street und der angeblich jüdische Kapitalismus gemeint. Damit wird lediglich ein uraltes antisemitisches Klischee des Juden als „Wucherer" bemüht.

In einer internen „Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung" wird die NPD deutlicher. Hier wird das „Große Geld" als „seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch" bezeichnet. Es habe das „seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA". Das Bild des „jüdischen Nomadentums" ist ebenfalls uralt. Es basiert auf der Vorstellung, dass Juden grundsätzlich als heimatlos und zu keinem Volk zugehörig zu betrachten seien. So erscheinen die Juden in der Weltsicht der Antisemiten als „Fremdkörper", die den Völkern angeblich schaden.

Die Nationaldemokraten konstruieren einen künstlichen Gegensatz zwischen „Juden" und „Deutschen". Deutsche jüdischen Glaubens werden von der NPD nicht als Mitbürger, sondern als Feinde wahrgenommen, da die NPD wie früher die NSDAP im Judentum eine „Rasse" bzw. „fremdes Blut" sieht und keine Religion. Dies wird nicht immer offen ausgesprochen, aber die folgende Formulierung ist nur verständlich, wenn man ergänzt, dass auch Deutschen jüdischen Glaubens das „Deutschsein" abgesprochen wird: „Es muß endlich Schluß sein mit der psychologischen Kriegsführung jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk." So wird „den Juden" auch noch eine dominante Stellung („Machtgruppen") unterstellt, die sie gar nicht haben. Da die NPD die Bundesrepublik nicht als souveränen Staat anerkennt und Deutschland für „besetzt" hält, geraten die Juden in der Fantasie mancher NPDler sogar zu Fremdherrschern. So bezeichnete der mecklenburg-vorpommerische NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs in seiner „Aschermittwochsrede" im Februar 2009 die Bundesrepublik als „Judenrepublik" – übrigens ein Begriff, den die Nazis schon gegen die Weimarer Republik verwendeten.

Auch der vermeintliche Antiimperialismus der NPD richtet sich nicht einfach gegen die USA, sondern gegen von den Rechtsextremen zusammenfantasierte jüdische Weltherrschaftsbestrebungen, die in Begriffen wie „USrael" angedeutet werden sollen.
Nach der nahezu vollständigen Vernichtung der europäischen Juden durch die historischen Nazis führen die modernen Nazis gegen die Überlebenden und ihre Nachkommen dieselben Verschwörungstheorien ins Feld, mit denen seinerzeit der Holocaust ideologisch und propagandistisch vorbereitet wurde. Um so verlogener ist die Behauptung der NPD, dass sie ganz auf die Probleme der Gegenwart ausgerichtet sei.

Antisemitische Ressentiments brechen in der NPD zuweilen auch bei innerparteilichen Auseinandersetzungen aus. So wurde der zeitweilige Kandidat für den Bundesvorsitz Andreas Molau von seinen Gegnern als „Achteljude" bezeichnet. Ähnliche Vermutungen wurden auch über den langjährigen NPD-Generalsekretär Peter Marx unter Verweis auf seinen zweiten Vornamen Jacob lanciert. Neoheidnisch ausgerichtete NPD-Mitglieder bekämpfen das Christentum aufgrund seiner jüdischen Wurzeln. Auch wenn es formale Kirchenmitglieder in der NPD gibt, erklärt die Partei selbst beispielsweise auf ihrer Homepage („Von A bis Z", Artikel: „Menschenbild") das christliche Menschenbild für „gescheitert".

RechtsRock

von Frank Carstens

RechtsRock hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich zu einem der wichtigsten Bestandteile einer neonazistischen Alltagskultur entwickelt. Vor diesem Hintergrund ist seine Bedeutung nicht zu unterschätzen. Die Entwicklungen in der neonazistischen Musikszene sind mit ihren Impulsen und Veränderungen wichtige Katalysatoren für die Entwicklung der modernen neonazistischen Szene in Deutschland. Mit dem Anwachsen der Szene einher geht dabei auch eine stetige Ausdifferenzierung der verschiedenen Musikstile. Wurde vor Jahren unter RechtsRock vor allem die klassische rechte Skinhead-Musik im Stile des „RAC"(„Rock Against Communism") verstanden, so gibt es nunmehr nicht nur neonazistische LiedermacherInnen, sondern auch Black Metal-Bands (NSBM – National Socialist Black Metal), genauso wie Hardcore (NSHC – National Socialist Hardcore) und weitere Stile.

RechtsRock beinhaltet nicht nur eine musikalische Dimension. Vielmehr entstanden um RechtsRock eigenständige Szenen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit eigenen Erlebniswelten. Es bildeten sich so Jugend- und (Sub-) kulturell geprägte lebensstile, in welchen sich Interessen und Freizeitaktivitäten vorrangig um neonazistische Musik drehen. Nach Innen entsteht hierbei eine feste Bindungswirkung, die ideologisch und personell junge Menschen in einer neonazistischen Alltagskultur verortet, nach Außen wird dies durch entsprechende Bekleidungsstile und Symbole codiert. Dazu zählen auch RechtsRock-Labels, Versandhandel und Geschäfte, die das entsprechende Merchandise-Material liefern. So wurde RechtsRock auch wirtschaftlich zu einem attraktiven Bestandteil der neonazistischen Lebenswelten.

Im bundesweiten Vergleich nehmen hier die ostdeutschen Bundesländer und insbesondere auch Sachsen eine maßgebliche Rolle ein. Fast jedes Wochenende finden hier neonazistische RechtsRock-Konzerte statt und eine Vielzahl von Bands, gerade im Bereich NSBM stammt aus Sachsen und setzt hier bundesweite Trends. Dass es sich bei RechtsRock um mehr als bloße ideologisch gefärbte Musik handelt, wird deutlich, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass vielfach neonazistische Gewalttaten vor dem Hintergrund des Hörens solcher Musik stattfinden. So räumten beispielsweise die Mörder von Antonio Adriano (Dessau 2000) und Farid Quendul (Guben 1999) nach den Taten ein, dass sie zuvor die aufputschenden und extrem rassistischen Texte der Neonaziband „Landser" gehört hatten. Das führte schliesslich erstmalig zu Ermittlungen und schlussendlich auch einer Verurteilung gegen eine neonazistische Band als „kriminelle Vereinigung". Der Sänger der Band Michael „Lunikoff" Regener geniesst nach wie vor Kultstatus in der Szene.

Aktuell bestehende RechtsRock-Projekte in Sachsen haben nicht nur ausschließlich rassistische Inhalte. Sie singen auch gegen Kapitalismus, die Demokratie, gegen Linke und Politiker, aber auch über Themen ihrer eigenen, jugendlichen Lebenswelten, wie Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit. Der neonazistische Hintergrund bleibt dabei aber immer deutlich. Denn als einfache Lösungsvorschläge für alle ausgemachten Probleme werden der „nationale Widerstand" und eine „Revolution gegen das System" ausgemacht.

Sächsische RechtsRock-Bands sind beispielsweise:

Aryan Hope (Wurzen)
Asatru (Bautzen)
Blitzkrieg (Chemnitz)
Brainwash (Chemnitz)
Donars Groll (Oberlausitz)
Guiltily the Pain (Löbau)
Hope for the weak (Dresden)
If we die tomorrow (Oberlausitz)
Inkubation (Döbeln)
Magog (Pirna)
Might of Rage (Chemnitz)
Moshpit (Westsachsen-Altenburg)
Priorität 18 (Raum Dresden)
Projekt X (Ehrenfriedersdorf)
Projekt Irminsul (Geithain)
Racial Purity (Dresden)
Sachsonia (Dresden)
Selbststeller (Riesa)
Sperrfeuer (Zwickauer Land)
Storm of Mind (Muldental / Raum Wurzen)
Thematik 25 (Leipzig)
T.H.O.R. (Schneeberg)
Todfeind (Pirna)
White Resistance (Schneeberg)
W.U.T. (Ostsachsen)

Textbeispiele:

Landser „Afrika-Lied“
„Afrika für Affen, Europa für Weiße, / steckt die Affen in ein Klo und spült sie weg wie Scheiße“

Landser – „ Arische Kämpfer“:
„Punker, Schwule, Kommunisten / steh‘n auf unser‘n schwarzen Listen, / am Tage X, zur Stunde null, / da retten Euch auch keine Bull‘n, /
Wir sind arische Kämpfer, weiße Patrioten, /Nationale Sozialisten gegen die Roten“

W.U.T. – „Erhebe dich“:
„das Kapital ist ein Monopol, / die Verschweigungen groß, die Phrasen hohl, / er hält alle Fäden in der Hand, / regiert so aus dem Schatten jedes Land / ... doch solltest du niemals seinen Namen nennen, / auch ohne wirst du ihn erkennen“

Projekt X – „Bundesrepublik“:
„Die Bundesrepublik eine Provinz für jedermann. / Des Staates Fehler selbst ein Blinder sehen kann. / Europa und One World Fetischisten. / Finanzspritzen zu viel für Ausländer und Christen“

Sachsonia – „Stoppt Multi-Kulti“:
„Lauf ich heutzutage durch die Straßen meiner Stadt, / dann macht es mich krank, dann hab ich es satt. / Ich sehe deutsche Mädchen mit Kerlen Hand in Hand, / doch die sind nicht hier gebor’n, es bringt mich um den Verstand. / Was diese Weiber damit anstell’n, das ist ihnen nicht klar, Deutschland ohne Multi - Kulti, das wäre wunderbar /

Laßt euch nicht auf fremde Kultur ein, / schützt eure Eig’ne, so soll es sein. / Deutsche Landser sind dafür gefallen in der Schlacht / und ich glaube fest daran, dass Deutschland erwacht.“

Die NPD in Sachsen nach den Wahlen 2009

von Miro Jennerjahn

Einleitung

Das Wahljahr 2009 hatte für die sächsische NPD besondere Bedeutung. Zum einen hieß es, sich durch ein gutes Ergebnis bei den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 in der Fläche weiter zu verankern. Zum anderen - und von noch größerer Bedeutung für die NPD – ging es um den Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag am 30. August 2009 und die daraus resultierenden Privilegien.

In diesem Artikel soll auf einige wesentliche Wahlergebnisse der NPD vor allem bei den Kommunal- und Landtagswahlen eingegangen werden. Auf die sächsischen Ergebnisse der NPD bei den Bundestagswahlen wird nur ergänzend eingegangen. Sie spielen im Vergleich zu den beiden anderen politischen Ebenen nur eine untergeordnete Rolle, da Erfolg oder Misserfolg bei der Bundestagswahl nicht allein an der sächsischen NPD festzumachen wären. Ein Bundestagseinzug der NPD ist auf absehbare Zeit überdies unrealistisch. Anders verhält es sich mit der Präsenz der NPD auf Landesebene. Die Auseinandersetzung mit den Wahlergebnissen der NPD ist deshalb wichtig für die Beantwortung der Frage, ob sich die NPD in Sachsen mittelfristig etabliert hat oder nicht.

Auf die Wahlergebnisse anderer extrem rechter Parteien und Wahlvereinigungen, wie etwa das „Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland", die Sächsische Volkspartei, die DSU in Sachsen, wird in diesem Artikel nicht eingegangen, da es sich hierbei um ausschließlich regionale Erscheinungen handelt. Die NPD ist derzeit die einzige Struktur in Sachsen, die in der Lage ist, annähernd flächendeckend zu arbeiten.

Die Bedeutung von Wahlen in der Ideologie der NPD

„Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne." (Udo Voigt, Bundesvorsitzender der NPD im Interview mit der neurechten Wochenzeitung ‚Junge Freiheit' im September 2004).

„Wir stehen diesem volksfernen Parlamentsbetrieb heute so kritisch distanziert gegenüber wie eh und je; im Gegenteil, heute mehr denn je, da wir uns das induzierte Irresein unserer Gegner seit nun fast fünf Jahren tagtäglich anschauen können. Heute kennen wir die volksfeindliche Politik dieser Heuchler aus der Praxis in- und auswendig, Heute wissen wir aus eigener Anschauung, um was es sich bei einem BRD-Parlament handelt: Um nichts anderes als eine Schwatzbude, die Karikatur einer wirklichen Volksherrschaft! […] Und trotzdem ist ein solcher Landtag, den wir nun fast 5 Jahre mit unserer Arbeit bereichern, natürlich für unsere eigene Partei und unser künftiges Personal eine wertvolle Schulungs- und Ausbildungsstätte. Und so nutzen wir die Landtagsbühne als Politikwerkstatt, als Plattform zur Entwicklung politischer Visionen; um uns mit Herrschaftswissen und geistigem Rüstzeug im Kampf gegen die

Feinde unseres Landes auszustatten. […] Ein Parlament ist Mittel zum Zweck, nicht mehr und nicht weniger!" (Holger Apfel, Vorsitzender der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, auf dem NPD-Landesparteitag im März 2009)

Die beiden oben aufgeführten Zitate verdeutlichen das instrumentelle Verhältnis der NPD zu demokratischen Wahlen und der parlamentarischen Demokratie. Nicht um die Möglichkeit der Politikgestaltung im Rahmen der Demokratie geht es ihr, sondern um die grundsätzliche Überwindung der Demokratie und die Errichtung eines autoritären Führerstaats. Wahlen und die Präsenz in Parlamenten haben dabei aus Sicht der NPD jedoch eine bestimmte Funktion. Zum einen soll die Teilnahme an Wahlen und die Möglichkeit, auf diesem Wege legal Macht zu erhalten, einen Beitrag zum Sturz des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland leisten. Zum anderen erhofft man sich, durch die Präsenz von NPD-Abgeordneten in Parlamenten Stück für Stück als normaler Bestandteil des politischen Systems wahrgenommen zu werden und so für breitere Wählerschichten akzeptabel zu werden. Darüber hinaus erhofft sich die NPD Wissen erlangen zu können, das ihr ohne Parlamentszugehörigkeit verwehrt bliebe – etwa durch das Recht, im Sächsischen Landtag Kleine und Große Anfragen an die Sächsische Staatsregierung stellen zu können.

Eine wesentliche Motivation stellt dabei auch der Faktor Geld dar. Durch den Wahlerfolg bei den Landtagswahlen 2004 erhielt die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag zuletzt pro Jahr über 1,3 Mio. Euro. Mit diesem Geld konnte die NPD Mitarbeiter bezahlen, Informationsmaterialien produzieren und ihr Auftreten insgesamt professionalisieren. Der erneute Einzug in den Sächsischen Landtag am 30. August 2009 gibt der NPD die Möglichkeit, diese Strukturen erhalten und weiter ausbauen zu können. Aber auch Kommunalwahlen spielen für die NPD eine zentrale Rolle. Die Verankerung vor Ort soll der NPD zu Wahlerfolgen auf höheren politischen Ebenen verhelfen. Die Bedeutung, welche die NPD den Kommunalwahlen beimisst, geht auch aus einer Pressemitteilung der NPD hervor, die Ende April 2009 herausgegeben wurde. Dort heißt es: *„Bereits 2004 konnte die NPD mit punktuellen kommunalen Erfolgen den Grundstein für ein großartiges Landtagswahlergebnis legen, und auch diesmal wird die Kommunalwahl am 7. Juni den Grundstein für den erstmaligen Wiedereinzug einer NPD-Fraktion in einen deutschen Landtag legen."*

Die Kommunalwahlen 2009

Nach den Kreistagswahlen im Juni 2008 gelang es der NPD, auch zu den Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009 in allen Landkreisen und kreisfreien Städten NPD-Kandidaten aufzustellen. Zugute kam ihr allerdings bei beiden Wahlen die zum 1. August 2008 erfolgte Neugliederung der Kreisstrukturen und die damit verbundene Reduzierung der Landkreise von 22 auf 10, ohne die die NPD diesen Kraftakt wohl nicht hätte bewerkstelligen können.[1]

1 Für beide Wahlen habe ich ausführliche Analysen angefertigt. Die Auswertung der Kreistagswahlen 2008 findet sich in dem Sammelband „Die NPD im Sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe 2008" (siehe Literaturliste am Ende der Broschüre). Der Text „Die NPD in Sachsen nach den Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009" ist verfügbar unter http://www.nazis-nein-danke.de/index.php?option=com_content&view=article&id=85:npd-schlechte-aussichten-fuer-die-landtagswahl&catid=34:startseite

Mehr als 300 Kandidatinnen und Kandidaten in 103 der 491 sächsischen Städte und Gemeinden bot die NPD zur Kommunalwahl am 7. Juni 2009 auf. Mancherorts umfassten die Listen lediglich ein oder zwei Kandidatinnen und Kandidaten, andernorts waren es sieben, acht, neun oder noch mehr. Insbesondere auf die großen Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig legte die NPD dabei mit umfangreichen Listen gesonderten Wert. Erstmals gelang es ihr, in allen drei Städten sämtliche Wahlkreise mit eigenen Kandidaten zu besetzen.

Die Zahl der Städte und Gemeinden, in denen die NPD mit eigenen Listen antrat, variierte von Landkreis zu Landreis stark. Schlusslicht bildeten die Landkreise Vogtland mit drei sowie Nordsachsen mit vier Listen. Stark präsent war die NPD in den Landkreisen Bautzen, Erzgebirge und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit jeweils vierzehn Listen, sowie dem Landkreis Leipzig mit achtzehn Wahlantritten.

Aber auch innerhalb der einzelnen Landkreise sind zum Teil erhebliche regionale Unterschiede zu verzeichnen, wie ein Blick auf die alten Kreisstrukturen zeigt. So konnte die NPD in den Landkreisen Bautzen und Erzgebirge eine in etwa gleichmäßige Präsenz sicherstellen. Im Erzgebirge stellte die NPD in den Altkreisen Annaberg drei, in Aue-Schwarzenberg vier, im Mittleren Erzgebirgskreis vier und in Stollberg drei Listen auf. In Bautzen waren es im Altkreis Bautzen sieben, im Altkreis Kamenz sechs Listen. Deutliche Ungleichgewichte hingegen gab es bezüglich der NPD-Listenaufstellungen in den Landkreisen Görlitz, Leipzig und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zu verzeichnen. Im Landkreis Görlitz trat die NPD im Altkreis Löbau-Zittau in sieben Kommunen, im Niederschlesischen Oberlausitzkreis in drei sowie in der ehemals kreisfreien Stadt Görlitz an. Im Landkreis Leipzig entfielen vierzehn Listen auf den ehemaligen Muldentalkreis und lediglich vier auf den früheren Landkreis Leipziger Land. Im Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge waren es im ehemaligen Landkreis Sächsische Schweiz elf Städte und Gemeinden, in denen die NPD antrat, im ehemaligen Weißeritzkreis lediglich drei.

Dies zeigt, dass die NPD nach wie vor eine zu schwach ausgeprägte Personaldecke besitzt, um eine ernsthaft flächendeckende Präsenz zu gewährleisten, auch wenn sie mit derzeit rund 850 Mitgliedern die stärkste Partei der extremen Rechten in Sachsen ist. In ihren „traditionellen" Hochburgen, wie etwa dem Muldental oder der Sächsischen Schweiz, stellt dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Problem dar, andernorts ist sie auf die Kooperation mit der nicht parteigebundenen Neo-Nazi-Szene angewiesen. Wenn eine Region von der NPD nur schwach besetzt ist, heißt dies also nicht, dass es dort weniger Rechtsextremismus gibt. Vielerorts zeigt dies vielmehr ein distanziertes Verhältnis zwischen NPD und freier Szene an, wie es derzeit beispielsweise im Vogtland zu beobachten ist. Bei den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 erzielte die NPD schließlich 2,3%, erhielt über 107.000 Stimmen[2] und zog in 63 Städten und Gemeinden mit insgesamt 74 Mandaten in allen zehn Landkreisen sowie den drei kreisfreien Städten Chemnitz, Dresden und Leipzig in die kommunalen Parlamente ein. Allerdings ist das landesweite Ergebnis von 2,3% nur bedingt aussagekräftig, da es regionale Schwerpunkte nicht abbildet.

2 Da in Sachsen Wählerinnen und Wähler bei Kommunalwahlen bis zu drei Stimmen haben, die einem Kandidaten, verschiedenen Kandidaten einer Partei oder auch Kandidaten verschiedener Parteien gegeben werden können (sog. Kumulieren und Panaschieren), ist die Stimmenzahl nicht automatisch mit einer entsprechenden Zahl von Wählerinnen und Wählern gleichzusetzen.

Eine erste grobe regionale Gliederung zeigt, dass die NPD in den kreisfreien Städten sowie den Landkreisen Leipzig und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge überdurchschnittlich stark abschnitt. Allerdings sind die kreisfreien Städte und die Flächenlandkreise nur schwer miteinander vergleichbar, da letztere eine große Zahl von Städten und Gemeinden umfassen. In den einzelnen Kommunen lagen die Ergebnisse der NPD meist deutlich über den kreisweiten Zahlen. Insofern relativieren sich auch die zunächst hohen Ergebnisse der NPD in den drei kreisfreien Städten, die in der Übersicht der einzelnen Kommunen eher am unteren Ende anzusiedeln sind. Insgesamt blieb die NPD in 56 Städten und Gemeinden unterhalb von 5 Prozent, in 43 Städten und Gemeinden lagen die Ergebnisse zwischen 5 und 10 Prozent, in drei weiteren zwischen 10 und 20 Prozent, in einem Fall gelang ihr ein Ergebnis von über 20 Prozent. Damit hat die NPD in rund 45% der Städte und Gemeinden, in denen sie antrat, Ergebnisse von mehr als 5% erzielt. Wenig überraschend ist, dass die meisten der Städte mit NPD-Wahlergebnissen von über 5% dabei in Landkreisen liegen, in denen die NPD ein überdurchschnittlich hohes Wahlergebnis erzielte. So liegen mehr als die Hälfte der Kommunen mit über 5% NPD-Stimmanteil in den Landkreisen Leipzig und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

In 63 der 103 Kommunen, d. h. in mehr als 60% der Städte und Gemeinden, in denen die NPD antrat, konnte sie Mandate erringen. Die größten Erfolge verbuchte sie dabei in den Landkreisen Erzgebirge mit zehn, Leipzig mit zwölf und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit sechzehn Mandaten. Am schwächsten schnitt sie in den Landkreisen Vogtland mit einem und Mittelsachsen mit zwei Mandaten ab. Nicht in allen Landkreisen war eine hohe Zahl von Wahlantritten auch mit vielen Erfolgen verbunden. Im Landkreis Bautzen ging die NPD mit 14 Listen ins Rennen, lediglich in fünf Kommunen war sie erfolgreich. Ein ähnliches Bild bietet der Landkreis Mittelsachsen, in dem die NPD lediglich in zwei von acht Kommunen Mandate erringen konnte. Hervor stechen hier wiederum der Landkreis Leipzig, in dem die NPD in elf von achtzehn Städten und Gemeinden erfolgreich war, der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, in dem die NPD in elf von vierzehn Kommunen, in denen sie antrat, Mandate erzielte sowie der Landkreis Meißen, in dem die NPD in allen sieben Städten und Gemeinden, in denen sie antrat, auch erfolgreich war. Weiterhin waren die Landkreise Görlitz und Erzgebirge für die NPD ergiebig. In den drei kreisfreien Städten Chemnitz, Dresden und Leipzig konnte die NPD zwar Mandate erringen, als Erfolg kann sie dies jedoch nur bedingt verbuchen. In keinem der großstädtischen Kommunalparlamente erreichte sie Fraktionsstatus. Gemessen an dem Kraftaufwand, den die NPD vor allem in diese Städte investierte, ist dies ein allenfalls mäßiges Ergebnis.

Ein Vergleich der Kommunalwahlergebnisse zeigt dennoch einen eindeutig positiven Trend der NPD in den letzten zehn Jahren. Erreichte die NPD 1999 sachsenweit lediglich 0,3% und acht Mandate, steigerte sie das Ergebnis 2004 auf 0,5% und 26 Mandate bis sie schließlich 2009 die bereits genannten 2,3% und 74 Mandate erzielte. Gegenüber 2004 ist dies also fast eine Verdreifachung der Mandate. War die NPD 1999 lediglich in sieben Kommunen vertreten, stieg der Wert 2004 bereits auf vierzehn, um 2009 auf 63 zu steigen. Gegenüber 2004 hat die NPD diese Zahl also vervierfacht.

Wichtig ist der Blick auf die Kommunen, in denen die NPD 2009 nicht das erste Mal antrat:

- Von den 103 Kommunen, in denen die NPD 2009 eigene Listen einreichte, trat sie in 24, das entspricht etwa 23%, zum wiederholten Male an. In diesen 24 Kommunen errang sie jedoch 30, d. h. rund 40%, ihrer 74 Mandate. In insgesamt zehn Städten und Gemeinden errang die NPD 2009 mehr als ein Mandat, darunter befinden sich sieben, in denen die NPD zuvor schon antrat.
- Wie bereits dargestellt, blieb die NPD 2009 in 56 Kommunen unterhalb von 5%. Darunter befanden sich jedoch lediglich neun Kommunen, das entspricht etwa 16% der 56 Kommunen, in denen die NPD bereits zuvor bei Stadt- und Gemeinderatswahlen antrat. Unter den 47 Kommunen hingegen, deren Wahlergebnisse über 5% lagen, befinden sich fünfzehn, in denen die NPD bereits mehrfach antrat, das entspricht einem Anteil von knapp 32%.
- Berechnet man das landesweite Wahlergebnis nur für die 103 Kommunen, in denen die NPD auch antrat, erzielte sie 4,0%. Wirft man einen Blick auf die 24 Kommunen, in denen die NPD wiederholt antrat, erreichte sie hier im Schnitt 4,4%. In den 15 Kommunen, in denen die NPD mindestens zwei Mal hintereinander antrat – also entweder 1999, 2004 und 2009 oder 2004 und 2009 – steigt das durchschnittliche NPD-Ergebnis sogar auf 5,9%.

Deutlich wird somit, dass die NPD dort überdurchschnittlich erfolgreich abschnitt, wo sie zum wiederholten Male antrat. Der Glaube, die NPD entzaubere sich selbst, wenn sie in Parlamenten sitzt, kann damit auf kommunaler Ebene als widerlegt gelten. Weiterhin zeigt der Vergleich der Kommunalwahlen, dass der NPD vor allem gegenüber dem Jahr 2004 ein quantitativer Sprung geglückt ist. Dieser machte sich auch schon bei den Kreistagswahlen 2008 bemerkbar. Eine wesentliche Ursache hierfür dürfte der Landtagseinzug der NPD im Herbst 2004 sein, da die NPD seitdem in der Lage war, systematisch Strukturaufbau zu betreiben und diesen auch durch hauptamtliches Personal zu unterfüttern.

Die Landtagswahl 2009

Die gewachsenen Strukturen und verbesserten Möglichkeiten der NPD machten sich auch bei der Aufstellung der Direktkandidaten für die Landtagswahl 2009 bemerkbar. Konnte die NPD 2004 lediglich 32 der 60 Wahlkreise mit eigenen Kandidaten besetzen, gelang ihr dies 2004 in 58 Wahlkreisen. Damit trat die NPD zur Landtagswahl 2009 nahezu flächendeckend mit eigenen Kandidaten an. Lediglich ein Wahlkreis blieb unbesetzt, im Wahlkreis 55 – Hoyerswerda verzichtete die NPD zudem zu Gunsten von Henry Nitzsche auf einen eigenen Kandidaten. Nitzsche, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der CDU, war wegen diverser rassistischer Äußerungen aus der CDU ausgeschlossen worden und betreibt seitdem den Aufbau des vor allem im Landkreis Bautzen aktiven „Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland".

Bei der Landtagswahl am 30. August 2009 erreichte die NPD mit etwas mehr als 100.000 Stimmen ein Ergebnis von 5,6% und zog mit 8 Abgeordneten in den Sächsischen Landtag ein. Zum ersten Mal überhaupt in ihrer Parteigeschichte gelang ihr damit der Wiedereinzug in ein Landesparlament. In 23 der 60 Wahlkreise blieb die NPD dabei unter 5 Prozent, in 36 Wahlkreisen lagen die Ergebnisse zwischen 5 und

unter 10 Prozent und in einem Wahlkreis erreichte die NPD ein Ergebnis von mehr als 10 Prozent (Wahlkreis 50 Sächsische Schweiz 2). Mit 2,8% erzielte sie ihr schlechtestes Ergebnis im Wahlkreis 12 – Chemnitz 1. Unter den 23 Wahlkreisen mit unter 5% NPD-Stimmanteil befanden sich 15 Wahlkreise der drei kreisfreien Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig und 8 Wahlkreise aus den Landkreisen. Unter den 37 Wahlkreisen mit über 5% NPD-Stimmanteil befanden sich lediglich zwei Wahlkreise von kreisfreien Städten, jeweils einer in Dresden und Leipzig. Die übrigen 35 Wahlkreise gehören zu den verschiedenen Landkreisen.

Diese Zahlen zeigen, dass die NPD ihren Landtagseinzug vor allem den Flächenlandkreisen zu verdanken hat. Obwohl die drei kreisfreien Städte ca. 28% der sächsischen Wahlkreise stellen, schaffte die NPD lediglich in rund 5% dieser Wahlkreise ein Wahlergebnis von über 5%. Berechnet man das NPD-Ergebnis nur für die zehn Landkreise kam die NPD hier auf 6,4%, das Ergebnis in den drei großen Städten lag bei 3,9%. Damit steuerten die Landkreise rund 4,4% und die Städte ca. 1,2% des sächsischen NPD-Wahlergebnisses von 5,6% bei.

Vergleicht man die Landtagswahlergebnisse der NPD von 2004 und 2009 fallen sofort deutliche Verluste ins Auge. Die Zahl der Menschen, die NPD wählten, nahm gegenüber 2004 um rund 90.000 ab. Prozentual sank die NPD von 9,2% um 3,6% auf nunmehr 5,6% ab. Die Zahl der Wahlkreise, in denen die NPD 10 Prozent und mehr der Stimmen holte, sank von 24 auf einen, die Zahl der Wahlkreise, in denen die NPD zwischen 5 und 10 Prozent erzielte stieg von 32 auf 36 und die Zahl der Wahlkreise, in denen die NPD unter 5 Prozent blieb stieg von 4 auf 23. Etwas überproportional fielen dabei die Verluste der NPD in den Landkreisen aus. Damit verlor die NPD sachsenweit betrachtet gegenüber 2004 rund 47% ihrer Wählerinnen und Wähler. In den Landkreisen waren es rund 48% und in den drei kreisfreien Städten rund 43%. Anders als 2004 war die NPD 2009 auf die Stimmen aus den drei kreisfreien Städten angewiesen, um in den Landtag einzuziehen. 2004 hätte die NPD ohne die Stimmen aus den drei kreisfreien Städten 7,4% erzielt, 2009 waren dies, wie oben dargestellt, lediglich 4,4%. Bemerkenswert ist darüber hinaus ein weiterer Aspekt: Wäre die Wahlbeteiligung 2009 so hoch gewesen wie 2004, wäre die NPD mit ihren rund 100.000 Stimmen und 4,8% nicht wieder im Landtag vertreten gewesen.

Die Bundestagswahl 2009

Auch bei der Bundestagswahl 2009 war die NPD in Sachsen flächendeckend in allen 16 Wahlkreisen mit eigenen Direktkandidaten vertreten. Dies war ihr jedoch auch schon zur Bundestagswahl 2005 gelungen. Erreichte die NPD bundesweit 1,5% der Wählerstimmen, schnitt die sächsische NPD mit 4,0% und ca. 90.000 Wählerinnen und Wählern deutlich besser ab. Gegenüber 2005 verlor die sächsische NPD dabei rund 37.000 Stimmen und 0,8 Prozentpunkte. Während sie in Dresden und Leipzig ihr Ergebnis von 2005 halten konnte, verlor sie insbesondere in den Flächenwahlkreisen. Auch bei der Bundestagswahl 2009 hat die NPD vor allem in den Flächenwahlkreisen mit 4,7% überdurchschnittlich stark abgeschnitten. Das Wahlverhalten bei den Landtags- und Bundestagswahlen ähnelt sich damit stark.

Fazit

Die skizzierten Wahlergebnisse lassen mehrere Schlussfolgerungen zu, die ich hier thesenartig wiedergeben möchte.

(1) **Die NPD hat sich endgültig zu einer Regionalpartei entwickelt.** Anders als die Bundes-NPD, die in Machtkämpfe und Finanzskandale verstrickt vor sich hin schwächelt, ist die NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor ein politischer Faktor. In Sachsen hat sie sich durch den erneuten Landtagseinzug trotz der erheblichen Verluste gefestigt. Ob ihr dies in Mecklenburg-Vorpommern gelingt, wird die Landtagswahl 2011 zeigen.

(2) **Dennoch hat die NPD bei der Kommunal- und bei der Landtagswahl 2009 zwiespältige Ergebnisse eingefahren.** Zwar hat sie ihr wichtigstes Ziel, den Wiedereinzug in den sächsischen Landtag, geschafft, und auch die Präsenz in der Fläche konnte durch die Kommunalwahlen stark ausgebaut werden. Jedoch ist sie deutlich hinter den selbst gesteckten Zielen zurück geblieben. Weder konnten bei der Kommunalwahl, wie angestrebt, über 100 neue Mandate errungen werden, noch erreichte die NPD bei der Landtagswahl das gewünschte zweistellige Ergebnis.

(3) **Die NPD hat den Nimbus der Unbesiegbarkeit verloren.** Nach der Kommunalwahl 2004 und der kurz darauf stattfindenden Landtagswahl konnte die NPD aufgrund der Wahlergebnisse den Mythos pflegen, dass sie überall, wo sie antritt, auch erfolgreich ist. Dieser Mythos wurde durch die Kommunalwahl 2009 gebrochen, da die NPD nur in 60% der Kommunen, in denen sie antrat, auch Mandate errang.

(4) **Die NPD hat eine ideologisch gefestigte Stammwählerschaft ausgebildet.** Diese bewegt sich in einem Rahmen von ca. 4 und 6 Prozent der sächsischen Wählerinnen und Wähler. Dafür spricht, dass sich die NPD bei den Kommunalwahlen in vielen Gemeinden, in denen sie nicht zum ersten Mal antrat, zwischen 5 und 8 Prozent stabilisiert hat. Auch das Landtagswahlergebnis muss in dieser Richtung interpretiert werden. Trotz zahlreicher Skandale auf Landesebene hat sich die NPD nicht, wie von vielen Menschen angenommen, selbst entzaubert. Bei der Bundestagswahl haben immer noch rund 90.000 der sächsischen Wählerinnen und Wähler – und damit nur 10.000 weniger als bei der Landtagswahl - die NPD gewählt, obwohl von vornherein klar war, dass ihr ein Bundestagseinzug nicht gelingen wird. Eine Nachwahlbefragung von infratest dimap ergab zudem, dass von den 90.000 Wählerinnen und Wählern, die sie bei der Landtagswahl 2009 gegenüber 2004 verloren hat, rund 39.000 ins Lager der Nichtwähler gewechselt sind. Möglicherweise handelt es sich hierbei um eine Personengruppe, die sich bei Wahlen entweder von einer extrem rechten Partei mobilisieren lässt, oder zu Hause bleibt.

(5) **Weitere Wahlerfolge der NPD in Sachsen hängen von den politischen Rahmenbedingungen ab.** Zwar hat die sächsische NPD, wie oben geschildert, eine Stammwählerschaft ausgebildet. Diese reicht jedoch nicht aus, um dauerhaft Wahlerfolge zu garantieren. Gelang der NPD 2004 der Landtagseinzug aus eigener Kraft, hat sie diesen 2009 vor allem der deutlich gesunkenen Wahlbeteiligung zu verdanken. Um einen Landtagseinzug aus eigener Kraft zu gewährleisten, ist die NPD nach

wie vor auf die Mobilisierung weiterer Wählerinnen und Wähler angewiesen, die zwar über ideologische Schnittmengen zur NPD verfügen, aber nicht als gefestigte Wählerschaft betrachtet werden können. Dafür benötigt die NPD Themen, die sich populistisch zu Kampagnen ausbauen lassen. 2004 gelang ihr dies mit dem Thema Hartz IV. 2009 hat sie, trotz Wirtschaftskrise, keinen solchen Ansatzpunkt gefunden.

(6) **Die demokratischen Parteien sind stärker auch in den Kommunen gefordert.** Die deutlich gestiegene Zahl der Kommunen mit Parlamentariern der NPD stellt auch die demokratischen Parteien vor Ort in stärkerem Maße vor die Aufgabe, sich mit der NPD auseinander zu setzen. Die NPD hat sich durch den erneuten Landtagseinzug weitere fünf Jahre Zeit erkauft, um ihre Strukturen auszubauen. Dem kann wirkungsvoll nur vor Ort begegnet werden. Wesentlicher Standard dabei sollte sein, dass keinerlei gemeinsame Sache mit der NPD gemacht wird. Auch vermeintliche Sachanträge der NPD sind abzulehnen, da es zur Strategie der NPD gehört, sich als normale Partei neben anderen zu inszenieren. Die NPD verfügt jedoch über ein grundlegend anderes Wertesystem als die demokratischen Parteien. Ein Fehler ist es jedoch, aufgrund der Präsenz der NPD demokratische Standards abzusenken und z. B. per Geschäftsordnung die Ausschussgrößen oder Fraktionsstärken zu verändern.

Der Umgang mit rechtsextremen Parteien in Kommunalparlamenten

Von Claudia Jerzak

Die Reflexion des eigenen Umgangs mit rechtsextremen „KollegInnen“ wird von KommunalpolitikerInnen einmal als Belastung, ein anderes Mal als Aufgabe verstanden. Sie ist aufwendig und zeitweilig nicht so erfolgreich, wie gedacht. Probleme bereitet dabei bereits oft die Analyse der Ausgangsituation: Sind die rechtsextremen Kommunalos ideologisch oder am Stammtisch geschult, aus dem bürgerlichen oder militanten Spektrum, einfach nur zufrieden, im Parlament anwesend zu sein oder bemüht, aktiv parlamentarisch zu wirken? Daher sollen die Erfahrungen im Umgang der demokratischen Fraktionen mit der NPD – und im Fall des Landkreises Bautzen auch des Wählerbündnisses „Arbeit-Familie-Vaterland/Liste Henry Nitzsche“ – in sächsischen Kreistagen, ausgehend von einer Analyse der rechtsextremen parlamentarischen Arbeit, skizziert werden. Anschließend werden die Handlungsempfehlungen für KommunalpolitikerInnen zusammengefasst.[1]

Die Situation in Stadt- und Gemeinderäten stellt sich dabei ähnlich dar, wenn auch einerseits rechtsextreme Gruppierungen in den Stadträten, insbesondere den kreisfreien Städten Sachsens, meist zugunsten Freier WählerInnenvereinigungen Mandatsverluste verzeichneten, und andererseits der ländliche Raum zunehmend zum Aktionsfeld rechtsextremer Parteien wird.[2] Darüber hinaus spielt auch die Schwerpunktsetzung auf den „Kampf um die Parlamente“ als Teil des Dreisäulenkonzeptes – „Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente“ – der NPD eine Rolle. Dieses 1997 entwickelte Konzept beinhaltet eine Mehrfachstrategie, mit der die NPD nicht mehr nur als Wahlpartei auftreten kann, sondern aktionistisch verschiedene Bereiche des öffentlichen Lebens besetzt. Infolge dieser Strategie öffnet sich die NPD systematisch für militante und subkulturelle neonazistische Strömungen und bindet dieses Spektrum bspw. in öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen ein.

Noch vor wenigen Jahren, inmitten einer intensiven Phase der Auseinandersetzung mit dem NPD-Erfolg zur Landtagswahl 2004, war der Hinweis auf ihre Etablierung eines bürgerlich-biederen Images auf einzelne Regionen Sachsens beschränkt. Eine Eigeninitiative der NPD war stets mit dem Bemühen um einen sachlich-kritischen Eindruck verbunden, wenn auch mit populistischen Zügen. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde deutlich, dass sich die NPD vom früheren sowie andernorts

1 Im Kreistag Erzgebirge konnte nur die Zusammenarbeit eines DSU-Kreisrates Erwähnung finden, nicht die Qualität der Zusammenarbeit. Die DSU als auch die DVU konnten aus organisatorischen Gründen keinen Platz in der Analyse finden, sollten jedoch in Handlungskonzepte einbezogen werden, da sie größtenteils ebenfalls Positionen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bis hin zur Verherrlichung des Nationalsozialismus vertreten.

2 Der NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel führte dazu bereits 2007 aus: „Dörfer und Kleinstädte können im 21. Jahrhundert deshalb zum Kristallisationspunkt eines fast erd- und bluthaften Widerstandes gegen die Globalisierung werden und eine neue, gewaltfreie Landvolkbewegung entstehen lassen. Nationalisten haben hierbei organisatorische Schützenhilfe zu leisten und intellektuelles Rüstzeug zu liefern.“ (http://www.ab-rhein-neckar.de/frankfurt/ dateien/unterseiten/hintergrund/artikel/globalisierungsangriff.html); s.a. Sven Braune/Christian Demuth/Norbert Hanisch/Josephine Koch/Barbara Schmidt/Alexander Wendland: Die Politik der NPD in den Kommunalvertretungen Sachsens (2007). Download: http://www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/ npd_in_kommunalen_parlamenten_sachsens.pdf: 2.

außerparlamentarisch orientierten, provokativen Auftreten entfernte und sich stattdessen dem Populismus einer ‚wählbaren Alternative' zuwendete.[3] Die ideologischen Leitfiguren der Landtagsfraktion institutionalisierten die bürgerliche Linie 2009 im ‚Sächsischen Weg' - „für einen gegenwartsbezogenen und volksnahen Nationalismus, der die soziale Frage in den Mittelpunkt der Programmatik stellt und der sich von unpolitischer Nostalgiepflege, ziellosem Verbalradikalismus und pubertärem Provokationsgehabe abgrenzt".[4] Nach dem Einzug der NPD in alle zehn sächsischen Kreistage 2008 wurde die bürgerlich-biedere Ausrichtung noch deutlicher – wie auch die kommunalpolitische Arbeit auf sehr geringem quantitativem und qualitativem Niveau. So wurde die meist stumme Anwesenheit rechtsextremer KreisrätInnen in Sachsen seitdem nur selten von Provokationen („Ausländerrückführungsbeauftragte") oder bloßen sachbezogenen Anfragen und Anträgen unterbrochen.

Ob rechtsextreme Gruppierungen überwiegend als Fundamentalopposition oder sachbezogen agieren, ist offensichtlich zu einem großen Teil abhängig von ihren MandatsträgerInnen. Es lassen sich dabei zwei Typen unterscheiden: Einerseits gibt es kommunalpolitische VertreterInnen, die *aktiv* Anträge schreiben und Anfragen formulieren. Deren Sachbezug wird oft auch von demokratischen Fraktionen positiv bewertet. Auf der anderen Seite stehen Kreis-, Stadt- und GemeinderätInnen, die eine umfassende *kommunalpolitische Inkompetenz* aufweisen.[5] Diese personelle Aufstellung wirkt sich, wie auch die Notwendigkeit des Gebrauchs parlamentarischer Instrumentarien und die Breite des kommunalpolitischen Gestaltungsspielraumes, auf den Erfolg der rechtsextremen Gruppierungen aus.

Dieser Gestaltungsspielraum wird begrenzt durch das Handeln der kommunalen Institutionen und Autoritäten – darunter den Kommunalparlamenten – sowie die Integration des zivilgesellschaftlichen Engagements in kommunalen Strukturen.[6]

Im Umgang mit rechtsextremen Gruppierungen in Parlamenten lassen sich drei Strategien unterscheiden: Kommunikationsverweigerung, sachliche Diskussion und dechiffrierende Auseinandersetzung mit den argumentativen Strategien und der Themenwahl der extremen Rechten.[7]

Gegenüber Wortbeiträgen rechtsextremer Fraktionen und MandatsträgerInnen im Kommunalparlament zu schweigen, sich in der Sitzungspause nicht in ein Gespräch verwickeln zu lassen, auf die höfliche Begrüßung am Eingang des Sitzungssaals zu verzichten – also sich im Ganzen *kommunikativ zu verweigern*, wird nur dann zu einer erfolgreichen Strategie, wenn sie von allen anderen Fraktionen und Gruppierungen angenommen und umgesetzt wird. Der ihr zugrundeliegende „Konsens der

3 Braune u.a..: 31.
4 http://www.nazis-nein-danke.de/index.php?option=com_content&view=article&id=71:saechsische-deutsche-und-andere-irrwege&catid=34:startseite
5 Katharina Beier/Jenny Bogitzky/Hubertus Buchstein/Katharina Feike/Benjamin Fischer/Pierre Freyber/Mattias Strüwing/Tim Wiedemann: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald 2006: 171
6 Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (Hg.): Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum. Berlin 2007: 14ff. (http://www.gruene-bundestag.de/cms/ publikationen/dok/203/203637.reader_grenzen_lokaler_demokratie _zivilr.html)
7 Benno Hafeneger/Sven Schönfelder: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Herausgegeben von Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2007: 17f. (Download im Internet: http://library.fes.de/pdf-files/do/05021.pdf).

DemokratInnen" erfordert es, wenn auch nur auf den einzelnen Aspekt des parlamentarischen Umgangs bezogen, Abstriche bei den eigenen politischen Positionen zu machen. Ziel dieser Strategie ist es zum einen, den rechtsextremen MandatsträgerInnen keinen Platz in Ausschüssen und Gremien und damit Entscheidungsbefugnisse zuzugestehen, zum anderen, deren Chancen öffentlichkeitswirksamer Selbstdarstellung und Propaganda zu verringern. Die parlamentarischen Bewegungsmöglichkeiten sollen rechtlich und vom Ablauf der Kreistagssitzung her legitimiert begrenzt werden bis hin zur Änderung von Geschäftsordnungen oder dem Verweisen schriftlicher Initiativen in Ausschüsse.

Eine weitere Möglichkeit des Umgangs - die *sachliche Diskussion* – stellt die demokratischen Parteien vor das Problem eines ständigen Rechtfertigungsdrucks, der nicht selten die Legitimität der demokratischen Grundordnung einschließt. Insbesondere lokal- und sachpolitische Anträge werden jedoch von rechtsextremen Gruppierungen dazu genutzt, sich als bürgerliche Partei darzustellen.

Die *dechiffrierende Auseinandersetzung* mit den argumentativen Strategien und der Themenwahl der extremen Rechten ist eine aufwendige Vorgehensweise, die darauf abzielt, die von der bürgerlichen Fassade absichtlich verdeckten rassistischen, antisemitischen, patriarchalen und demokratiefeindlichen Inhalte neonazistischer oder neurechter Ideologie aufzuzeigen. Voraussetzung dafür ist die intensive Beschäftigung mit Publikationen, Strukturen und Handlungsfeldern der rechtsextremen Szene, einschließlich der nicht parteigebundenen Strömungen. Diese Strategie erzielt nur dann Wirkung, wenn sich ein breites Spektrum an AkteurInnen – von zivilgesellschaftlichen Initiativen über kommunale Verwaltung bis hin zu Medien – daran beteiligt.

Situation in Sachsen

In allen Sächsischen Kreistagen ist die NPD mit mindestens drei, meist vier, aber maximal sechs RätInnen vertreten, in einzelnen Kreistagen auch mit Vereinigungen, wie das Wählerbündnis „Arbeit-Familie-Vaterland" oder das nach dem Austritt aus der NPD entstandene „Freie Nationale Bündnis". Ihre institutionelle Einbindung in Ausschüsse und Gremien ist durch den über die Geschäftsordnung definierten Fraktionsstatus geregelt. Aufgrund der Kreistagsvergrößerungen im Zuge der Kreisgebietsreform führten oft umstrittene Geschäftsordnungsänderungen, bei denen insbesondere mit dem Einzug der NPD argumentiert wurde, zur Erhöhung der erforderlichen Mandate für die Fraktionsbildung. In einigen Fällen klagt die NPD gegen die Geschäftsordnungsänderung. Allerdings wirkt sich die Neuregelung, von der ausschließlich NPD-Vertretungen ab vier KreisrätInnen betroffen sind, auch auf andere kleinere Vertretungen von WählerInnengruppierungen und Parteien aus.

Infolgedessen werden verschiedene Rechte eingeschränkt, bspw. das Recht auf Akteneinsicht, die Verpflichtung des Bürgermeisters oder Landrats, zu einem Tagesordnungspunkt Stellung zu nehmen, und die Mitwirkung an der Besetzung des Ältestenrates. Darüber hinaus stehen ihnen wesentlich weniger Zuschüsse für die parlamentarische Arbeit zur Verfügung.[8]

8 http://www.gruene-mv.de/fileadmin/user_upload/pdf/kremer_gutachten_fraktionsgroesse.pdf

Das Auftreten rechtsextremer Gruppierungen bzw. Parteien gestaltet sich seit der Konstitution der Kreistage zunehmend verhaltener. Neben der sachsenweit eher geringen Intensität der Ausschussarbeit rechtsextremer Gruppierungen wird die davon unabhängige Möglichkeit von Redebeiträgen nicht ausgeschöpft. Redebeiträge werden nur in seltenen Fällen eingebracht und wenn doch, dann durchgehend von Einzelpersonen (Bautzen, Görlitz, Sächsische Schweiz/Osterzgebirge, Nordsachsen). Meist hüllen sich die rechtsextremen KreisrätInnen nach anfänglichem Engagement sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen in Schweigen (Bautzen, Görlitz, Sächsische Schweiz/Osterzgebirge). Auch im Falle, dass eine Ausschussmitgliedschaft nicht gegeben ist, sind die KreisrätInnen im Plenum nicht aktiver (Ausnahme Nordsachsen). Schriftliche Initiativen wurden nach einer anfänglich sachsenweiten Welle von Änderungsanträgen zur Geschäftsordnung zur Ausnahme (Meißen).

Zur typischen Arbeitsweise der NPD in den sächsischen Kreistagen gehört es, geheime Wahlen zu beantragen. Fast in allen Kreistagen erhält die NPD infolgedessen für ihre Wahlvorschläge meist ein bis zwei Stimmen mehr. Zur Auszählung der Ausschusswahl wurde überwiegend gefordert, das Hare-Niemeyer- statt des d'Hondtschen Verfahrens anzuwenden. In dieser zweiten kommunalrechtlichen Debatte wird argumentiert, bei einer Zusammensetzung des Kreistages nach d'Hondt sei eine nochmalige Anwendung von d'Hondt ein weiterer Ausschluss kleiner Gruppierungen und Parteien. Während der meisten Ausschusswahlen widersprach die NPD zudem den gemeinsamen Listenvorschlägen der demokratischen Parteien, die vereinzelt sogar offiziell zu Beginn der Legislatur ein geschlossenes Vorgehen vereinbart hatten. Teilweise war die NPD dabei erfolgreich und erzwang Neuwahlen zu den Ausschüssen etc.. Durchgehendes Thema waren auch die Wahlvorschläge für eine/n „Ausländerrückführungsbeauftragte/n".

Überwiegend wurden die NPD-Fraktionen mindestens einmalig durch die „Kommunalpolitische Vereinigung" der NPD beraten, deren Hilfestellungen während der Kreistagssitzungen zu deutlich höherer Aktivität führten. Im Umgang mit rechtsextremen Fraktionen kommt es immer wieder dazu, dass KreisrätInnen die Einschätzung treffen: „Wenn es nicht die NPD wäre, würde man zustimmen, weil die Anträge sachorientiert sind." Eine Abstimmung würde damit provoziert. So wird die Frage, deren Beiträge zu debattieren oder zu ignorieren für viele Fraktionen zum Diskussionsthema. Ein entscheidender Aspekt ist dabei, welche Öffentlichkeit man herstellen oder wie man die Öffentlichkeit informieren möchte. In nur einem Fall wurde in der konstituierenden Kreistagssitzung eine Erklärung gegen Rechtsextremismus und Rassismus verlesen (Meißen). In einigen Kreistagen bestehen entsprechende Vereinbarungen zum gemeinsamen parlamentarischen Handeln (Görlitz, Erzgebirge), die teilweise auch veröffentlicht wurden.

Der Kreistag **Bautzen** ist der einzige sächsische Kreistag mit zwei rechtsextremen Fraktionen: der NPD (5 KreisrätInnen) und des Bündnisses „Arbeit-Familie-Vaterland" (AFV) des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche (4 KreisrätInnen). Die NPD als auch das Bündnis AFV sind mit je einer KreisrätIn in Kreis-, Sozial-, Technischem sowie Kultur- und Bildungsausschuss vertreten, nicht aber im Jugendhilfeausschuss.

Der Fraktionsvorsitzende des AFV, Nitzsche, ist mit populistischer und wenig anspruchsvoller Rhetorik sowohl Dreh- und Angelpunkt der Fraktion als auch des Bündnisses. Die anderen Fraktionsmitglieder äußern sich selten. Die Aktivitäten der NPD-Fraktion beschränken sich auf das Jahr 2008. Für die NPD meldet sich fast ausschließlich ihr Fraktionsvorsitzender zu Wort.
Zum Umgang mit den beiden rechtsextremen Fraktionen handelten die demokratischen Parteien keine Vereinbarung aus. Es bestehen jedoch vereinzelt fraktionsinterne Absprachen. Andererseits wird mit den Stimmen der rechtsextremen Fraktionen auch gerechnet. Aufgrund der kontinuierlichen Zustimmung von FDP, NPD und AFV konnte die CDU u.a. das große Fraktionen begünstigende d'Hondt-Wahlverfahren für die Ausschusszusammensetzung durchsetzen. Die NPD wiederum unterstützte Henry Nitzsche 2008 bei seiner Kandidatur als Ausländerbeauftragter.

Im Kreistag **Görlitz** wird die NPD u.a. durch den Landtagsabgeordneten Andreas Storr vertreten, der auch als Vorsitzender der Gruppe fungiert.

Alle demokratischen Fraktionen vereinbarten zu Anfang der Legislatur ein geschlossenes Vorgehen gegen die NPD. Infolgedessen wurde auch in Görlitz die Mindestgröße für Fraktionen erhöht, so dass die NPD nicht im Hauptausschuss vertreten ist. Auch wenn die einzelnen KreisrätInnen hier Anwesenheitsrecht haben, waren die NPD-RätInnen nur zu Beginn dabei. Eine weitere Strategie ist es, gemeinsame Listenvorschläge zu erstellen, die im Vergleich mit reinen Zähllisten die Wahrscheinlichkeit erhöhen, ausschließlich die demokratischen KandidatInnen zu wählen. Wenn die Wahlen darüber hinaus mit d'Hondt ausgewertet werden, werden die kleineren Fraktionen oder Gruppierungen zusätzlich zurückgestellt. In der Kooperationsvereinbarung wurde zudem festgelegt, dass keine Zusammenarbeit mit der NPD stattfindet, so dass sie von der kommunikativen bis zur formellen Ebene nicht am Austausch beteiligt ist.

Lediglich der Landtagsabgeordnete und Landratskandidat (2008) Storr formuliert Wortbeiträge. Im Gegensatz u.a. zum Kreistag Bautzen finden bei der NPD häufig die Anträge der LINKEN Zustimmung.

Im Kreistag **Sächsische Schweiz/Osterzgebirge (SSW/OE)** ist die NPD mit sechs RätInnen vertreten und hat demzufolge Fraktionsstatus. Trotz Anwesenheit beteiligen sie sich - abgesehen von der Konstitutionsphase des Kreistages - nicht mit Redebeiträgen bis auf Zwischenrufe des Fraktionsvorsitzenden Johannes Müller, die meist Zustimmung signalisieren. Auch in den Ausschüssen fallen sie nicht auf, da sie sich nicht zu Wort melden.

Müller (Sebnitz), seit 2004 Landtagsabgeordneter und ehemals der aktivste Kreisrat, tritt hier und im Stadtrat Sebnitz gegenwärtig kaum noch in Erscheinung. Im November 2009 gab er nach 10-jähriger Tätigkeit das Amt des NPD-Kreisvorsitzenden „aufgrund stärkerer beruflicher und familiärer Belastungen, sowie gewachsener parlamentarischer und landesverbandlicher Aufgaben"[9] ab.

9 http://www.npd-saechsische-schweiz.de/wordpress/?cat=7

Überwiegend enthält sich die NPD bei Beschlüssen im Kreistag, stimmt jedoch in den Ausschüssen zu. Entsprechende Argumentationen lauten dann beispielsweise unter Rückgriff auf Informationen aus der Tagespresse, die NPD hätte haushaltspolitische Belastungen vorausgesehen und sehe sich daher in ihrer Ablehnung des Haushaltsplanes 2009 bestätigt. Die NPD, die als Fraktion berechtigt ist, über Redebeiträge im Kreistag hinaus Anträge einzureichen und in Ausschüssen nicht nur durch Abstimmungen mitzuarbeiten, nahm diese Möglichkeiten nicht wahr. Die Kreistagsfraktion präsentiert sich weder mit einer eigenen Internetseite noch in Beiträgen auf der Homepage des Kreisverbandes.

Eine Vereinbarung der demokratischen Fraktionen zum Umgang mit der NPD im Kreistag besteht nicht, sie gilt vielmehr als eine Fraktion unter anderen. Die NPD-KreisrätInnen werden teilweise freundlich mit Handschlag begrüßt. Die Redebeiträge in der Anfangsphase des Kreistages blieben meist unkommentiert.

Im Kreistag **Meißen** ist die NPD mit fünf RätInnen vertreten. Sie besäße nach alter Geschäftsordnung Fraktionsstatus. Nach deren Änderung versucht die sogenannte NPD-Gruppierung diesen einzuklagen. Die Geschäftsordnung erlaubt es jedoch auch als einzelne KreisrätIn Anträge zur Sache bzw. Änderungsanträge zu stellen. In der vorhergehenden Legislatur (früherer Kreistag Meißen ohne Riesa-Großenhain) wurden dennoch (fast) keine schriftlichen Initiativen, also weder Anträge noch schriftliche Anfragen, erarbeitet.[10]

Am Anfang der konstituierenden Kreistagssitzung im August 2008 wurde durch einen Kreisrat folgende von den Fraktionen und Gruppierungen zuvor gemeinsam erarbeitete Selbstverständniserklärung vorgetragen: „Wir bekennen uns im Kreistag zur Demokratie und unserer freiheitlichen Grundordnung. Gewalt und Extremismus, ebenso Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus lehnen wir entschieden ab."[11]

Die Notwendigkeit einer solch klaren Abgrenzung von der NPD verdeutlichte sowohl die sofortige Reaktion als auch die, verglichen mit anderen NPD-Kreistagsfraktionen, hohe Aktivität. Die zwei Landtagsabgeordneten, deren öffentliches Auftreten am stärksten durch populistische und provokante Rhetorik gekennzeichnet ist – Holger Apfel und Jürgen Gansel – agieren gemeinsam mit einem Landtagsmitarbeiter – Peter Schreiber – in einer dichten Verknüpfung von formellen Testballons hinsichtlich der Geschäftsordnung und medialer Präsentation.

Es war dann auch Gansel, der vor Mirko Beier, dem Vorsitzenden der Gruppierung, zur Entgegnung ausholte und die Kritik des Papiers auf den „totalitären und freiheitsfeindlichen Antifaschismus im Sinne eines antitotalitären Grundkonsenses" zu erweitern versuchte. Anschließend trug Beier die Zielsetzungen der NPD-Kreisräte vor, der zufolge „die etablierten Klüngel- und Selbstbedienungsparteien im Kreistag nicht länger unter sich sein sollen und (...) die nationale Opposition Stachel im Fleisch eines volksfernen Parteiensystems sein soll." Infolgedessen kam es zu einem ersten Eklat: Der Landrat bat darum, Beiers Mikrofon abzuschalten und forderte ihn auf, zu Sachthemen des Tagesordnungspunktes zu sprechen. Ein weiterer Kreisrat

10 Braune u.a..: 7.
11 Protokoll der Kreistagssitzung vom 28.08.2008

beantragte, den TOP sofort abzubrechen und zum nächsten TOP überzugehen. Beier protestierte und kam der Aufforderung des Landrates nach, seine Erklärung in zwei Minuten zu Ende zu bringen. Der TOP wurde danach ohne weitere Wortmeldungen beendet.

In ihrem Antrag zur Änderung der Hauptsatzung, der ebenfalls in der konstituierenden Sitzung – diesmal von Peter Schreiber – vorgetragen wurde, fordert die NPD die Vergrößerung der Ausschüsse auf 18 statt 15 KreisrätInnen sowie eine Auszählung nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren. Da der Antrag abgelehnt wurde, wich die NPD bei der Bestellung zu den Ausschüssen in dieser Sitzung auf eigene Wahlvorschläge aus, die jedoch von keiner weiteren KreisrätIn wahrgenommen wurden bis auf den Verwaltungs- und den Jugendhilfeausschuss. Infolgedessen hat die NPD im erstgenannten Ausschuss einen Sitz. In der Debatte um Änderungsanträge zur Geschäftsordnung kritisierte auch die SPD die gegen die NPD gerichtete Neuregelung als eine Vielzahl von kleinen Gruppierungen ausschließende Maßnahme.

Ein weiterer Antrag galt der Bestellung eines/einer ehrenamtlichen „Ausländerrückführungsbeauftragten". Im März 2009 kandidierte dann Gansel als ebensolcher, wie zuvor schon in Nordsachsen und im Erzgebirgskreis geschehen, mit der Zielsetzung, angebliche statistische Fehler und Lücken aufzuzeigen und so die Migration von „Papierdeutschen", „Fremden", „Illegalen" oder „Grenzgängern" unmöglich zu machen. Ein Kreisrat, der sich dem Antrag zur Größe der Ausschüsse und zum Auszählverfahren der Stimme enthalten hatte, weil er darin grundlegende demokratische Forderungen sehe, empörte sich daraufhin über den ideologischen Missbrauch des Kreistages, die Verunglimpfung von Menschen mit migrantischem Hintergrund und die Polemik. Der TOP wurde damit nach einer Abstimmung, in der nur die NPD ihrem Antrag zustimmte, beendet.

Die fünfköpfige Vertretung im Kreistag **Erzgebirge** ist eine der drei NPD-Fraktionen in sächsischen Kreistagen. Der Fraktionsvorsitzende Mario Löffler – ehemaliges CDU-Mitglied und vormals stellvertretender Bürgermeister einer 6000-EinwohnerInnen-Gemeinde – gibt sich betont umgänglich und sucht das Gespräch mit anderen KreisrätInnen. Demgegenüber treten seine Fraktionskollegen weniger im Kreistag als bei NPD-Aktionen in Erscheinung. Ein einzelner DSU-Kreisrat, ein ehemaliger REP-Vorsitzender, hat sich, wenn auch nicht offiziell, der NPD-Fraktion angeschlossen.

Der relativ sichere Umgang mit den Kreistagsabläufen und dem Kommunalrecht scheint sich eher aus den kommunalpolitischen Erfahrungen von Löffler, denn aus nicht zu beobachtenden Hilfestellungen der „Kommunalpolitischen Vereinigung" der NPD zu speisen. Die BewerberInnen für Gremien und Ausschüsse wurden alle abgelehnt, wogegen die NPD nach eigener Aussage Klage eingereicht hat. Nichtsdestotrotz sind die KreisrätInnen regelmäßig als Gäste in Ausschusssitzungen präsent, teilweise sogar mit Wortbeiträgen. Dabei engagierten sie sich lediglich mit wenigen, unkonstruktiven Fragen. Inhaltliche Schwerpunkte werden nicht gewählt. Lediglich die „Fundamentalkritik am System" und den „etablierten" Parteien kehrt immer wieder, wobei die NPD insgesamt wenig provokativ agiert und sich eher als „normale" Partei darstellt. Die demokratischen Fraktionen verfolgen mit der Begründung, die NPD nicht überbewerten zu wollen, die Strategie der Kommunikationsverweigerung. Zudem werden Anträge abgelehnt und KandidatInnen nicht gewählt. Problematisiert

wird von Seiten einzelner demokratischer Fraktionen, dass die NPD bei Wahlen dennoch regelmäßig ein bis zwei Stimmen mehr erhält, als sie Sitze hat. Darüber hinaus fehle vielen KreisrätInnen die Distanz im sozialen Umgang, vor allem da sich die rechtsextremen KreisrätInnen betont freundlich geben.

Im Kreistag **Mittelsachsen** ist die NPD nur noch mit drei Räten vertreten. Ein Kreisrat erklärte im Oktober 2009 seinen Austritt aus der NPD (und der Fraktion) und ist von nun an parteilos. Die NPD besitzt aufgrund der Geschäftsordnungsänderung vom 21.08.2008 keinen Fraktionsstatus und legte infolgedessen Normenkontrollklage ein. Im vorhergehenden Kreistag Freiberg waren keine konstruktiven Aktivitäten der NPD zu verzeichnen. Da die Geschäftsordnung für die Einbringung eines Antrages den Fraktionsstatus oder die Zustimmung von mindestens einem Fünftel der KreisrätInnen verlangt, versucht die NPD – bis auf die Geschäftsordnungsanträge und Wahlvorschläge in den ersten beiden Sitzungen – auch keine Anträge mehr vorzulegen. Wortmeldungen wurden jedoch auch in der laufenden Legislatur seltener und entfallen zur Zeit ganz. Ausschlaggebend für die Aktivität in der konstituierenden Kreistagssitzung war die Anwesenheit des Mitarbeiters der sächsischen NPD-Landtagsfraktion und Bundesvorsitzenden der „Kommunalpolitischen Vereinigung" der NPD, Hartmut Krien[12]. Die vier KreisrätInnen wurden durch Krien von der hinter ihnen liegenden Pressereihe aus mit Zetteln versorgt. In den durch vereinzelte NPD-Vorschläge für Ausschussmitglieder erzwungenen Wahlen erhielt die NPD höchstens ihre eigene Zustimmung.

Die Verfahrensweise der demokratischen Fraktionen im Umgang mit der NPD ist übersichtlich: Anträge der NPD werden abgelehnt. Geschäftsordnunganträge werden gar nicht, Redebeiträge nur selten kommentiert. So zum Beispiel, als ein NPD-Kreisrat trotz mehrheitlicher Unterstützung des SPD-Antrages, die Stelle einer bzw. eines hauptamtlichen Ausländerbeauftragten einzurichten, vorschlug, dieses Amt als „Ausländer-Rückführungsbeauftragter" zu bezeichnen. Manifest ideologisch war der Redebeitrag der NPD gegen die Weiterführung der Stabsstelle Extremismusbekämpfung im Landratsamt – die Gelder sollten für die Entschädigung der Opfer linker Gewalt verwendet werden. Bis auf Einzelpersonen besteht kein sozialer Umgang mit den rechtsextremen KreisrätInnen.

Im Kreistag **Nordsachsen** ist die NPD mit 4 KreisrätInnen vertreten, die keinen Fraktionsstatus inne haben. Bei der konstituierenden Sitzung wurden NPD-KreisrätInnen in zwei Ausschüsse gewählt. Aufgrund dessen brach der Landrat die Abstimmungen ab. Die sächsische Landkreisordnung sieht vor, dass ein Landrat Beschlüssen des Kreistages widersprechen und eine Neuwahl anordnen kann, wenn er sie als rechtswidrig oder als nachteilig für den Landkreis einschätzt. Die CDU tendierte dazu, Anträge der NPD nicht generell abzulehnen, woraufhin SPD, Linke, Grüne und FDP widersprachen. Die Linke schlug dazu wahlrechtliche Veränderungen vor. In Konsequenz wurde beim zweiten Wahlversuch anstelle des Verhältniswahlrechts das Mehrheitswahlrecht, d.h. ein gemeinsamer Wahlvorschlag mehrerer Fraktionen in Form einer Einheitsliste, angewandt. Trotz der bis zu zwei zusätzlichen Stimmen gelang es der NPD somit nicht, endgültig einen Ausschusssitz zu erringen.

12 Krien ist seit 2004 auch Stadtrat der NPD in Dresden.

Das Auftreten der NPD im Kreistag ist gekennzeichnet durch abnehmendes Engagement in Form von Anträgen, Anfragen oder Redebeiträgen. Dem allgemein geringen Diskussionsbedarf im Kreistag setzt die NPD Nachfragen und Einsprüche entgegen. Fordert die NPD bspw. die Durchführung der zwar satzungsmäßig geregelten, jedoch nicht vollzogenen BürgerInnenfragestunde, wird diese Nachfrage von demokratischen Oppositionsfraktionen nicht problematisiert, sondern durch deren anschließenden eigenen Hinweis gegenüber dem Landrat nochmals legitimiert.

Im Kreistag des **Landkreises Leipzig** sitzen vier NPD-KreisrätInnen ohne Fraktionsstatus. Die NPD ist weder in Ausschüssen noch in Verbands- oder Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder anderen Gremien vertreten. Die NPD hat jedoch keine Klage eingereicht. Relevante Wahlen bzw. Abstimmungen finden auf NPD-Antrag meist geheim statt. Die NPD nutzt infolgedessen ausschließlich die BürgerInnenfragestunde. Diese Anfragen wurden mit einer knappen Zusage zur schriftlichen Beantwortung abgehandelt. Im Publikum wird die NPD-Gruppierung stets, wenn auch rückläufig, von sieben bis zwanzig AnhängerInnen begleitet.

Einen Vorsitzenden hat die Gruppierung nicht gewählt. Ein NPD-Rat ist stellvertretender Vorsitzender des Altherrenverbandes der Burschenschaft Germania in Leipzig, war Autor in der rechtsextremen Zeitschrift „Staatsbriefe" und 2008/09 für Gebäudeführungen in der Gedächtnisstätte Borna zuständig. Ein anderer NPDler ist ein ehemaliger Kameradschaftsführer.

Im **Kreistag Zwickau** ist die NPD mit drei KreisrätInnen – u.a. der Landtagsabgeordneten Gitta Schüßler – vertreten und besitzt keinen Fraktionsstatus. Die NPD ist weder in Ausschüssen noch in Gremien vertreten, kann jedoch Anfragen und Anträge stellen. Das Auftreten der NPD in den Kreistagssitzungen ist im Wesentlichen davon geprägt, dass die RätInnen Zeitung lesen und sich nicht mit Redebeiträgen beteiligen. Sie halten sich überwiegend an Mehrheitsentscheidungen und traten nur in den ersten Sitzungen mit eigenen Wortmeldungen hervor. Auf der Internetseite des Kreisverbandes findet sich eine regelmäßige Berichterstattung, in der ebenfalls kaum Anfragen oder Wortmeldungen beschrieben werden.

Das Abstimmungsverhalten der NPD entspricht überwiegend dem der Mehrheit, d.h. in den meisten Fällen der CDU und FDP. Ideologische Dispositionen werden dann bspw. im Fall von Änderungsanträgen zur Hauptsatzung, die die Möglichkeit von Bürgerbegehren beschränken, zurückgestellt. Latent ideologische Motivationen lassen sich bei der Ablehnung eines Antrages, die Gleichstellungs-, AusländerInnen-, Behinderten-, SeniorInnenbeauftragte solle nicht nur vom Landrat, sondern auch von den Fraktionen vorgeschlagen werden können, vermuten. Ein zu erwartender Redebeitrag zum Thema Unterbringung von AsylbewerberInnen bleibt aus.[13] Das Abstimmungsverhalten wirkt wenig sachbezogen oder problemorientiert. Anhand der spärlichen Begründungen der eingereichten Anträge auf der Internetpräsenz der

13 Der Antrag (Beschlussvorlage KT 0137/09) sieht die Vergabe der Unterbringung und Betreuung von AsylbewerberInnen, Flüchtlingen und SpätaussiedlerInnen im LK Zwickau an ein Unternehmen vor, das im Gegensatz zu Kosten von ca. 100 € pro Person seitens eines weiteren Anbieters lediglich 40 € Unterbringungskosten berechnet. Trotz ausbleibendem Redebeitrag wird der Stellenwert des Themas untermalt durch Gitta und Thomas Schüßlers vorzeitiges Verlassen der Kreistagssitzung nach dieser Abstimmung.

NPD-Kreistagsgruppierung verstärkt sich der Eindruck, dass Außendarstellung, Dogmatik, Profilierung und Skandalisierung, somit Symbolpolitik deren kommunalpolitische Arbeit dominieren. Das weitgehende Ausbleiben von Redebeiträgen als auch von Anträgen – eine Ausnahme bilden zwei Satzungs- und zwei Geschäftsordnungsanträge in der konstituierenden Sitzung – unterstützt diesen Eindruck, die parlamentarischen Aufgaben wenig konstruktiv wahrzunehmen.

Im **Kreistag Vogtland** sind drei MandatsträgerInnen als „Parteilose auf Mandat der NPD" vertreten. Nicole Fortak, Olaf Martin und Frank Schmidt[14] traten bereits im November 2008 aufgrund der Distanzierungen vor allem des NPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel gegenüber den „Freien Kräften" aus der NPD aus und gründeten im Februar 2009 das „Freie Nationale Bündnis e.V." Das FNB will „allen „Freien Aktivisten" die Möglichkeit geben, aktiv in den Parlamenten mitarbeiten zu können, um „ihre" Politik vor Ort zu vertreten. Eine Erhaltung von Freien Kameradschaften und deren Eigenständigkeit wird vom FNB e.V. unterstützt und gewollt. Eher sehen wir uns als Dachorganisation für „Freie Kräfte", um eine Mitarbeit in den Kommunalparlamenten zu ermöglichen."[15]

In den Ausschusswahlen 2008 erhielt die Gruppe einen Sitz im Kreisausschuss und einen Sitz im Ausschuss Haushalt und Finanzen. Die Sitze gingen ihr jedoch in einer erneuten Ausschusswahl im Januar 2009 wieder verloren, da sich die kleinen Kreistagsgruppierungen zu einer gegenseitigen Kandidaturunterstützung entschlossen. Darüber hinaus hat das FNB e.V. einen Sitz im Sparkassenbeirat inne. Die MandatsträgerInnen sind dort, wie auch zu den Kreistagssitzungen, immer seltener anwesend.[16] Schriftliche Initiativen sowie Redebeiträge oder auch Zwischenrufe fehlen gänzlich bis auf einen Kommentar zum Kreistagsbeschluss zu Anfang der Legislatur, als dem Projekt *Move – Menschen ohne Vorurteile erreichen / Kontaktstelle gegen Rechts* Unterstützung zugesagt wurde. Dazu äußerte das FNB e.V., derartige Initiativen sollten nicht nur gegen Rechts-, sondern auch gegen Linksextremismus lanciert werden.

Die MandatsträgerInnen lassen sich nur schwer in gängige Typologien einordnen, da sie zwar inkompetent sind, es jedoch sogar unterlassen, dem Motto zu folgen „wichtig ist nur, dass wir in der nach außen gerichteten Propaganda den Eindruck vermitteln, wir würden etwas tun".[17] Mangels manifester oder latenter ideologischer sowie sachlich-pragmatischer Initiativen unterblieb die Verständigung der demokratischen Parteien zum Umgang mit dem FNB. Fraglich ist darüber hinaus, ob dies in der rechten Szene als „wählbare, nationale Alternative", die „vielen Kameraden und Bürgern neue Hoffnung geben"[18] soll, verstanden wird.

14 http://www.fnb-deutschland.info/start.htm
15 http://www.fnb-deutschland.de/
16 Nicole Fortak schreibt bereits am 08.04.2009 auf der FNB-Homepage: Sie werde sich „aus persönlichen Gründen, aus der aktiven Politik zurückziehen".
17 Beier u.a.: 171.
18 http://www.fnb-deutschland.info/start.htm

Handlungsempfehlungen

Seit der Kreistagswahl 2008 haben sich in den sächsischen Kreistagen bzgl. der Problem- und Zielbestimmung sowie der Strategie- und Kooperationswahl verschiedene Formen des Umgangs etabliert. Beginnend mit Kooperationsvereinbarungen für Gremienwahlen über Selbstverständniserklärungen in der konstituierenden Sitzung sowie analytisch-kritischen Kommentaren zu Redebeiträgen bis hin zur Berichterstattung über kommunalparlamentarische Arbeitsweisen rechtsextremer Fraktionen fand ein Teil der demokratischen KreisrätInnen zu einem Umgang, der der NPD etc. eine „normale" Partizipation unmöglich macht. Ausgehend von dem Wissen um die strategische „Verbürgerlichung" ihres Auftretens wird der ideologische Kern rechtsextremer Initiativen im Plenum und in der Dokumentation herausgestellt. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit einer breit angelegten Kooperation erkannt. Dies entspricht dem von Hafeneger und Schönfelder erarbeiteten Leitfaden für die Problemanalyse und die Strategieentwicklung im Umgang mit rechtsextremen Gruppierungen bzw. Parteien in Kommunalparlamenten.[19]

Problemdefinition:
Im ersten Schritt sollte die Situation in der Kommune analysiert werden, d.h. welche parlamentarischen und außerparlamentarischen AkteurInnen, Aktivitäten und Organisationsformen der rechtsextremen Szene wirken auf den drei Ebenen des organisierten Rechtsextremismus (Kampf um die Straße, Köpfe, Parlamente).

Zieldefinition:
Im nächsten Schritt sollte eine Entscheidung über die Zielgruppe des Engagements gegen rechtsextreme Strukturen getroffen werden. Wendet man sich an die rechtsextremen MandatsträgerInnen, ihre WählerInnenschaft oder an die kommunale Öffentlichkeit?

Strategiedefinition:
Infolgedessen können zwei Strategien verfolgt werden, die allerdings auch mit einander verknüpfbar sind. Einerseits können die rechtsextremen MandatsträgerInnen ignoriert und ausgegrenzt werden. Andererseits können die Beiträge der Abgeordneten ideologisch dechiffriert und entlarvt werden, wofür eine aktive inhaltliche Auseinandersetzung notwendig ist – dies setzt eine gewisse Beschäftigung mit rechtsextremer Ideologie voraus, um sie erkennen und widerlegen zu können. Dabei sind auch Veränderungen der Strategien und der Argumentationsmuster der extremen Rechten zu beachten – wie z.B. das Uminterpretieren vermeintlich „linker" sozialpolitischer Positionen oder Anbiederungsversuche gegenüber bürgerlichen Kreisen usw.[20]

Kooperationsdefinition:
Letztendlich sollten KooperationspartnerInnen für die Auseinandersetzung gesucht werden: andere demokratische Fraktionen und Parteien, die kommunale Verwaltung, lokale und regionale Medien, Beratungseinrichtungen bzw. Netzwerke sowie weitere zivilgesellschaftliche AkteurInnen.

19 Hafeneger/Schönfelder 2007: 127ff.
20 Merkmale rechtsextremer Ideologie werden in der vorliegenden Broschüre beschrieben. Darüber hinaus bieten die im Anhang empfohlenen Links und Bücher Hilfestellung zur Auseinandersetzung mit rechtsextremer Ideologie.

Hinweise für die Strategiedefinition mit rechtsextremen Gruppierungen in kommunalen Gremien gibt weiterführend auch ein 2009 verabschiedetes Eckpunktepapier verschiedener bundesweiter Parteien, Organisationen und Initiativen, das auf der Homepage der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin abgerufen werden kann.[21]

Ausgehend vom gemeinsamen Vorgehen aller DemokratInnen weisen die InitiatorInnen auf die auch in sachbezogenen Diskussionen stets zu vergegenwärtigenden antidemokratischen und menschenverachtenden Positionen rechtsextremer AkteurInnen hin. Daher sollte der Erfolg eigener parlamentarischer Entscheidungen nie auf deren Zustimmung aufbauen. Andererseits sollte auch einem sachlichen Antrag rechtsextremer Fraktionen nicht zugestimmt werden. Die InitiatorInnen plädieren für eine aktive inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten statt diese zu beschweigen und zu ignorieren und weisen auf die Notwendigkeit hin, auch im alltäglichen Kontakt mit den rechtsextremen MandatsträgerInnen zu verdeutlichen, dass diese keine politischen PartnerInnen, sondern GegnerInnen der Demokratie sind. Ihr parlamentarischer Gestaltungsspielraum sollte mit demokratischen Mitteln so weit wie möglich eingeschränkt werden. Das kann aber nicht bedeuten, dass ihnen mit Geschäftsordnungstricks oder gar mit Einschränkungen demokratischer Rechte begegnet werden sollte, die z.B. auch kleine demokratische Fraktionen betreffen könnten! Die Gegner der Demokratie können nicht glaubwürdig bekämpft werden, indem die Demokratie eingeschränkt wird.

Und nicht zu vergessen ist: Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe.

21 http://www.mbr-berlin.de/Verein/Rechtsextremismus_in_den_BVVen/685.html.

Hilfe für die Opfer

Von Claudia Jerzak

Immer wieder werden Menschen in Deutschland aus rassistischen oder rechtsradikalen Motiven, aus Hass gegen alles „Undeutsche", körperlich angegriffen und verletzt. Leider wird in Politik, Sozialarbeit und Medien vor allem über die Lage der Täter gesprochen, etwa schlechte Berufsaussichten, fehlende Jugendclubs oder Probleme im Elternhaus. Eine vergleichbare Aufmerksamkeit erfahren die Opfer dagegen nicht.

Körperliche und psychische Folgen
Alle Opfer einer Straftat leiden nach der Tat nicht nur an den zugefügten körperlichen Verletzungen, sondern auch an den psychischen Folgen. Sie erleben sich selbst als ohnmächtig, ausgeliefert, hilf- und schutzlos. Nach einem Angriff mit körperlicher Gewalt reicht schon die bloße Androhung eines erneuten Angriffs aus, um das Opfer einzuschüchtern. Die Tat greift nicht nur massiv in die Lebenssituation der Opfer, sondern auch in das ihrer Familie, Freunde und Bekannten ein. Die psychische Verarbeitung eines Angriffs dauert wesentlich länger als die Heilung körperlicher Schäden. Eine Retraumatisierung der Opfer während der Gerichtsverhandlung gegen die Täter ist nicht selten.

Soziale Ausgrenzung der Opfer
Neben den individuellen körperlichen und psychologischen Folgen der Tat ist gerade bei rassistisch und rechtsradikal motivierten Taten die soziale Botschaft der Tat zu beachten: Es geht um die soziale Ausgrenzung und Vertreibung der Angegriffenen. Der Angriff gilt nicht eigentlich dem Angegriffenen als Einzelnen, sondern als Repräsentant einer Gruppe. Das eigentliche Ziel ist die Verdrängung von „Ausländern", „Linken" und „Asozialen" aus dem öffentlichen Raum und damit letztlich die Neuformierung der Gesellschaft im Sinne der völkisch-nationalistischen Ideologie der Täter. Die Gewalttat reiht sich aus Sicht des Opfers in die Kette täglicher Diskriminierung und Anfeindung ein. Mangelndes gesellschaftliches Ansehen und Integration macht die Betroffenen in den Augen der Täter zu „leichten Opfern." Die Täter meinen, sich als „Vollstrecker des Volkswillens" fühlen zu können. Leider bestärkt mitunter polizeiliches Fehlverhalten die Abdrängung der Betroffenen. So kann das eigentliche Ziel des Angriffs, nämlich die Neuformierung der Gesellschaft nach dem völkischen Bild der Täter, Fortschritte machen.

Wie reagiert die Gesellschaft auf den Ausgrenzungsversuch?
Allerdings liegt es in der Hand der gesellschaftlichen Akteure, ob die Täter ihr Ziel erreichen. Verstärkt die Reaktion der Gesellschaft die Ausgrenzung der Opfer durch Verdrängung oder gar heimliche Zustimmung oder wendet sie sich in praktischer Solidarität den Opfern zu? Verstärken diese die Ausgrenzung oder wirken sie ihr entgegen? Solidarisiert sich die Mehrheit insgeheim mit den Tätern und verdrängt die Tat und das Schicksal der Opfer oder wendet sie sich gegen die Täter, indem sie zu einer praktischen Solidarität mit den Opfern kommt? Das Ausbleiben öffentlicher Anteilnahme und praktischer Solidarität bestätigt dem Opfer seine Ausgrenzung und dem Täter die Richtigkeit und Akzeptanz seiner Tat, und das selbst dann, wenn er strafrechtlich verfolgt und verurteilt wird. So kann die Tat durch Schweigen und Wegsehen der Gesellschaft ihr eigentliches Ziel erreichen und bestärkt so den Zulauf zu den rechtsradikalen Cliquen.

Ziele

Eine professionelle Beratung, Betreuung und Begleitung für Opfer rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt gibt es seit März 2000 in Leipzig und seit Juli 2001 in ganz Sachsen. Die Opferberatungsstellen arbeiten nach einem aufsuchenden Arbeitsansatz, um möglichst allen Opfern und potentiellen Opfern die Unterstützungsangebote aufzuzeigen. Sie unterstützen bei der Klärung der rechtlichen Situation und bei der psychischen Verarbeitung, sie vermitteln Kontakte zu Rechtsanwälten, Ärzten und Psychologen, sie unterstützen bei der Organisation von finanziellen Opferentschädigungen. Außerdem bieten sie Begleitung zur Anzeigenerstattung und im Gerichtsverfahren an. Die Beratung und Betreuung ist nicht von der Erstattung einer Strafanzeige abhängig. Das Beratungsangebot ist kostenlos, Anonymität ist gewährleistet. Das Vorgehen wird vom Betroffenen selbst bestimmt.

Das Ziel der Beratung ist das Heraustreten aus der passiven Opferrolle und die Wiedererlangung der eigenen Handlungsfähigkeit. Die Opferberatung wirkt darüber hinaus auf eine öffentliche Solidarisierung mit den Betroffenen und eine Entsolidarisierung mit den Tätern hin. Dies kann nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, eingeschliffene Verhaltensmuster in Frage zu stellen. Hierzu werden Aufklärungs- und Präventionsveranstaltungen angeboten.

RAA Sachsen e.V. – Opferberatung

Aktuelle Adressen:

Beratungsstelle Dresden
Bautzner Str. 45/47, 01099 Dresden
Tel.: 0351 / 88 94 174
Fax: 0351 / 88 94193
Mobil: 0172 / 97 41 268
opferberatung.dresden@raa-sachsen.de

Beratungsstelle Chemnitz
Weststr. 49, 09112 Chemnitz
Tel.: 0371 / 4819451
Fax: 0371 / 4819452
Mobil: 0172 / 9743674
Opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de
www.raa-sachsen.de

Beratungsstelle Leipzig
Petersteinweg 3, 04107 Leipzig
Tel./Fax: 0341 / 26 18 647
Mobil: 0178 / 51 62 937
Opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de
www.raa-sachsen.de

Rechte des Opfers vor Polizei, Staatsanwälten und Gerichten

Anzeige
Die Polizei und die Staatsanwaltschaft ist nach dem sogenannten Legalitätsprinzip verpflichtet, zu ermitteln, wenn sie Kenntnis von Umständen erhält, die den hinreichenden Verdacht begründen, dass eine Straftat vorliegt. Die „Anzeige“ ist nichts anderes als die Mitteilung an Polizei oder Staatsanwaltschaft, dass eine Tat vorliegt. Ist die Straftat daher etwa durch die Presse schon öffentlich, muss die Polizei tätig werden, egal ob noch jemand eine „Anzeige“ macht oder nicht. Man muss auch nicht

Opfer oder Zeuge der Tat sein. Eine Anzeige kann auch anonym gemacht werden, allerdings wird die Polizei dann kaum Ermittlungsansätze haben.

Daher sollte man sich bei der Polizei oder besser gleich bei der Staatsanwaltschaft melden, wenn man Zeuge der Tat ist oder sonst etwas über den Tathergang erfahren hat. Auch das Opfer ist Zeuge. Vor Staatsanwalt und Gericht ist man als Zeuge verpflichtet, wahrheitsgemäße Aussagen zur Sache zu machen, wenn man sich dadurch nicht selbst oder einen Verwandten belastet. Der Zeuge hat das Recht, seine/n Rechtsanwalt/in mitzunehmen. Es besteht zwar keine Pflicht, vor der Polizei auszusagen, jedoch ist dies sinnvoll, um die Strafverfolgung der Täter zu erleichtern. Gerade für nichtdeutsche Opfer aber auch für andere, ist zu empfehlen, Aussagen bei der Polizei nur in Gegenwart eines/einer Rechtsanwalts/tin oder Beistands eigener Wahl zu machen. Dem gefährdeten Zeugen kann in der öffentlichen Verhandlung gestattet werden, seinen Wohnort oder Angaben über seine Identität zu verschweigen. Ausserdem kann während der Vernehmung die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Strafantrag
Beleidigungsdelikte (§§ 185-189 StGB), die vorsätzliche und fahrlässige einfache Körperverletzung (§§ 223, 229 StGB) oder die Sachbeschädigung wird nur auf Strafantrag des Opfers verfolgt, oder wenn die Staatsanwaltschaft ein „besonderes öffentliches Interesse“ an der Strafverfolgung bejaht. Meistens ist auf dem Befragungsbogen der Polizei ein Kästchen, in dem angekreuzt werden kann, dass Strafantrag gestellt werden soll. Man sollte sich zudem die sogenannte „Tagebuchnummer“ oben rechts abschreiben, das ist das Aktenzeichen, unter dem die Polizei den Fall bearbeitet.

Der Strafantrag kann aber auch noch später beim Amtsgericht, der Staatsanwaltschaft oder der Polizei schriftlich gestellt werden. Der Strafantrag für Minderjährige wird durch die erziehungsberechtigten Eltern gestellt. Der Antrag ist aber *spätestens 3 Monate nach der Tat* zu stellen. Allerdings sollte die Staatsanwaltschaft bei rassistischer Motivation des Täters das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung stets bejahen, tut sie dies nicht, zeigt sie nur, dass sie auf diesem Auge blind ist.

Klageerzwingungsverfahren
Die Polizei gibt die Akten nach Ende der Ermittlungen an die Staatsanwaltschaft ab. Die entscheidet dann, ob sie das Verfahren einstellt, einen Strafbefehl beantragt oder eine Anklage vor Gericht erhebt. Stellt die Staatsanwaltschaft das Verfahren ein, hat sie dies dem/der Strafantragsteller/in mitzuteilen. Der/die Strafantragsteller/in kann dann binnen zweier Wochen Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft einlegen. Wird die Beschwerde abgelehnt, kann binnen eines Monats die Entscheidung des Oberlandesgerichts (OLG) beantragt werden (Klageerzwingungsverfahren). Es empfiehlt sich, dafür einen/einer Rechtsanwalt/in zu beauftragen.

Verletztenrechte und Nebenklage im Prozeß
In den letzten Jahren wurden die Rechte des Opfers im Prozess deutlich gestärkt. Der/die Verletzte hat auf Antrag das Recht, dass ihm/ihr der Ausgang des Verfahrens mitgeteilt wird. Er kann auch über einen/eine Rechtsanwalt/in Akteneinsicht nehmen, sein/e Anwalt/in darf an der Hauptverhandlung teilnehmen. Neuerdings kann das Opfer auch ohne Anwalt/in Auskunft aus den Akten verlangen. Bei Beleidigung und Körperverletzung kann sich der/die Verletzte zudem der Anklage der Staatsanwaltschaft auch

als Nebenkläger anschliessen. Eine Nebenklage im Verfahren gegen Jugendliche (bis 18, eventuell bis 21 Jahre) gibt es aber nicht. Der Nebenkläger/in kann sich durch einen/eine Rechtsanwalt/in vertreten lassen, über diesen Akteneinsicht nehmen, bei der Hauptverhandlung anwesend sein, eine/n Richter/in oder Sachverständige/n wegen Befangenheit ablehnen, Fragen und Beweisanträge stellen sowie Erklärungen abgeben. Er/sie kann auch Rechtsmittel gegen einen Freispruch einlegen. Dem/der Nebenkläger/in kann auf Antrag auf Staatskosten ein/e Rechtsanwalt/in beigeordnet werden. Den Beiordnungsantrag stellt am besten der/die Anwaltin, zu dem der/die Verletzte Vertrauen hat. Versteht der/die Nebenkläger/in schlecht Deutsch, wird ihm/ihr ein/e Dolmetscher/in gestellt.

Schadensersatz und Schmerzensgeld
Der/die Verletzte hat Anspruch auf Ersatz seines/ihres Schadens, wie Heilungskosten, Sachschäden, Erwerbsausfall oder Schmerzensgeld. Daher muss das Opfer einer Körperverletzung vor dem Amtsgericht (Zivilgericht) innerhalb von drei Jahren nach der Tat auf Schadensersatz und Schmerzensgeld klagen. Hier hilft es ihm/ihr, wenn bereits eine strafrechtliche Verurteilung vorliegt. Bei geringem Einkommen oder Sozialhilfe gewährt der Staat Prozesskostenhilfe für die Gerichts- und eigenen Anwaltskosten. Auch wenn der/die Täter/in im Augenblick nicht zahlen kann, bleibt der sogenannte „Titel", also die Berechtigung wegen der Verurteilung die Zwangsvollstreckung gegen den/die Täter/in zu betreiben, 30 Jahre lang gültig.

Frauen in der Nazi-Szene – von Mutterrolle bis Militanz

von Monika Lazar

Männlich, jung, gewalttätig – so wird der typische Neonazi meist dargestellt. Die angeblich männerdominierte Szene verfügt jedoch über einen bedeutsamen und wachsenden Anteil an weiblichen Mitgliedern. Sie stellen in der NPD, bei den autonomen Nationalen sowie Nazi-Cliquen ein Viertel bis ein Drittel der Aktiven.

Anfällig für rechtsextreme Einstellungen sind Männer und Frauen gleichermaßen. Ihre gemeinsame Ideologie führt zunehmend zur Gründung „nationaler Familien", die sich vernetzen und soziale Parallelwelten in Deutschland schaffen. Familie ist für Rechtsextreme die kleinste Einheit des völkischen Denkens, in der man Kinder von klein auf indoktriniert. Dabei sorgte die „Heimattreue Deutsche Jugend" bis zu ihrem Verbot im März 2009 für entsprechende Freizeitangebote. Auf Demonstrationen marschieren Kinder mit den Eltern, welche Slogans tragen, wie „Kinder, Zukunft, NPD". Solche Modelle des „völkischen Gemeinschaftslebens" binden Männer, Frauen und Kinder noch stärker an die Nazi-Szene, als es bei Einzelpersonen gegeben wäre.

Katrin Köhler · NPD Mitglied · RNF Ring Nationaler Frauen

Mit Versprechen rund ums Thema „Familienförderung“ versucht die NPD auch in der bürgerlichen Mitte zu punkten, indem sie Ängste und Fragen der Bevölkerung aufgreift. Organisatorisch gestützt wird sie dabei von ihrem Jugendverband „Junge Nationalisten“ und ihrer Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen“. Doch Forderungen nach 500 Euro Kindergeld pro Kind, Kindergartenplatz-Garantie und „Müttergehalt“, aber ausschließlich für Deutsche, getrennte Schulklassen für Deutsche und Ausländer oder Bildung und Wohnung zuerst für Deutsche offenbaren ein zutiefst rassistisches Weltbild. Man will in Zeiten demografischer Schrumpfung die Gebärfreudigkeit anregen – jedoch nur bei deutschen Frauen. Finanziert werden sollen die zweifelhaften Wohltaten etwa durch die Streichung des Kindergeldes für migrantische Familien.

Mit der Mütterrolle, wie die NPD sie propagiert, identifiziert sich im modernen Rechtsextremismus nur noch ein Teil der Frauen. In den freien Kameradschaften trifft man häufig auf „emanzipiertere“ Vorstellungen. Viele Kameradinnen wollen als eigenständige Kämpferin wahrgenommen werden, nicht als „Anhängsel“ ihres Neonazi-Freundes. Manche sind Vertrauen erweckende Rednerinnen, die mit „weiblichem Charme“ für die „nationale Sache“ streiten. Etliche ergreifen gezielt soziale Berufe, z.B. als Kindergärtnerin oder Lehrerin, um das ideologische Denken Heranwachsender zu prägen. Als Schöffinnen versuchen Nazi-Frauen auch die Rechtsprechung zu beeinflussen. Bei rassistischen Gewalttaten treten zwar die Männer öffentlich stärker in Erscheinung, werden aber oft im Hintergrund von Frauen und Mädchen zu Hass und Aggression angestachelt. Ein einheitliches Rollenbild trifft man in der extremen Rechten nicht an, es vervielfältigt sich eher durch den steigenden Frauenanteil noch weiter.

Dass heute so viele Mädchen und Frauen sich von Nazi-Propaganda angesprochen fühlen, ist ein besonderes Alarmzeichen. Wir brauchen eine intensive Forschung zum Rechtsextremismus unter Genderaspekten. Für den Umgang mit Kindern aus „nationalen Familien“ müssen spezielle pädagogische Ansätze entwickelt werden. Vielfältige regionale Jugendangebote sind unverzichtbar, um Mädchen und Jungen demokratische Lebensweisen nahebringen und Alternativen aufzeigen zu können. Ausstiegsprogramme müssen dringend viel stärker auch auf Frauen bzw. Familien zugeschnitten werden.

Rechtsextremismus und Schule

von Astrid Günther-Schmidt

Schulen, insbes. Mittelschulen und Berufliche Schulzentren, sind der Ort, an dem Rechtsextremisten aus gefestigten Strukturen auftreten und an dem auch aktiv um neue Anhängerschaft geworben wird. Darüber hinaus werden Jugendliche zu Zielscheiben rechtsextremer Einschüchterungen, wenn sie sich offen zu einer anderen Jugendkultur bekennen. Umso wichtiger ist es, hier aktiv zu werden! SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern müssen in den Prozess der Prävention und Zurückdrängung einbezogen werden.

Der Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtsextremen kann als 3-Stufen-Modell verstanden werden:

Ziel	Strategie	Umsetzung
Organisierte Rechtsextremisten	- persönliche Intervention - Konfrontation nach demokratischen Normen und Regeln	Hausordnung
Zurückgewinnung „rechter“ Jugendlicher	- persönliche Positionierung - Auseinandersetzung mit rechtsextremer Ideologie - Aufklärung - Alternativen bieten	Projekte der politischen Bildung
„nicht-rechte“ Jugendliche in ihrem Auftreten bestärken	- Solidarität üben - Auseinandersetzung - Aufklärung	Opferhilfe und Opferschutz

Ein sinnvoller Weg kann es sein, den Kampf gegen Rechtsextremismus in das jeweilige Schulprogramm aufzunehmen. Häufig ist es schwierig, bei SchulleiterInnenn und LehrerInnen Gleichgesinnte und Unterstützung zu finden. Hier bietet es sich an, Hilfe von außen zu holen. Projektwochen oder pädagogische Tage mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus haben sich hier bewährt.

Viele Menschen, LehrerInnen ebenso wie SchülerInnen, haben an Sachsens Schulen die bittere Erfahrung machen müssen, dass die Behandlung des Themas Rechtsextremismus an ihren Einrichtungen nicht erwünscht ist.

Das kann mehrere Ursachen haben:

- Häufig wird von SchulleiterInnen gerne gesagt, man wolle „keine schlafenden Hunde“ wecken;
- LehrerInnen fühlen sich nicht ausreichend informiert, um das Thema anzugehen oder haben gar Angst, Opfer von rechten Übergriffen zu werden;
- LehrerInnen sind selbst ausländerfeindlich und äußern dies auch im Lehrerzimmer oder Klassenraum.

Für den/die einzelne/n ist es relativ schwierig herauszufinden, was der „wahre“ Grund für die Zurückhaltung ist – er/sie läuft aber Gefahr, Feindseligkeiten auf sich zu ziehen, wenn er/sie dieses Thema aufgreifen will.

In solchen Schulen bietet es sich daher an, Hilfe von außen zu holen: Vereine und Initiativen, die bekannt dafür sind, sich z. B. in Informationsveranstaltungen oder an Projekttagen dem Thema in Schulen zu widmen.

Darüber hinaus sollte sich die Schulkonferenz zum Problem des Rechtsextremismus positionieren und z. B. eine Hausordnung verabschieden, in welcher rechtsextreme, fremdenfeindliche, antisemitische u. ä. Äußerungen untersagt werden.

Entscheidend für den Erfolg wird das allgemeine Schulklima sein. Wenn eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen möglich ist, es keine Abschottung nach außen gibt und man gelernt hat, mit Konflikten als Herausforderung umzugehen, werden insbes. neue SchülerInnen kaum eine Chance haben, eine Schule als „Werbeplattform“ für Nazis zu nutzen.

zwei Aufkleber · gefunden 2009 in der Chemnitzer Innenstadt

Nazis, Hass und Gewalt im Deutschen Fußball

von Monika Lazar

Fußball ist die beliebteste Sportart in Deutschland. Allein in Sachsen sind über 125.000 Menschen in knapp 1.000 Vereinen organisiert. 5.800 sächsische Mannschaften treten Woche für Woche gegeneinander an. Doch immer wieder werden SpielerInnen und Fans Opfer von diskriminierenden Äußerungen und Gewalt. Es ist zu beobachten, dass sich gewalttätige Übergriffe, Hassgesänge und Unterwanderungsversuche der extremen Rechten vermehrt auf die unteren Ligen konzentrieren. Hier fehlt es oftmals an professioneller Fansozialarbeit, Sicherheitsinfrastruktur und einer breiten Fanszene, um sich gegen die Unterwanderung von Rechtsaußen zur Wehr setzen zu können.

Als Reaktion auf die Gewalteskalationen der 1980er Jahre wurde das „Nationale Konzept Sport und Sicherheit“ entwickelt. Obwohl der weitaus größte Teil der StadionbesucherInnen friedlich ist, werden ZuschauerInnen häufig pauschal als Sicherheitsproblem gesehen. Der Grundsatz der Unschuldsvermutung wird mitunter durch unzumutbare Einschränkungen der Bürgerrechte ersetzt. So mussten sich bei der UEFA-Cup-Partie zwischen Schalke 04 und Paris Saint-Germain in Gelsenkirchen die französischen Anhänger in aufgestellten Kabinen vor den Augen des Sicherheitspersonals komplett entkleiden, um so das Mitführen von Feuerwerkskörpern zu verhindern. Angesichts solcher Methoden fühlen sich manche Fans in nachvollziehbarer Weise an Kontrollen an der deutsch-deutschen Grenze vor 1989 erinnert.

Auch die Praxis der Verbunddatei „Gewalttäter Sport“ steht zu Recht in der Kritik. Die Dauer der Speicherung ist viel zu lang, Auskunfts- und Löschansprüche sind unbefriedigend. Mitunter stehen Personen in dieser Datei, obwohl gegen diese keinerlei konkrete Vorwürfe oder Verdachtsmomente vorliegen. Es kann ausreichen, in einem Reisebus zu einem Auswärtsspiel zu fahren, in dem einzelne GewalttäterInnen sitzen, und schon ist man unter Umständen in dieser Liste vermerkt und muss in Zukunft mit Einschränkungen, zum Beispiel der Reisefreiheit, rechnen.

Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Strategie, um den Problemlagen im Fußball gerecht zu werden. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat daher in den vergangenen Monaten eine Tour mit dem Titel „Rote Karte für Gewalt und Intoleranz“ durchgeführt. Stationen waren Leipzig/Halle, Hamburg, Jena/Erfurt, Gelsenkirchen und Berlin. Dort wurden Fanprojekte und Vereine besucht und Runde Tische mit VertreterInnen der Vereine, Fanszenen, Polizei, Sicherheitsdiensten und Politik organisiert.

Die gesammelten Erfahrungen sind im Antrag „Alle Formen von Diskriminierungen thematisieren – Bürgerrechte von Fußballfans stärken – Für einen friedlichen und integrativen Fußballsport“ (16/12115) formuliert und für die Vorbereitung weiterer Tourstationen in der kommenden Legislaturperiode sehr wichtig.

Kontakt: Monika Lazar MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin · Mail: monika.lazar@bundestag.de

Was tun, wenn...

von Bündnis 90/Die Grünen KV Dresden

.. ein Mensch aufgrund seiner Hautfarbe, seiner Herkunft, seiner Lebensweise , seines Glaubens oder seiner politischen Ausrichtung auf der Straße, in der Bahn oder sonst wo angegriffen wird?
...Du selbst von gewalttätigen Rechtsradikalen angegriffen wirst?

Grundsätzlich

Es gibt keine Patentrezepte! Die Situation ist abhängig von Ort, Täterprofil, anderen Beteiligten und dem Opfer.

- Die Polizei sollte in jedem Fall verständigt werden. Gehe nicht davon aus, dass andere dies tun! Erstatte in jedem Fall Anzeige bzw. melde Dich als Zeuge!
- Niemand erwartet, dass Du den "Helden" spielst, um anderen zu helfen!
- Sei Dir im Klaren darüber, zu welchem persönlichen Risiko Du bereit bist und was Du in der Situation leisten kannst!
- Setzt keine Abwehrwaffen, wie z. B. Messer ein. Verwende Signalgeräte, wie Trillerpfeifen o.ä. oder schreie laut und schrill! Du erzeugst so Aufmerksamkeit, um den/die Täter/in in der ersten Schrecksekunde zu stoppen!

Was tun, wenn ein „Anderer" in Bus oder Bahn angegriffen wird?

- Fordere den Fahrer auf, die Polizei zu rufen. Er ist dazu verpflichtet und kann sonst wegen unterlassener Hilfeleistung angeklagt werden.
- Wenn Du nicht direkt zum Fahrer gelangst, fordere andere Fahrgäste auf, diesen zu informieren. Sprich Menschen dazu direkt an – z. B.: "Sie da in der roten Jacke..."
- Fordere andere Mitfahrende direkt auf, sich mit dem Opfer zu solidarisieren. Die Situation wird so für den/die Angreifer/in unberechenbar und unüberschaubar. In der Regel scheut er/sie dieses Risiko und verlässt den Ort!
- Nimm, wenn möglich, direkten Kontakt zum Opfer auf. Versuche das Opfer aus der Situation herauszunehmen!
- Versuche Körperkontakt zum/zur Täter/in zu vermeiden, es sei denn, ihr seid in der Überzahl, um jemanden beruhigend festzuhalten!

Nehme andere mit in Verantwortung! Je mehr Du gewinnen kannst, um so stärker ist der Eindruck gegenüber dem/der Gewalttäter/in!

Was tun, wenn Du selbst bedroht wirst?

- Versuche wegzulaufen! Versuche dahin zu flüchten, wo viele Menschen sind. Fordere diese auf, Dir zu helfen! Gibt es in der Nähe einen geschützten Raum, laufe dahin und verlasse diesen nicht, bevor Hilfe für Dich gewährleistet ist!

- Kannst Du nicht weglaufen, versuche zu reden! Dies kann vielleicht helfen. Du solltest aber nicht aggressiv, drohend oder beleidigend wirken!

- Die meisten gewalttätigen Gruppen haben eine/n Anführer/in. Versuche diese/n direkt anzusprechen. Er/sie entscheidet über weitere Schritte! Sprich ruhig, laut und deutlich, erkläre ihm/ihr, was Du von der Situation hältst. Höre zu, was Dein/e Angreifer/in zu sagen hat. Du gewinnst so etwas Zeit!

- Verliere nicht die Nerven! Vermeide Panik und Hektik!

- Wenn Du ruhig bist, wirkt das auch auf die Täter beruhigend. Flehe die Angreifer nie an und verhalte dich nicht unterwürfig! Ergreife die Initiative, um die Situation zu Deinem Vorteil zu verändern! So bist Du nicht mehr in der Opferrolle!

- Tue etwas Unerwartetes! Versuche die Lage zu Deinem Vorteil zu verändern! Nutze dazu den Überraschungseffekt und lenke die Täter ab!

- Wenn dies alles nicht hilft, keine Hilfe von außen zu erwarten ist, bleibt Dir nichts anderes als den Anweisungen der Täter zu folgen!

Körperliche Gegenwehr wird in der Regel mit brutaler Gewalt beantwortet! Halte Abstand zu den TäterInnen. Vermeide möglichst jeden Körperkontakt!

(angelehnt an die Broschüre des Projekts "Für Demokratie Courage zeigen", Mai 1999 & unter Verwendung des Faltblattes "Was tun, wenn?" von Bündnis 90/Die Grünen, KV Dresden)

Freundlich zur Verfügung gestellt vom Kulturbüro Sachsen e.V.

Rechtsextreme Aktivitäten im vorpolitischen Raum

Eine Informationsreihe des Kulturbüro Sachsen e.V.

Aktionsfeld 1:
Öffentliche Veranstaltungen von DemokratInnen

In Zusammenarbeit mit:
Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.

Courage!
Netzwerk für Demokratie und Courage

1. Ausgangssituation

Immer wieder nehmen Rechtsextreme an öffentlichen Veranstaltungen zu gesellschaftlichen Themen (Podiumsdiskussionen über Rechtsextremismus, Informationsveranstaltungen, etc.) teil. DemokratInnen stehen den strategischen Veranstaltungsbesuchen Rechtsextremer oft hilflos gegenüber. Dominieren Rechtsextreme demokratische Veranstaltungen mit ihren Parolen, macht sich Unbehagen breit. Gehen von rechtsextremen BesucherInnen gar erhebliche Störungen oder Bedrohungen aus, fragen sich die Veranstaltenden, wie sie solchen Situationen vorbeugen können. Doch dann sind schon viele Chancen verschenkt, denn die meisten Möglichkeiten liegen in der Vorbreitung der Veranstaltungen.
Dieses Papier ist eine Handreichung zur inhaltlichen und praktisch-organisatorischen Vorbreitung auf Veranstaltungen bei denen die Möglichkeit besteht, dass Rechtsextreme teilnehmen wollen.

2. Warum es richtig ist, RechtsextremistInnen die öffentliche Debatte zu verweigern:

In Versammlungen und Veranstaltungen kann den Veranstaltenden die Frage gestellt werden, die sie sich eventuell auch selbst schon gestellt haben:
Sind wir intolerant und undemokratisch, wenn wir Rechte und deren Meinungen als öffentliche Gesprächspartner nicht zulassen?

Nein, denn: Rechtsextreme unterscheiden zwischen AdressatInnen ihres eigenen politischen Spektrums und denen in der demokratischen Öffentlichkeit.
BürgerInnen gegenüber sollen durch die Vereinnahmung sozialer, ökologischer, ökonomischer, lokaler oder globaler Themen die wahren nationalistischen, völkischen und rassistisch motivierten Ansätze verdeckt werden. Als eigentlicher Begründungszusammenhang bleiben diese aber bestehen. So kann es zu der absurd anmutenden Situation kommen, dass Rechtsextreme Toleranz und demokratischen Meinungsstreit einfordern, während sie gleichzeitig Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen, diskriminieren, bedrohen und verletzen.
Das Wirken von Rechtsextremen zielt ab auf eine Abschaffung von Demokratie und ihren Werten wie der prinzipiellen Gleichberechtigung aller Menschen. In diesem Wirken kann es keine Verpflichtung von DemokratInnen geben, Rechtsextremen Handlungsräume zu gewähren.
Rechtsextreme bieten – oft rhetorisch geschickt und ohne ihr menschenverachtendes Weltbild zu offenbaren – einen Dialog an und geben sich damit als normale, scheinbar legitime PartnerInnen im demokratischen Diskurs aus. Dies als Normalität zu akzeptieren, hieße, ihrer „Wortergreifungsstrate-gie" den wichtigsten Erfolg zu bescheren. Die selektive Höherstellung einer Gruppe von Menschen, wie es mit nationalistisch oder völkisch fundierten Argumenten von Rechtsextremen angestrebt wird, ist keine im demokratischen Prozess auszuhandelnde Frage. Dies als Option zu suggerieren, widerspricht demokratischen Werten.

Der Ausschluss Rechtsextremer von demokratischen Veranstaltungen hat auch einen moralischen Aspekt: Rechtsextreme sind ProtagonistInnen einer Menschen verachtenden Ideologie, die nicht vor rassistischer Gewalt, bis hin zu Mord zurück schrecken. Allein von 1990 bis 2007 wurden in Deutschland mind. 136 Menschen von Rechtsextremen umgebracht.[1] Menschen, die bereits Opfer rechter Gewalt wurden und z.B. Gäste einer Veranstaltung sind, sollte eine direkte Begegnung mit (potentiellen) TäterInnen oder geistigen BrandstifterInnen nicht zugemutet werden. Das ist sowohl von Polizei als auch von Veranstaltenden zu beachten bei der Abwägung zur Frage: „Können wir die RechtsextremistInnen aus der Veranstaltung raushalten?"

Aber die NPD ist doch demokratisch gewählt! Sie ist ja im Stadtrat/im Kreistag/im Landtag vertreten. Dann kann ich sie doch nicht ausschließen, oder?
Doch denn: Dass eine Partei nicht verboten ist, heißt nicht, dass sie auch demokratisch ist und sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt. Die NPD beispielsweise lehnt öffentlich das Grundgesetz ab.[2] Daher wurde (und wird zum Teil wieder) ein Parteienverbot angestrebt. Das letzte Verbotsverfahren ist an

1 Quelle: http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/artikel.php?id=82&kat=82&artikelid=2316;,(aufgefunden: 01.10.2007)
2 „Die Bundesrepublik wurde auf den Bajonetten der Alliierten gegründet. Deutschland wird heute von Kollaborateuren regiert, die den systematischen Ausverkauf deutscher Interessen vornehmen. […] Unser Ziel ist das Reich - unser Weg die NPD! Der Kampf um Deutschland hat begonnen!" – Udo Voigt auf dem Bundesparteitag der NPD am 16./17. März 2002, in „Deutsche Stimme" Nr. 4/2002; nach VS-Bericht Niedersachsen 2002; vgl. dazu auch BafVS (2006): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 69

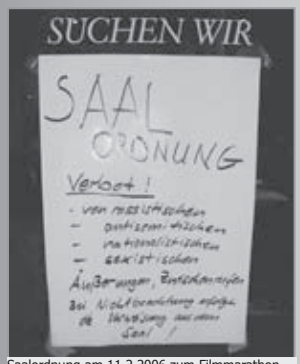
Verfahrensfehlern gescheitert, BEVOR es überhaupt zu einer Prüfung der Verfassungsmäßigkeit kam. Eine normale Partei wie alle anderen ist die NPD deswegen nicht – und sie will es überhaupt nicht sein. Sie profiliert sich ja gerade mit der Ablehnung der etablierten Parteien und „des Systems", sie grenzt sich selbst aus und benutzt demokratische Institutionen wie Wahlen, Parlamente und Debatten lediglich, um finanzielle und logistische Stärke zu gewinnen und um Strafverfolgung zu entgehen indem legitimierte Wege beschritten werden. Ein politisches Ziel der NPD ist es aber, eben diese demokratischen Wege und Institutionen zugunsten einer nationalistischen Volksgemeinschaft[3] abzuschaffen. Es gibt keinen Automatismus, der uns zwingt, die NPD/JN einzuladen.

3. Rechtsextreme Wortergreifungsstrategie zur Dominanz von Veranstaltungen:

Rechtsextreme halten sich in der Öffentlichkeit formal an bestehende Gesetze und versuchen das Bild zu vermitteln, sich im „ganz normalen, demokratischen" Meinungsspektrum zu befinden. Aber sie verfolgen mit ihren Veranstaltungsbesuchen ein strategisches Ziel: Die Teilnahme erfolgt mit der Absicht, die **Meinungsführerschaft** in solchen Veranstaltungen zu übernehmen.

> „In der direkten Konfrontation mit dem Gegner soll dieser nicht mehr in der Lage sein über die Nationalisten, sondern nur noch mit ihnen zu diskutieren."
> **(Grundsatzbeschluss der JN, 2006)**

Die Interaktionsfalle:
Rechtsextreme versuchen, Themen von Veranstaltungen zu bestimmen. Sie stellen Fragen, legen „den Finger in die Wunde" und platzieren Parolen oder Behauptungen. Dadurch sehen DemokratInnen sich gezwungen, sich zu rechtfertigen und/oder komplexe Zusammenhänge gegen einfachste und propagandistisch vorgetragene Einwürfe darzulegen. Geschulte Rechtsextreme diskutieren nicht öffentlich, um sich gegebenenfalls vom besseren Argument überzeugen zu lassen. Eine Dialogbereitschaft besteht auf deren Seite nicht, sie wird nur von anderen gefordert. Auf eine solche Scheindebatte sollten Sie sich – gerade vor Publikum – nicht einlassen. Lediglich mit rechtsorientierten Personen ohne festes Weltbild kann eine Diskussion unter Umständen sinnvoll sein. Aber auch hier ist Überzeugungsarbeit am persönlichsten und wirksamsten ohne Publikum, vor dem es sich ja auch für die Menschen, die rechte Meinungen offen kundtun, zu behaupten gilt.



Saalordnung am 11.2.2006 zum Filmmarathon für Menschenrechte in Dresden.

Das Wort ergreifen – Tabus brechen
Tabus zu brechen ist ein Mittel von Rechtsextremen innerhalb der Wortergreifungsstrategie. Zu Recht bestehende Blockaden gegenüber rechtsextremen Positionen werden Schritt für Schritt überschritten, um schließlich als legitime Diskurspartner dazustehen. In der Umsetzung dessen tragen Rechtsextreme Sachverhalte vor, deren behaupteten Wahrheitsgehalt angeblich sonst niemand zu benennen wagt. An eine verbreitete Politikverdrossenheit wird gern angeknüpft. So kann es – wenn DemokratInnen darauf eingehen – Rechtsextremen gelingen, Themen aufzustellen und mit rechtsextremen Nuancen und Handlungen zu besetzen.

Wortergreifung ist kein demokratisches Agieren, sondern ein Mittel zur Durchsetzung von Machtin-teressen. Nicht über Rechtsextreme soll diskutiert werden, sondern mit ihnen. Das dient dem Ziel, die Demokratie und deren Institutionen zu delegitimieren, was es zu verhindern gilt.

Mimikry – Die Kunst der Verstellung
Um als gleichberechtigte Diskurspartner akzeptiert zu werden, greifen Rechtsextreme zur Verstellung. Da eine Akzeptanz unter originär rechtsextremen Themen nicht zu erlangen ist, eignen sie sich Themen und Aktionsformen an, die in der Bevölkerung populär sind. Sie treten unter irreführenden Namen wie „Jugendinitiative gegen Kriminalität" oder als „Bürgerinitiative gegen Drogen" auf. Sie beteiligen sich an Veranstaltungen, organisieren Unterschriftenaktionen, Mahnwachen oder Flugblattaktionen. Das Klischeebild des kahlköpfigen Schlägers wird tunlichst vermieden. Doch auch beim Auftreten als scheinbar demokratischer Akteur geht es den Rechtsextremen um den Kampf um die Deutungshoheit also die Möglichkeit, öffentliche Räume mit eigenen Themen zu besetzen. Rechtsextreme können jedoch nur jene öffentlichen Räume besetzen, die ihnen aus falsch verstandener Toleranz überlassen werden.
Strategie geschulter rechtsextremer Kader ist die „Wortergreifung immer und überall". Diskussionen sollen dominiert, aktuelle gesellschaftliche Themen rechtsextrem besetzt werden, um:
- den politischen Gegner verbal zu attackieren, zu provozieren und möglichst bloßzustellen,
- in direkten Gesprächen rechtsextreme Ideologie unaufdringlich in die Öffentlichkeit zu tragen,[4]
- Kontakt zu neuen (politisch interessierten) Personengruppen herzustellen,
- durch phantasievolle Aktionen öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, bspw. das überraschende Entrollen von Transparenten im Rahmen großer öffentlicher Ereignisse,[5]
- Veranstaltungen des politischen Gegners oder parteipolitisch neutrale Versammlungen kosten- und auflagenfrei zu Propaganda- bzw. Werbeveranstaltungen für rechtsextreme Ideologien umzufunktionieren,[6]
- durch umfangreiche Darstellungen der eigenen Positionen den Verlauf öffentlicher Veranstaltungen zu bestimmen".[7]

Der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt in letzter Zeit mehrfach die Wortergreifung besonders auf offiziellen Veranstaltungen und auf Veranstaltungen des Gegners. Zur diesbezüglichen Schulung der Kader werden zunehmend „Nationale Bildungszentren" aufgebaut.[8]

Fazit
Egal mit welchen Themen und Aktionsformen Rechtsextreme auftreten, es sind immer zwei Seiten derselben Medaille: Eine Trennung in friedliche und dialogbereite Rechtsextreme einerseits und solche, die nur zuschlagen andererseits ist unmöglich. Gewalt, Ausgrenzung und Einschüchterung sind elementare Bestandteile rechtsextremer Ideologie. Sowohl der Aspekt der Wortergreifungsstrategie als auch das politische Programm der Rechtsextremen im Ganzen sind Kampfansagen an die demokrati-sche Kultur. Wer diese Herausforderung nicht erkennt, eröffnet Rechtsextremen Räume zur Selbstins-zenierung, wertet sie auf und nimmt potentiellen Betroffenen rechtsextremer Bedrohung den dringend benötigten Schutz der Gesellschaft.
Ziel von DemokratInnen ist es sein, zu selbst gewählten Bedingungen die politische Auseinanderse-tzung mit rechtsextremen Inhalten und Akteuren zu suchen, sich nicht das Heft des Handelns nehmen zu lassen. Toleranz und Demokratie sind nicht beliebig. Zu ihrer Verteidigung dürfen Diskriminierung und Rassismus nicht geduldet werden. Lassen Sie die Wortergreifungsstrategie ins Leere laufen!

> „Drängen wir ihnen unsere Gedanken auf, ja zwingen wir sie dazu, sich mit uns, unseren Forderungen und Zielsetzungen zu beschäftigen."
> **(NPD-Vorsitzender Udo Voigt, Rede zum Bundesparteitag 2004)**

4. Fallbeispiel öffentliche Veranstaltung in geschlossenen Räumen

Beispiel: Einwohnerversammlung in einer ostsächsischen Kleinstadt
Eine ostsächsische Kleinstadt war ein Ort regelmäßiger Musik- und Diskussionsveranstaltungen von rechtsextremen Parteien und Kameradschaften geworden. Zur Landtagswahl 2004 hatten ca. 18 % der EinwohnerInnen der NPD ihre Stimme gegeben. Ende 2004 entstand auf Initiative des Gemeinderates ein Runder Tisch, der sich mit den rechtsextremen Tendenzen auseinandersetzen wollte. Auf dessen Einladung fand im Februar 2005 eine Diskussionsveranstaltung für ortsansässige BürgerInnen statt. Hier sollte über Rechtsextremismus informiert und gezeigt werden, dass RechtsextremistInnen keine demokratischen Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme im Land bieten.
Neben EinwohnerInnen waren auch Rechtsextreme gekommen.Darauf waren die Veranstaltenden nicht ausreichend vorbreitet, es verbreitete sich Unruhe und Unsicherheit. Die Veranstaltung begann mit einem Kurzvortrag zu Zielen, Inhalten und Strategien der NPD. Kurz danach riss einer der Rechtsextremen das Wort an sich. Der Moderator konnte die Rechtsextremen nicht bremsen und brach die Veranstaltung ab. Die BürgerInnen waren unzufrieden, da sie Ihre Fragen und Ideen gegen das „braune Image" ihres Ortes nicht loswerden konnten.

Erfahrungen nutzen
Voraussetzung einer gelungenen Veranstaltung ist die Verständigung der Veranstaltenden über deren Ziel. Besteht dieses darin, sich zum Umgang mit rechtsextremen Aktivitäten in ihrer Kommune informieren bzw. austauschen, sollte der Teilnehmendenkreis im Vorfeld eingegrenzt werden.

Eingrenzung des Teilnehmendenkreises
Veranstaltungen in geschlossenen Räumen eröffnen hierfür besondere Möglichkeiten. Bei nicht öffentlichen Versammlungen, zu denen der Veranstaltende einen individuell genannten Personenkreis einlädt, hat dieser das **Hausrecht** und kann nicht geladene Gäste ausschließen. Das Versammlungsgesetz eröffnet die Möglichkeit, bestimmte Personenkreise von der Einladung auszuschließen. Davon sollten Sie konsequent Gebrauch machen. Bereits in der Einladung (auf Plakaten, in Pressemitteilungen, ...) sollte darauf hingewiesen werden, dass die betreffenden Personen (Rechtsextreme) nicht erwünscht sind.

In der Einladung wird darauf hingewiesen und am Einlass hängt ein Schild mit folgendem Text:
„Ausgeschlossen von der Veranstaltung sind Personen, die rechtsextremen Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige Menschen verachtende Äußerungen in Erscheinung getreten

Rechtsextreme Wortergreifung am Rande des Bürgerfrühstücks der Bürgerinitiative Pieschen gegen Rechts am 6.10.2007.

sind. Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und diesen Personen den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser zu verweisen."

Beispiel: Diskussionsveranstaltung der Gewerkschaftsjugend mit einem Aussteiger
Die Gewerkschaftsjugend einer sächsischen Stadt organisierte im Frühjahr 2004 eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit einem bekannten NPD-Aussteiger. In der öffentlichen Ankündigung wurde darauf verzichtet NPD Mitglieder oder Mitglieder rechtsextremer Vorfeldorganisationen auszuschließen. Der Veranstaltungsleiter begrüßte die Teilnehmenden und gab an den neben ihm sitzenden Moderator weiter. Dieser eröffnete die Veranstaltung mit dem Verlesen von Diskussionsregeln:
- sich kurz vorstellen und sich kurz fassen,
- einander ausreden lassen,
- Saalmikrofon wird von einem Ordner gehalten und nicht aus der Hand gegeben,
- rassistische, antisemitische, sexistische und diskriminierende Äußerungen werden unterbunden (Mikro wird abgedreht, Brüller werden des Saales verwiesen),
- sollten sich Personen psychisch bzw. physisch bedroht fühlen, greifen Veranstaltende ein.

5. Fallbeispiel nichtöffentliche Veranstaltung in geschlossenen Räumen

Bei nichtöffentlichen Saalveranstaltungen ist darauf zu achten, dass nur ein gezielt angesprochener Personenkreis zur Veranstaltung eingeladen und die Veranstaltung nicht über die Presse öffentlich angekündigt wird. Das können die Mitglieder eines Vereins, die SchülerInnen einer Schule, die MitarbeiterInnen eines Betriebes, etc sein. Hier können die Veranstaltenden konsequent von ihrem Hausrecht Gebrauch machen und nicht geladene Personen ausschließen.

3 Die von der NPD propagierte „Volksgemeinschaft" steht in der antidemokratischen Tradition des Nationalsozialismus. Dieser verstand darunter insbesondere eine Blut- und Schicksalsgemeinschaft, in der die Interessen des Einzelnen bedingungslos der Gemeinschaft der Volksgenossen untergeordnet wurden. BAfVS (2006): Verfassungsschutzbericht 2006, S. 70

4 vgl. Martin Laus auf der Homepage der "Deutschen Stimme" http://www.deutsche-stimme.com/Sites/07-02-Repression.html

5 e.b.d.

6 vgl. VS Bericht Berlin 2004, S. 67

7 „Drängen wir ihnen unsere Gedanken auf, ja zwingen wir sie dazu, sich mit uns, unseren Forderungen und Ziel setzungen zu beschäftigen." Udo Voigt In: Die Wortergreifungsstrategie im nationalen Befreiungskampf „Arbeit – Familie – Vaterland", Rede zum NPD-Bundesparteitag 2004, 30./31. Oktober, S. 10

8 So besteht auf dem Gelände der NPD-Bundesgeschäftsstelle in Köpenick ein solches (NBZ), in Sachsen gründete die NPD am 18. 4. 2005 das parteinahe „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V.". NPD Fraktionsvorsitzender Apfel auf der Presseerklärung zur Gründung des NPD-Bildungswerkes: Das Bildungswerk „wird zur weiteren Professionalisierung der politischen Arbeit der nationalen Opposition in Sachsen beitragen und insbesondere die Denkansätze der ‚Dresdner Schule' im öffentlichen Diskurs zu popularisieren suchen. Unsere Fraktion hat für die Arbeit des Bildungswerkes einen Zuschuss aus dem Landeshaushalt beantragt. [...]"

Beispiel: Mitgliederversammlung zum Thema „Rechtsextremismus – aktuelle Tendenzen und Gegenstrategien" im örtlichen Ratskeller
Ein Vereinsvorstand lud über die Presse zu einer Infoveranstaltung über rechtsextreme Tendenzen ein: Der Verein glaubte durch die Ankündigung, dass die Veranstaltung in einem abschließbaren Raum stattfände, deutlich zu machen, dass es sich um eine geschlossen Veranstaltung handele. Das Kriterium der Öffentlichkeit, bzw. Nichtöffentlichkeit einer Versammlung ist aber der zugelassene Personenkreis, nicht die Art der Räumlichkeiten (abschließbar, nicht abschließbar). Entscheidend ist, dass jedermann teilnehmen kann, der Teilnehmendenkreis also nicht auf individuell bezeichnete Personen beschränkt ist. Der Ausschluss nach § 6 Abs. 1 VersG (beschränkter Einladungskreis) war in diesem Fall „offiziell" nicht mehr möglich. Der Verein hatte also offiziell auch RechtsextremistInnen eingeladen. Polizei und Staatsschutz hatten Informationen darüber, dass VertreterInnen rechtsextremer Kameradschaften und Parteien kommen wollten
Was nun? - Kurz vor der Veranstaltung konnten die Organisatoren mit den freundlichen Beamten - Kontaktpflege ganz wichtig - mögliche Szenarien durchspielen:
An die Eingänge zum Veranstaltungssaal werden szenekundige Menschen gestellt, die ein Auge auf die hereinkommenden BesucherInnen werfen. Der Einlass kann Rechtsextremen den Zutritt verweigern, auch wenn nicht vorher darauf hingewiesen wurde. Er beruft sich auf ein Gefährdungspotential und Erfahrungen mit diesen Personen, die gekommen sind, um die Veranstaltung zu stören/verhindern. Nun haben die RechtsextremistInnen die Möglichkeit die Polizei aufzufordern, ihnen Zugang zu verschaffen. Teilt die Polizei die Gefährdungseinschätzung der Veranstaltenden, kann sie die in Frage kommenden RechtsextremIstinnen von der Veranstaltung ausschließen, denn die Polizei hat Ermessensspielräume, um unsere Versammlung zu schützen. D. h. die Polizei kann den Zutritt einer Person zu einer Versammlung verwehren, wenn diese die Verhinderung der Versammlung im Auge hat (unfriedliche Absicht).
Der Ordnerdienst des Vereins schließt unmittelbar nach Versammlungsbeginn die Türen und weist unliebsame verspätete Teilnehmende wegen „Überfüllung" ab, denn die Versammlungsleitung hat die Pflicht, die Ordnung der Veranstaltung und die Sicherheit der TeilnehmerInnen zu garantieren. Die Veranstaltung konnte so ohne größere Störung stattfinden.

6. Gesetzliche Grundlagen

Versammlungsfreiheit – ein demokratisches Grundrecht
Bei eigenen Handlungsstrategien muss man sich darüber im Klaren sein, dass es nur in den eben eng beschriebenen Grenzen möglich ist, Rechtsextreme von öffentlichen Veranstaltungen auszuschließen. Der Gesetzgeber hat hierfür aus gutem Grund das Grundrecht der Versammlungsfreiheit in Art. 8 GG hohe Hürden aufgestellt.[9] Die besondere verfassungsrechtliche Bedeutung der Versammlungsfreiheit hat ihren Grund im Prozess der öffentlichen Meinungsbildung.

HAUSRECHT durchsetzen – ihre Möglichkeiten, Rechtsextreme von Versammlungen auszuschließen

A. Eingrenzung des Teilnehmendenkreises
Veranstaltungen in geschlossenen Räumen eröffnen besondere Möglichkeiten. Bei nicht öffentlichen Versammlungen, zu denen die Veranstaltenden einen individuell genannten Personenkreis einladen, haben diese das **Hausrecht** und können nicht geladene Gäste ausschließen.[10]
Bei öffentlichen Veranstaltungen besteht gem. § 6 Abs. 1 VersG die Möglichkeit bestimmte Personen oder Personengruppen schon in der Einladung zur Versammlung auszuschließen: Der Ausschluss muss einerseits **bestimmte** Personen oder Personengruppen bezeichnen[11] und bereits in der Einladung - also zeitlich deutlich vor der Veranstaltung – erfolgen. Grenze des Ausschlusses ist der Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot (Ausschluss wegen Herkunft, Religion, Geschlecht etc.).[12] **Der Ausschluss von Rechtsextremen, also einer politischen (nicht akzeptablen) Meinung verstößt aber nicht gegen das Diskriminierungsverbot, da das Ausschlussrecht eben diese Möglichkeit eröffnet.** Sollten Rechtsextreme an einer nichtöffentlichen Veranstaltung bzw. an einer öffentlichen Veranstaltung mit ausgesprochenem Ausschluss teilnehmen wollen, kann die Veranstaltungsleitung vom Hausrecht Gebrauch machen, welches ihr gem. § 7 Abs. 4 VersG zusteht. Wollen die Rechtsextremen den Veranstaltungssaal betreten, machen sich diese des Hausfriedensbruchs strafbar. Dagegen steht dem Veranstalter ein Notwehrrecht zu. Das heisst er kann das Eindringen mit angemessenen Mitteln verhindern – also auch mit dem Blockieren der Tür bzw. Zurückdrängen - und er kann Rechtsextreme, die sich evtl. bereits im Saal befinden, entfernen. Dazu kann sich der Veranstaltende der Hilfe von OrdnerInnen bedienen. Es ist ratsam, sollte die Polizei nicht bereits vor Ort sein, diese zu informieren und Anzeige wegen Hausfriedensbruch zu stellen.

B. Ausschluss bei Vorliegen einer gröblichen Störung
Sollten die Rechtsextremen nicht bereits in der Einladung ausgeschlossen worden sein, besteht eine Zurückweisungsmöglichkeit während der Veranstaltung nur dann, wenn von ihrem Verhalten eine gröbliche Störung ausgeht. Nach § 11 Abs. 2 VersG kann der Leiter einer Veranstaltung (nicht die OrdnerInnen) dann TeilnehmerInnen ausschliessen.
Notwendig ist eine über die normale Störung hinausgehende Störungsqualität. Es kommt also darauf an, dass der ordnungsgemäße Ablauf der gesamten Veranstaltung in Frage gestellt ist. Dies ist bei anhaltenden und wiederholten Störungen, die trotz Abmahnung nicht beendet werden, in der Regel der Fall. Dazu zählen aber nicht einfache Zwischenrufe oder unangemessene Kleidung. Jedoch gelten beispielsweise die Leugnung der antisemitisch motivierten Vernichtung der jüdischen Bevölkerung im Nationalsozialismus oder das Verkünden verfassungswidriger Inhalte als gröbliche Störung.
Wurden die Rechtsextremen aufgrund gröblicher Störung vom Veranstaltungsleiter ausgeschlossen, haben sie sich unverzüglich aus dem Saal zu entfernen. Wird dieses verweigert, ist polizeiliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Besteht im Vorfeld der Veranstaltung eine Gefährdungslage durch Rechtsextreme können diese mit polizeilichem Handeln (Platzverweise) von der Veranstaltung ferngehalten werden.

C. Ausschluss aus Gründen der Platzkapazität
Auch der Verweis auf die Platzkapazität ist eine Möglichkeit, Rechtsetxreme von der Veranstaltung fernzuhalten. Der Veranstalter ist nicht verpflichtet bis an die Grenze der Aufnahmekapazität eines Veranstaltungssaales zu gehen. Es besteht die Möglichkeit Teile des Raumes für andere Nutzungen als die Bereitstellung von ZuhörerInnenplätzen – wie ein musikalisches Rahmenprogramm oder Infostände freizuhalten.

D. Versteckspiel auflösen
Um RechtsextremistInnen auszuschließen, müssen sie in jedem Fall erst einmal erkannt werden. Die Zeiten, in denen Bomberjacke, Glatze und Springerstiefel eindeutige Erkennungsmerkmale waren, sind lange vorbei. Wer sich nicht sicher ist, sollte sich auf jeden Fall szenekundige Unterstützung holen. Akteure, die sich mit der Problematik des Rechtsextremismus befassen und selbst Veranstaltungen gegen Rechts organisieren, kennen sowohl die rechte Symbolik als auch jene Personen, die in der rechten Szene besonders aktiv sind und können den OrdnerInnen am Einlass oder den Security-MitarbeiterInnen die entsprechenden Hinweise geben.

7. Checkliste gelingende Saalveranstaltungen

Vorbereitung der Veranstaltung
• Verschaffen Sie sich Klarheit über Ziel und Zielgruppe der Veranstaltung
• Schließen Sie Rechtsextreme bereits in der Einladung (Flyer, Plakate, Briefe) aus
• Schließen die Rechtsextreme in der Einladung zu ihrer Veranstaltung aus
• Suchen Sie im Vorfeld öffentlicher politischer Veranstaltungen immer den Kontakt zur Polizei/Versammlungsbehörde und besprechen Sie Strategien (Sicherheitspartnerschaft)
• die Versammlungsleitung sollte immer darauf bestehen, dass Polizei vor Ort ist, um die Versammlung zu schützen
• Organisieren Sie immer einen Ordnungsdienst und sorgen Sie dafür, dass dieser örtliche, aber auch überregional agierende Rechtsextreme erkennt
• wählen Sie Security-Unternehmen (so Sie eines buchen) sorgfältig aus, um nicht Rechtsextreme (engagieren sich oft in Security-Unternehmen) mit dieser Aufgabe zu betrauen
• Besetzen Sie den Eingangsbereich rechtzeitig vor Veranstaltungsbeginn mit einer ausreichenden Anzahl von OrdnerInnen
• Bitten Sie Teilnehmende aus den eigenen Kreisen, schon eher als offiziell bekannt gegeben zur Veranstaltung zu erscheinen
• Verhindern Sie das Eindringen von nicht erwünschten Personen – gewaltfrei, aber konsequent
• Sprechen Sie nicht erwünschten Personen Hausverbot aus

Durchführung der Veranstaltung
• Stellen Sie klare & transparente Diskussionsregeln auf (Antidiskriminierungsregel)
• Legen Sie zu Beginn der Veranstaltung fest, ob fotografiert oder gefilmt werden darf – und wenn ja, von wem.
• Lassen Sie das Saalmikrofon von einer/einem HelferIn halten (ggf. an Verlängerungsstange). Diese/r soll es nicht aus der Hand geben
• Unterbinden Sie diskriminierende Äußerungen (rassistisch, antisemitisch, sexistisch) (Mikrofonanlage mit TechnikerIn besetzen) sofort
• Bitten sie Rechtsextreme niemals aufs Podium bzw. ermöglichen sie ihnen keinen Monolog
• Greifen sie ein, wenn sich Personen psychisch bzw. physisch bedroht fühlen
• Sollten doch Rechte an der Veranstaltung teilnehmen oder sich in der „Wortergreifung" outen, darf das nie unwidersprochen bleiben - das müssen Sie vorher organisieren/üben
• Bieten Sie gegebenenfalls an, über rechtsextreme Ideologie, Organisationen und Aktionen auf der/auf einer Veranstaltung zu diskutieren, nicht aber mit ihnen selbst.
• Begleiten Sie gefährdete Personen (bekannte AntifaschistInnen; Personen, die aufgrund ihrer politischen oder journalistischen Tätigkeit gefährdet sind, MigrantInnen usw.) ggf. auf dem Weg von der Veranstaltung nach Hause

Besinnen wir uns auf unsere Stärken!
Ergreift das Wort, wo immer sich Rechte zu Wort melden!

9 vgl. BVerfGE 69, 315 [346f.]
10 Kriterium der Öffentlichkeit einer Versammlung ist der zugelassene (eingeladene) Personenkreis, nicht die räumliche Gegebenheit. Entscheidend ist, ob jedermann teilnehmen kann, der Teilnehmendenkreis also nicht auf individuell bezeichnete Personen beschränkt ist, oder ob gewährleistet ist, dass man unter sich bleibt". Dürfen Einladungen frei kopiert und weitergegeben werden, ist die Versammlung öffentlich.
11 Sinn und Zweck dieser gesetzlichen Regelung ist es, dass bereits im Vorfeld der Veranstaltung Klarheit darüber herrschen soll, wer nach dem Willen der Veranstaltenden Zutritt hat und wer nicht.
12 vgl. Oliver Schönstedt (2002): Versammlungen in geschlossenen Räumen. In: Kriminalistik 4/2002, S. 231

Wohin kann ich mich wenden? (Telefonnummer und Homepage)

Aktion Zivilcourage Pirna
Tel.: 03501/46 08 80
www.zivilcourage-pirna.de

AMAL - Hilfe für Betroffene rechter Gewalt
03581/87 85 83
www.amal-sachsen.de

Kulturbüro Sachsen e.V.
Jugendhilfecoach – 0351/563 556 30
Mobiles Beratungsteam für den Regierungsbezirk Dresden – 03501/58 22 89
Mobiles Beratungsteam für den Regierungsbezirk Chemnitz – 0371/278 15 65
Mobiles Beratungsteam für den Regierungsbezirk Leipzig – 03429/714 56 76
www.kulturbuero-sachsen.de

NDC Sachsen
0351/481 00 67

NDC Netzstelle Dresden – 0351/481 00 64
NDC Netzstelle Chemnitz – 0371/666 09 08
NDC Netzstelle Leipzig – 0341/337 34 97
www.netzwerk-courage.de

NDK Wurzen
03425/85 27 10
www.ndk-wurzen.de

Servicestelle Bürgerschaft, Aue
03771/49 94 55
www.buergerhaus-aue.de

Netzwerk Döbeln
03431/60 53 30
www.netzwerk-doebeln.de

Mehrgenerationenhaus, Großhennersdorf
035873/413 11
www.augenauf.net

RAA Sachsen – Opferberatung
Regionalbüro Dresden – 0351/889 41 74
Regionalbüro Leipzig – 0341/261 86 47
www.raa-sachsen.de

RAA Hoyerswerda
03571/41 60 72
www.raa-hoyerswerda.com

RAA Leipzig
0341/257 72 47
www.raa-leipzig.de

oder Internetportal:
www.tolerantes-sachsen.de

Impressum

Kulturbüro Sachsen e.V.,
Bautzner Strasse 45, 01099 Dresden;

Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.,
Schützenplatz 14, 01067 Dresden;

Text: Susann Rüthrich, Friedemann Bringt;
Juristische Beratung: Rechtsreferendarin Kati Lang;
Bildnachweis:
Seite 2: Kulturbüro Sachsen e.V.;
Seite 3: BI Pieschen gegen Rechts;
Seiten 4 & 5: NDC Sachsen
V.i.S.d.P.: Grit Hanneforth

Einige Textpassagen und Inhalte wurden mit freundlicher Genehmigung von Miteinander e.V. der Broschüre „Streiten mit Neonazis – Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten" bzw. mit freundlicher Unterstützung des MBR e.V. dem Reader „Wir haben die Wahl! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Organisationen im Wahlkampf" entnommen.

Rechtsextreme Beiträge im Internet

von Monika Lazar

In sozialen Netzwerken, wie SchülerVZ oder Facebook, und auf Videoplattformen, wie Youtube, melden sich immer mehr Nazis zu Wort. 1800 rechtsextreme Szene-Websites dokumentierte die Zentralstelle „Jugendschutz.net" im August 2009 – ein Rekordhoch. 2008 waren es noch 1707 und 2007 1635 Seiten gewesen. Allerdings stieg die Zahl der Nazi-Seiten in den letzten Jahren nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor.

Rasend schnell und fast grenzenlos lassen sich Informationen über das Internet verbreiten. Unzählige Menschen können erreicht und beeinflusst werden. Diese Vorteile nutzen Nazis zunehmend offensiv. Gezielt versuchen sie, mit attraktiven web-Präsenzen und einem so dargestellten „rechtsextremen Lifestyle" Jugendliche anzusprechen. Sie vermarkten online ihre Propagandaprodukte, organisieren und vernetzen Aktivitäten, werben für ihre menschenfeindliche Ideologie. In multimedialen Elementen verpacken dabei Autonome Nationalisten und Neonazi-Kameradschaften rassistische und antidemokratische Botschaften oft so, dass diese nicht sofort erkennbar sind. Dennoch überschreiten sie auch häufig die Grenze des Erlaubten: 2008 wurden doppelt so viele unzulässige Hetz-Beiträge im Netz veröffentlicht wie im Vorjahr. Die Halbwertszeit der meisten Seiten mit rechtsextremem Hintergrund ist bislang begrenzt. Gleiches gilt für die Reichweite solcher Angebote, da gerade bei den Möglichkeiten des Web 2.0 die extremen Rechten zumeist unter sich bleiben. Dennoch versuchen sie auch, über allgemein bekannte Plattformen, wie Youtube, Propaganda zu verbreiten. Diese Versuche reichen von subtilen Äußerungen, die den Kerninhalt verschleiern und dadurch ein breiteres Publikum ansprechen können, bis hin zu offensiven Beschimpfungen und Beleidigungen politischer Gegner.

WAS TUN, wenn Nazis online hetzen?

Bei der Beurteilung von Medieninhalten, sei es mündlich, auf Papier oder virtuell, bewegen sich Politik und Justiz im Spannungsfeld zwischen Meinungsfreiheit und gesetzlichen Verboten. In unserem demokratischen Rechtsstaat darf jeder Mensch grundsätzlich seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei äußern und verbreiten. Dies ist im Grundgesetz (Art. 5 Abs. 1,3 GG) gesichert. Nazis nutzen das Recht auf freie Meinungsäußerung offensiv und wenden es gegen den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen an.

Verbotene Äußerungen anzeigen!

Trotz seiner hohen Schutzwirkung bietet unser Grundgesetz keine Meinungsfreiheit „um jeden Preis". Beschränkt wird sie durch die sog. allgemeinen Gesetze, die Jugendschutzbestimmungen und das Recht der persönlichen Ehre (Art. 5 Abs. 2 GG). Nazis verlassen oftmals den geschützten Bereich und betätigen sich in einem strafrechtlich relevanten Rahmen. Sie verletzen Gesetze, etwa durch Beleidigung, Verunglimpfen des Andenkens Verstorbener oder Propagandadelikte, die von der Intention her in direkter Kontinuität zum nationalsozialistischen Regime stehen.

Einschlägige Paragraphen, die daraufhin häufig Anwendung finden, sind vor allem:

- ***§ 86 StGB*** Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen
- ***§ 86a StGB*** Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen
- ***§ 130 StGB*** Volksverhetzung
- ***§ 130a StGB*** Anleitung zu Straftaten
- ***§ 166 StGB*** Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften
- ***§ 185 StGB*** Beleidigung
- ***§ 186 StGB*** Üble Nachrede
- ***§ 187 StGB*** Verleumdung

Es muss stets geprüft werden, ob rechtsextreme Äußerungen Straftatbestände erfüllen. Bei jedem Verdacht auf strafbare Äußerungen oder Handlungen sollte Strafanzeige gestellt werden!

Strafbare Inhalte raus aus dem Netz!

Je weniger Nazi-Hetze zu finden ist, desto besser. Entdeckte strafbare Äußerungen müssen schnellstmöglich aus dem Internet entfernt werden. Näheres zum Umgang mit strafbaren Inhalten regelt für deutsche Anbieter das Telemediengesetz. Dort steht sinngemäß: Werden Internetanbieter benachrichtigt, dass sich auf ihren Seiten rechtswidrige Inhalte befinden, sind sie verpflichtet, diese Inhalte zu entfernen. Anderenfalls können sie strafrechtlich belangt werden. Immerhin 72 Prozent aller bisher untersuchten Nazi-Seiten werden über deutsche Anbieter betrieben. Jede zehnte davon enthielt unzulässige Inhalte, wie etwa volksverhetzende Aussagen oder Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. In 90 Prozent der beanstandeten Fälle gelang es „Jugendschutz.net", bei den zuständigen Anbietern eine Löschung der verbotenen Inhalte durchzusetzen.
Wie geht man vor?

- Man benachrichtigt den Anbieter der Internetseite darüber, welche strafbaren Inhalte sich dort befinden und fordert ihn auf, diese umgehend zu entfernen.
- Man versucht, Öffentlichkeit herzustellen und weitere Personen zu veranlassen, sich bei dem Anbieter zu beschweren. Dazu können soziale Plattformen, wie Facebook oder StudiVZ, genutzt werden.
- Reagiert der Anbieter nicht, kündigt man rechtliche Schritte an bzw. kann eine Anzeige einreichen.
- Hinweise auf gesetzliche Verstöße kann man auch an die Beschwerdestelle von „Jugendschutz.net" senden. Diese Stelle wird von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert, um Jugendliche vor schädlichen Einflüssen zu schützen. Online-Meldeformular: http://www.jugendschutz.net/hotline/index.html
- Außerdem ist es sinnvoll, politische Entscheidungsträger auf Nazi-Inhalte im Netz hinzuweisen, um die Sensibilität dieser Ebene für das wachsende Problem zu vertiefen.

Entlarven, auslachen, widerlegen!

Neben strafbaren Inhalten gibt es viel neonazistische Propaganda, die sich geschickt an den Grenzen des rechtlich Zulässigen entlang schlängelt. Hier sind Entlarven und Argumentieren gefragt! Nichts darf unwidersprochen bleiben. Zu jeder braunen Hetzparole brauchen wir eine demokratische Gegenaussage. Rechtsextreme Einstellungen sind in der Bevölkerung weit verbreitet und werden durch ständige Wiederholung schleichend zur „Normalität". Wenn derartige Äußerungen im Netz unwidersprochen bleiben, trägt dies zu einer Enttabuisierung von rechtsextremen Meinungen bei. So können sich rechtsextreme Erklärungsmuster zunehmend weiter etablieren. Demokratische Strategien gegen solche Entwicklungen sind auf allen gesellschaftlichen Ebenen dringend erforderlich.

Die Auseinandersetzung damit erfordert Engagement, Zeit und Einfallsreichtum.
Mit guten Ideen und vielfältigen Formaten muss ein „demokratischer Lifestyle" im Internet zu finden sein.

Dazu gehören sachliche Informationsportale, wie zum Beispiel
www.nazis-nein-danke.de oder ***http://npd-blog.info*** ebenso wie satirische Ansätze, mit denen abstruse Nazi-Theorien „auf die Schippe" genommen und in ihrer Abwegigkeit bloßgestellt werden, zum Beispiel: ***www.faschismus2.de***

Links

Mittlerweile gibt es zahlreiche Internetangebote zum Thema Rechtsextremismus. Die folgende Auswahl präsentiert Links, über die aktuelle Informationen, aber auch weitere Initiativen und Projekte gut zu finden sind.

1) Sachsen

Netzwerk „Tolerantes Sachsen“
Ein Netzwerk verschiedener Initiativen für Demokratie und Toleranz. Auf dieser Homepage finden Sie auch Links zu Initiativen in Ihrer Nähe!
http://www.tolerantes-sachsen.de

Kulturbüro Sachsen
Das Kulturbüro Sachsen ist Träger der Mobilen Beratungsteams Sachsen (MBT) und fördert und berät KommunalpolitikerInnen, Verwaltungen, Vereine, Schulen, Kirchgemeinden und Firmen in Fragen der Demokratieentwicklung und bei der alltäglichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus…
http://www.kulturbuero-sachsen.de

NDC
Netzwerk für Demokratie und Courage.
http://www.netzwerk-courage.de

RAA Sachsen
Beratung für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Gewalt
http://www.raa-sachsen.de

Nazis in Parlamenten
Informationen zu rechtsextremen Aktivitäten im Sächsischen Landtag und in den sächsischen Kommunalparlamenten
http://nip.systemli.org

Nazis, nein danke!
Informationen zu Aktivitäten von NPD und Naziszene in Sachsen
http://www.nazis-nein-danke.de

2) Bundesweit

Netz gegen Nazis
Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus
http://www.netz-gegen-nazis.de

Mut gegen rechte Gewalt
Internetportal gegen Rechtsextremismus
http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Amadeu-Antonio-Stiftung
Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur
http://www.amadeu-antonio-stiftung.de

NPD-BLOG.INFO
Eine Dokumentation über die NPD und menschenfeindliche Einstellungen
http://npd-blog.info

apabiz
Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.
http://www.apabiz.de

3) Hilfe für den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene

EXIT
EXIT-Deutschland ist eine Initiative, die Menschen hilft, die mit dem Rechtsextremismus brechen und sich ein neues Leben aufbauen wollen.
http://www.exit-deutschland.de

DAKS e.V. ist nicht für den Inhalt der hier aufgeführten Seiten verantwortlich. Wir haben keinen Einfluss auf die Inhalte dieser Seiten.

Literaturtipps – eine kleine Auswahl

Holger Kulick / Toralf Staud,
Das Buch gegen Nazis
Rechtsextremismus – was man wissen muss und wie man sich wehren kann.
Ein Projekt von DIE ZEIT und der Bundeszentrale für politische Bildung
2009: Kiepenheuer & Witsch
ISBN 3-462-04160-6, ISBN 978-3-462-04160-6
Äußerst praktisches Handbuch für die Auseinandersetzung mit Nazis!
Beleuchtet die Hintergründe des Rechtsextremismus und gibt nützliche Tipps.
Kann auch nahezu kostenlos (für eine geringe Bereitstellungspauschale) bei der Bundeszentrale für Politische Bildung bestellt werden:
http://www.bpb.de/publikationen/R0INIX,0,0,Das_Buch_gegen_Nazis.html

Toralf Staud,
Moderne Nazis. Die neue Rechte und der Aufstieg der NPD
2005: Kiepenheuer und Witsch
ISBN 3-462-03638-6, ISBN 978-3-462-03638-1
auch im Volltext-Download bei:
http://www.netz-gegen-nazis.de/seite/buecher-zum-download
Gut geschriebene Darstellung der NPD und ihrer Strategie.
Interessant insbesondere zur Situation in Sachsen nach der Landtagswahl 2004.

Andreas Klärner / Michael Kohlstruck (Hgg.),
Moderner Rechtsextremismus in Deutschland
2006: Hamburger Edition
ISBN 3-936096-62-7, ISBN 978-3-936096-62-0
Sammelband mit wissenschaftlichen Beiträgen, in denen verschiedene Aspekte des Rechtsextremismus behandelt werden.

NiP-Redaktionskollektiv / Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung,
Die NPD im Sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe
2008
Downloadmöglichkeit:
http://www.weiterdenken.de/web/119-178.html
Beiträge zur NPD in Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der NPD-Landtagsfraktion.

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung,
Gefährliche Liebschaften - Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr
2009
Downloadmöglichkeit (in deutscher und tschechischer Sprache):
http://www.weiterdenken.de/web/119-448.html
Beiträge über deutsche und tschechische Rechtsextremisten und deren Zusammenarbeit.

DAKS e.V.
Die ALTERNATIVE Kommunalpolitik Sachsens
Hohe Straße 58
04107 Leipzig
Tel: 0341 2195740
E-Mail: mail@daksev.de
Internet: www.DAKSev.de

Leipzig 2009

DAKS e.V.
DIE ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK SACHSENS e.V.